E 61292

31. Jahrgang · 2004 · Heft 3

Franz Steiner Verlag

Die Alte Stadt

Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Begründet von Otto Borst

Marion Hilliges
Entfestigung der Städte im 18. Jahrhundert

Robert Kaltenbrunner
Wohnen zwischen kulturspezifischen Mustern und cartesianischer Rationalität

Hans Friesen
Die Zukunft der Stadt in der Medienkultur

Burkhard Hofmeister
Stadtentwicklung zum Beispiel: Bad Reichenhall

Die alte Stadt

Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt in Verbindung mit Gerd Albers, Helmut Böhme, August Gebeßler, Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

Begründet von Otto Borst

Redaktionskollegium:
Hans Schultheiss (Chefredakteur) – Prof. Dr. August Gebessler (Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.) – Dr. Winfried Mönch (Besprechungen).
Prof. Dr. Harald Bodenschatz, TU Berlin, Institut für Sozialwissenschaften – Prof. Dr. Dietrich Denecke, Universität Göttingen, Geographisches Institut – Prof. Dr. Andreas Gestrich, Universität Trier, Fachbereich Geschichte – Prof. Dr. Tilman Harlander, Universität Stuttgart, Institut Wohnen und Entwerfen – Dr. Helmut Herbst, Galerie der Stadt Waiblingen – Prof. Dr. Johann Jessen, Universität Stuttgart, Städtebau-Institut – Prof. Dr. Rainer Jooss, PH Schwäbisch Gmünd, Historisches Seminar – Prof. Dr. Ursula von Petz, RWTH Aachen, Planungstheorie und Stadtplanung – Volker Roscher, Architektur Centrum Hamburg – Prof. Dr. Joachim Schultis, Heidelberg – Prof. Dr. Dieter Schott, University of Leicester, Dep. of Economic and Social History – Prof. Dr. Holger Sonnabend, Universität Stuttgart, Historisches Institut.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Redaktionsadresse erbeten: Die alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726 Esslingen a.N., Marktplatz 16, 73728 Esslingen a.N., Tel.: (0711) 3512 3242, Fax: (0711) 3512 2418.

Die Zeitschrift *Die alte Stadt* ist zugleich Mitgliederzeitschrift der ca. 140 Städte umfassenden Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.

Erscheinungsweise: Jährlich 4 Hefte zu je 88 Seiten

Bezugsbedingungen:
Jahresabonnement EUR 76,– Einzelheft EUR 19,–, jeweils zuzüglich Versandkosten. Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung EUR 57,– zzgl. Versandkosten. Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt, zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen des Abonnements können nur zum Ablauf eines Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November des laufenden Jahres beim Verlag eingegangen sein.

Verlag: Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH, Sitz Stuttgart
Birkenwaldstraße 44, D-70191 Stuttgart; Postfach 101061, D-70009 Stuttgart
Tel.: (0711) 2582-0, Fax: (0711) 2582-408 (390), Internet: http://www.steiner-verlag.de, E-mail: cfelmik@steiner-verlag.de
Anzeigenleitung (verantwortlich): Susanne Szoradi (sszoradi@steiner-verlag.de)

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingereichte Manuskripte. Die der Redaktion angebotenen Originalbeiträge dürfen nicht gleichzeitig in anderen Publikationen veröffentlicht werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung online und offline.
Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden.

Druck: Printservice Decker & Bokor, München

© 2004 Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH, Sitz Stuttgart
Printed in Germany. ISSN 0170-9364

Diesem Heft liegt ein Prospekt des Franz Steiner Verlages, Stuttgart, bei.

Inhalt

Abhandlungen

Marion Hilliges, Entfestigung. Planungskonzepte zur Urbanisierung der „Leere“ im 18. Jahrhundert 161

Robert Kaltenbrunner, Habitat – ein retroaktives Manifest. Das Wohnen zwischen kulturspezifischen Mustern und cartesianischer Rationalität 182

Hans Friesen, Die Zukunft der Stadt in der Medienkultur 199

Reihe „Stadtentwicklung zum Beispiel“

Burkhard Hofmeister, Bad Reichenhall. Eine stadtgeographische Skizze der Salinen- und Kurstadt 210

Autoren 229

Besprechungen

Mathias Kälble, Zwischen Herrschaft und bürgerlicher Freiheit. Städtische Führungsgruppen in Freiburg im 12. und 13. Jahrhundert *(Daniel Kirn)* 230

Andreas Nutz / Gustav Walzer, Die Bürgerbücher der Stadt Villingen *(Daniel Kirn)* 231

Evamaria Engel u.a., Städtebuch Brandenburg und Berlin *(Gudrun Wittek)* 231

Hermann Burghard / Thomas Dupke / Monika Fehse, Essen. Geschichte einer Stadt *(Dietrich Denecke)* 234

Raimund Hug-Biegelmann u.a., Friedrichshafen im Luftkrieg 1939-1945 *(Winfried Mönch)* 236

Carla Camilleri u.a., Die Schärfung des Blicks, Joseph Petzval, das Licht, die Stadt und die Fotographie *(Winfried Mönch)* 237

Annotationen 238

Marion Hilliges

Entfestigung

Planungskonzepte zur Urbanisierung der „Leere" im 18. Jahrhundert

1. Einführung

Mit der Entfestigung, also der Schleifung der barocken Festungsgürtel im 18. Jahrhundert, wurden stadtnahe Flächen ihrer ursprünglichen Funktion beraubt und standen als Niemandsland zur Disposition. Diese Flächen wurden für eine städtische Bebauung ebenso wie für eine Nutzung als Grün- und Freizeitraum verfügbar gemacht. Sie waren Ort der städtebaulichen Modernisierung, Projektionsfläche der herrschaftlichen Selbstdarstellung und Legitimations- sowie Repräsentationsraum der bürgerlichen Bewegungen.

Der Vorgang der Entfestigung, also der Beeinträchtigung, Beseitigung und Neunutzung des Festungsgeländes wird seit dem 19. Jahrhundert von der Landeskunde und im Kontext der Geschichte der frühneuzeitlichen Festungsstadt von der Geschichtsforschung sondiert. Die neuen gartenkünstlerischen Konzeptionen des 18. und 19. Jahrhunderts auf den ehemaligen Festungsflächen stehen als Vorläufer der öffentlichen, innerstädtischen Grünflächen sowie der großen Ringstraßen à la Wien und Köln als bürgerlich-liberaler Repräsentationsraum im Mittelpunkt stadt- und landschaftsplanerischer Untersuchungen.

Trotz einiger monographischer Arbeiten zur Entfestigung einzelner Städte,[1] ist der gesamte Vorgang noch zu wenig untersucht, um generelle Schlüsse über die Gründe und Ursachen für die Entfestigung ziehen zu können. Dennoch wurde bisher in der Forschung versucht, die Entfestigungsvorhaben des 18. und 19. Jahrhunderts einer Systematisierung zu unterziehen,[2] die allzu oft zu einer Pauschalisierung der Ursachen führte. Demzufolge herrscht in der Forschung generell die Meinung vor, die Entfestigung gründe sich im Wesentlichen auf einen starken Bevölkerungszuwachs der innerhalb der Festungsanlagen eine Raumnot erzeuge, die letztlich die Schleifung der Festungswerke bedinge. Gerade das barocke Bastionärssystem führe

1 Vgl. z.B. *P. Grobe*, Die Entfestigung Münchens, München 1970; *F. Rötschke*, Die Festung Dresden wird offene Stadt, Dresden 1931; *H. Mittelsten Schee*, Das Ende der Festung Bonn, in: Bonner Geschichtsblätter, Bd. 2, Bonn 1939.

2 Systematisierung in Entfestigungswellen siehe bei *P. Grobe* (s. A 1), Systematisierung nach Nachnutzungskonzept der Festungsanlagen siehe bei *A. Bernatzky*, Von der mittelalterlichen Stadtbefestigung zu den Wallgrünflächen von Heute, Berlin 1960.

zu einer räumlichen Wachstumsbeschränkung, die eine Erweiterung der Städte zumindest sehr erschwert, wenn nicht gar verhindert habe.[3]

Erst seit den 1980er Jahren gibt es vermehrt Stimmen, die in Frage stellen, dass „die beiden in den Lehrbüchern mit ermüdender Ausschließlichkeit angeführten Triebkräfte Bevölkerungszuwachs und die Industrialisierung die einzigen und die ausschlaggebenden für dieses urbane Phänomen gewesen sind."[4] Karl-Klaus Weber führte 1996 eine soziologische Untersuchung zur Frage der räumlichen Wachstumsbeschränkung durch bastionäre Befestigungen im 17. und 18. Jahrhundert durch. Dabei kam er zu dem Ergebnis, dass „den Bastionärsbefestigungen für den genannten Zeitraum keineswegs die für die räumliche Entwicklung negativen Auswirkungen angelastet werden können".[5] 90% der untersuchten Städte verzeichneten entweder gar kein Wachstum, verfügten über ausreichende Reserveflächen innerhalb der Verteidigungsanlagen oder erweiterten ihre geschützte Stadtfläche aus verteidigungstechnischer Notwendigkeit. Demnach lässt sich für das 18. Jahrhundert kein direkter Zusammenhang zwischen dem Vorgang der Entfestigung und dem Bevölkerungszuwachs feststellen. Doch welche Faktoren waren ausschlaggebend für die Entfestigung und für das neue Nutzungskonzept auf den somit freigewordenen Flächen?

Neben sozialen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Aspekten können auch private Interessen Einzelner konstatiert werden. Für Dresden beispielsweise ist nachweisbar, dass Heinrich Graf von Brühl, der seit 1746 Premierminister unter August III. war, seinen Einfluss geltend machte, um die Entfestigung Dresdens nach dem Siebenjährigen Krieg zu forcieren. Graf von Brühl müssen hier eigennützige Interessen unterstellt werden, denn annähernd ein Viertel des Festungsgeländes der Dresdener Altstadt war durch Schenkung in seinen Besitz übergegangen.[6] Bei der Schleifung der Anlagen hätte sich der Grundstückswert um ein Vielfaches erhöht.[7]

3 *E. Ennen*, Die Festungsstadt als Forschungsgegenstand. Die Herausbildung der Festungs- und Garnisonsstadt als Stadttyp, in: *H.W. Herrmann / F. Irsigler* (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte der frühneuzeitlichen Garnisons- und Festungsstadt, Saarbrücken, 1983, S. 23; *K. Gruber*, Die Gestalt der deutschen Stadt, 4. Aufl., München 1983, S. 140; *A. Bernatzky* (s. A 2), S. 89.

4 *G. Eimer*, Die frühneuzeitliche Festungsstadt im Licht der Kunstgeschichte, in: *H.W. Herrmann / F. Irsigler* (s. A 3), S. 10.

5 *K.-K. Weber*, Stadt und Befestigung. Zur Frage der räumlichen Wachstumsbeschränkung durch bastionäre Befestigungen im 17. und 18. Jahrhundert, in: Die Alte Stadt 4 (1995), S. 318 ff.

6 Zusätzlich zu seinen Besitzungen im Bereich der Bastionen Mars und Venus mit den dazugehörigen Kaianlagen an der Elbe (Brühlsche Terrassen) und weiterer Kurtinenstücke wären ihm nach dem Plan Cuvilliés das gesamte Festungsgelände zwischen den Bastionen Merkur und Jupiter als Rennbahn und das an seine Besitzungen angrenzende Grabengelände zugeschlagen worden; vgl. „Projekt zur Ausfüllung des Grabens bey der königlichen Residenzstadt Dresden" von Francois de Cuvilliés d.Ä., SLUB – Kartenabteilung.

7 Diese ersten Entfestigungspläne scheitern jedoch an den fehlenden finanziellen Mitteln, dem Widerstand der Kommission der militärischen Bausachverständigen und endgültig am Tod des Kurfürsten im Oktober 1763; vgl. *F. Rötschke* (s. A 1), S. 16. Auch das Abscheiden des Grafen von Brühl wenige Wochen später wird in diesem Zusammenhang eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben; vgl. *M. Zumpe*, Die Brühlsche Terrasse in Dresden, Berlin 1991, S. 31.

Im 18. Jahrhundert ist die Entfestigung im Allgemeinen noch abhängig von den Vorstellungen und Bedürfnissen der Landesfürsten. Der Gestaltungswille des Fürsten, der sich vorerst nur auf die barocke Umgestaltung des Schlossbezirkes konzentrierte, initiierte die ersten Einbrüche in die Festungsanlagen. Die Verschönerung nach Versailler Vorbild bedeutete mit der Anlage von Plätzen und Gärten immer eine flächenhafte Ausweitung. Mit der Ausdehnung in die Landschaft sollte die Schlossanlage und damit die herrschaftliche Macht ins scheinbar Unendliche erweitert werden. Doch genau hier stießen die barocken Ideen buchstäblich an ihre Grenzen, nämlich an die Stadtbefestigung. Das landesfürstliche Renaissanceschloss wurde auf dem mittelalterlichen Burggelände am Rande der Altstadt angelegt und meist durch einen Wassergraben vom Stadtgefüge getrennt. Diese typische Randlage der Residenz wurde mit der Anlage des bastionären Festungsgürtels besiegelt. Der barocke Schlossbezirk konnte folglich nur auf die Flächen der angrenzenden Festungswälle ausgedehnt werden. Zu diesem Zweck wurden die Festungswälle partiell abgetragen. Beispielsweise mussten für den barocken Ausbau der Residenz in Dresden, mit der Anlage des Zwingers, die Wälle der Bastion Luna fast vollständig beseitigt werden.[8]

Ein weiterer Schritt hin zur vollständigen Schleifung war das Herausschieben von Schlossachsen aus dem Stadtkern. Der Stadtplan Münchens von 1810 verdeutlicht, dass ausgehend vom Wittelsbacher Platz vor der Münchener Residenz die Briennerstraße und die Ludwigsstraße als von Wohnhäusern und Staatsbauten gesäumte Achsen über die Festungsanlagen hinaus in die Landschaft vorgerückt wurden. Durch diese Planungen sollten die Schlossachsen, dem barocken Vorbild entsprechend, die Münchener Residenz als uneingeschränkten Herrschaftssitz und Zentrum des neuen Königreiches repräsentieren. Auch die Anlage der Straße Unter den Linden in Berlin, das Niederreissen des Neustädter Tores 1735[9] und der Ausbau der „Linden" zur Prachtallee unter Friedrich dem Großen sind in diesem Kontext zu sehen.

Diesen noch zaghaften Einbrüchen in den Festungsring folgten ganze Entfestigungsvorhaben, die mehr oder weniger konsequent bis zum Ende des 18. Jahrhunderts durchgeführt wurden. Die erste Schleifung, die im Zusammenhang mit einer barocken Verschönerung steht, ist die Entfestigung von Paris ab 1665.[10] Der Ver-

8 Vgl. 1789 „Plan von der Churfürstl. Saechsisch Residenz Stadt Dresden..." Kart.: X 22 822 sowie *E. Papke*, Die Festung Dresden, Dresden 1997, S. 95 und 120.

9 *F. Holtze*, Geschichte der Befestigung von Berlin, in: Schriften des Vereins für die Geschichte der Stadt Berlin, Heft 10, Berlin 1874, S. 91.

10 *D. Hennebo*, Entwicklung des Stadtgrüns von der Antike bis in die Zeit des Absolutismus, 2. erw. Aufl., Hannover 1979, S. 107 f.

zicht auf die schützenden Mauern der Hauptstadt ist zu jener Zeit jedoch nur denkbar, weil die Grenzen Frankreichs durch eine Verteidigungslinie von Festungsstädten gesichert sind, die die Gefahr eines feindlichen Vordringens bis nach Paris minimierte. Die Entfestigung und die Anlage des Ringboulevards müssen damit auch als Zeichen militärischer Machtpräsentation des Königs gelesen werden. Der Umbau der noch nicht vollendeten Befestigungsanlagen[11] zu einem breiten Boulevard mit sechs- bis achtreihiger Alleebaumbepflanzung wurde von Blondell und seinem Schüler Bullet 1665 geplant und ab 1676 ausgeführt.[12] Die Stadt wurde, „dem undurchdringlichen dunklen Wald gleich", als Bedrohung empfunden.[13] Breite, alleeartige Schneisen sollten das Stadtgebiet deshalb parkähnlich lichten und gliedern.[14] Die durch den Niveauunterschied der Wälle erhöhten Baumreihen des Ringboulevards sollten schon von weitem sichtbar die Stadt abgrenzen und ein ungeordnetes Ausufern des Stadtgebietes verhindern.[15] Die Schleifung war zudem ein Akt innenpolitischer Symbolkraft. Mit der Beseitigung der Festungswerke und der Anlage einer Promenade demonstrierte Ludwig XIV. seine Macht und Präsenz in Paris. Der König nutzt die Entmilitarisierung der Hauptstadt zur Schwächung der Frondisten, nachdem er sich nach Versailles zurückgezogen hatte.

Dieses Konzept einer repräsentativen Ringallee, letztlich einer von der barocken Schlossachse/Gartenachse abgeleiteten Promenade auf dem Festungsgelände, wird ausgehend von Paris in deutschen Residenzstädten als gestalterisches Mittel zur Repräsentation des Herrscherhauses eingesetzt. Ein Ringboulevard auf dem Festungsgelände sollte nach dem Siebenjährigen Krieg auch für Dresden übernommen werden. Friedrich August II. beauftragte 1760/61 den Kurbayerischen Oberhofbaumeister Francois de Cuvilliés d.Ä. mit der Anfertigung eines Entwurfes für die Neugestaltung des Dresdner Festungsgeländes.[16] Die großzügige Planung Cuvilliés zeigt eine mit vier Baumreihen bepflanzte, mehrfach geknickte Promenade, die sich an den Ausfallstraßen zu Rondell- und Quadratplätzen erweitert und im Westen in einer überdimensionierten Schlossanlage endet (vgl. Abb. 1). Auch Cuvilliés übernimmt für Dresden das Motiv der Grandboulevards, als herrschaftliches Repräsentationszeichen. Mit dem Tode des Königs und des Grafen von Brühl 1763 wurden die Entfestigungsvorhaben jedoch eingestellt und Dresden erneut befestigt.

11 „Le plan de la ville, cité, université et Fauxbourgh de Paris" (1655), SBBPK, Kartenabt., Kart.:X 8465.
12 *D. Hennebo* (s. A 10), S. 107 f.
13 *U. Reinisch*, Der Wiederaufbau der Stadt Neuruppin nach dem großen Brand von 1787, Worms 2001, S. 83.
14 Ebda.
15 D. *Hennebo* (s. A 10), S. 109 f.
16 *F. Rötschke* (s. A 1), S. 21.

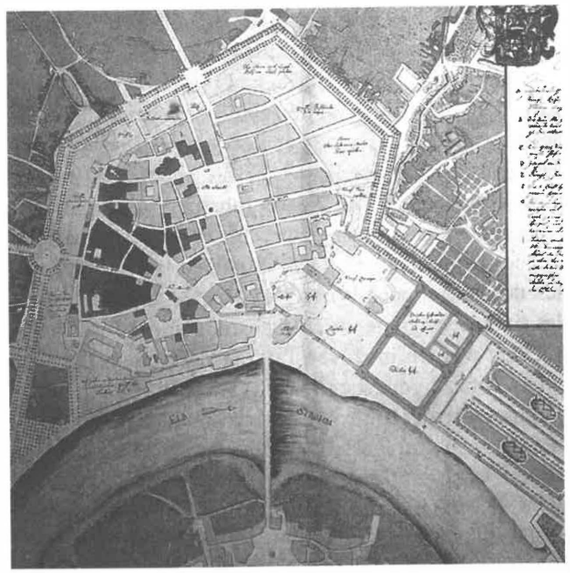

Abb. 1: Dresden: Francois de Cuvilliés d.Ä. "Projekt zur Ausfüllung des Grabens bei der königlichen Residenzstadt Dresden" (o.J.; Ausschnitt mit Erweiterung des Residenzschlosses). Cuvilliés übernimmt für Dresden das Motiv der Grandboulevards in Paris, als herrschaftliches Repräsentationszeichen. Das Projekt wurde nicht ausgeführt; aus: *M. Zumpe* (s. A 7), Abb. Nr. 18.

2. Fortifikatorischer Nutzen der Festungsanlagen

Mit der Entwicklung des neuzeitlichen Befestigungssystems bildete sich auch ein neuer Stadttyp, die Festungsstadt heraus, bei der die Befestigung zusätzliche Funktionen übernahm. Sie war nun, anders als bei mittelalterlichen Stadtmauern, die ganz konkret den Bürger, die Stadt und deren Eigentum schützten, Teil eines übergeordneten Gesamtsystems zur Landesverteidigung.[17] Die Befestigungsanlagen der Garnisons- und Festungsstädte hatten im Wesentlichen eine staatliche Funktion; der Landesherr oder die Stände hatten für ihren Bau aufzukommen, sie waren Eigentümer der beträchtlichen Flächen.[18] Die senkrecht hochragende Stadtmauer wurde abgelöst durch ein flächenhaftes Befestigungssystem. Diese neuzeitliche, bastionäre Befestigung hatte verglichen mit den mittelalterlichen Stadtmauern einen enormen Flächenbedarf und war nicht nur im Bau sondern auch in Erhalt und Pflege äußerst kostenintensiv.[19] Diese oft vom Landesherrn diktierte und finanzierte Befestigung hatte nicht selten Streitigkeiten zwischen den Räten, Ständen und Fürsten

17 *E. Ennen* (s. A 3), S. 24 f.
18 *B. von der Dollen*, Residenzstadt und Entfestigung an Beispielen aus dem Rheinland, in: *H.W. Herrmann / F. Irsigler* (s. A 3), S. 165.
19 Weber gibt für die Breite der Befestigungsfläche ohne Glacis bis zu 250m an; vgl. *K.-K. Weber* (s. A 5), S. 303 sowie *D. Hennebo* (s. A 10), S. 62

bezüglich der Besitzverhältnisse sowie der Pflege und Instandsetzung der Anlagen zur Folge. Diese Streitigkeiten trugen neben einer generellen Sorglosigkeit in Friedenszeiten zur Verwahrlosung der Festungswerke bei. Zudem führten private sowie fürstliche Nutzungen weiter Teile der Gräben und Wälle zu militärischen Einschränkungen. Der Bürger entfremdete bestimmte Bereiche der Befestigung ihrem fortifikatorischen Zweck. Neben der Grasnutzung der Erdwerke für Viehfutter wurden private Gärten zur Selbstversorgung angelegt. In den Wasser führenden Gräben wurde Fischfang betrieben.[20] Selbst die Landesfürsten versuchten im 17. und 18. Jahrhundert vermehrt durch verschiedene Anpflanzungen (z.B. Maulbeerbäume) auf den Festungswällen und im Bereich des Glacis neue Wirtschaftszweige zu etablieren.[21] An diesen Entwicklungen zeigt sich die beginnende Infragestellung des fortifikatorischen Nutzens der Anlagen. Doch wurden im Kriegsfall die Festungswerke stets mit verstärkten Anstrengungen in Verteidigungsbereitschaft versetzt.[22]

Erst die modifizierte Kriegsführung ab der Mitte des 18. Jahrhunderts durch Friedrich den Großen führte zur entscheidenden Infragestellung der Festungsanlagen. Noch im 17. und frühen 18. Jahrhundert war „das Zeitalter (der Kabinettskriege) ... bemüht, nicht nur den Soldaten, sondern auch den Krieg zu disziplinieren, ihn zur Verkörperung von Repräsentation und Ordnung zu erheben."[23] Strategisch wurden größere Schlachten möglichst vermieden. Es sollten weder das schwer zu ersetzende Söldnerheer noch die aufwändigen und kostspieligen Festungen „unnötigen Risiken ausgesetzt"[24] werden. Vielmehr wurde versucht, durch eine geschickte Manöver- und Kordonstrategie sowie durch die Einnahme wichtiger Festungen kriegsentscheidende Vorteile zu erringen. Die Festungen dienten also im Wesentlichen zur Abschreckung und als Verhandlungsgegenstand beim Friedensschluss.[25] Oft konnten sie nur durch lang anhaltende, systematische Belagerungen erobert werden. Diese disziplinierte, dosierte Form des Krieges absolutistischer Herrscher wurde abgelöst

20 Vgl. für Berlin *F. Holtze* (s. A 9), S. 84 ff; für Dresden *E. Papke* (s. A 8), S. 95 ff. sowie die Gemälde „Dresden von linken Elbufer" (1747/48) und „Der Stadtgraben des Zwingers" (1749/53) von Bernardo Bellotto.

21 Zu nennen ist hier vor allem der Versuch der Etablierung der Seidenraupenzucht in Europa. Nicht nur für Spandau, Berlin und Mailand ist die Bepflanzung der Festungswälle mit Maulbeerbäumen für die Raupenzucht nachweisbar. *F. Nikolai*, Beschreibung der königlichen Residenzstädte Berlin und Potsdam, Nachdr. der Ausg. Berlin 1769, Hildesheim 1988, S. 511. Im Sinne einer merkantilistischen Wirtschaftspolitik wurde versucht, durch die eigene Produktion von Rohstoffen (Seide und Wolle), die Unabhängigkeit vom Ausland auszubauen; Vgl. hierzu *F. Escher*, Berlin und sein Umland, Berlin 1985, S. 109.

22 Vgl. den Plan „Dresden und seine Umgebung" 1813, der Plan zeigt in gepunkteten Linien die Instandsetzung der Festungsanlagen durch Palisaden, SBBPK, Kartenabt. Kart. X 22 860.

23 *H. Meier-Welcker*, Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, München 1979, Bd.1, S. 188.

24 Wörterbuch zur deutschen Militärgeschichte, Berlin 1985, Bd.1, S. 421.

25 *E. Ennen* (s. A 3), S. 25.

von einer entschlosseneren, „auf Schlachten gerichteten Kriegsführung".[26] So wurden nur noch wenige strategisch wichtige Festungen entlang der territorialen Grenzen ausgebaut. Gleichzeitig verbreitete sich die Annahme, eine Stadt durch Entfestigung vor einer erneuten Belagerung und Bombardements schützen zu können,[27] was zu umfangreichen Entfestigungsvorhaben in der Zeit nach 1763. führte. Für die rechtlichen und wirtschaftlichen Grenzfunktionen wurden stattdessen oft einfache Zoll- und Akzisemauern errichtet.

3. Beispiel Berlin: Entfestigung ohne Konzept

1648 wurde die Residenzstadt Berlin unter Friedrich Wilhelm zur Hauptstadt benannt und zur Garnisons- und später auch Festungsstadt ausgebaut. 1650 übernahm Johann Gregor Memhardt als kurfürstlicher Ingenieur die Leitung des umfangreichen Festungsneubaus.[28] Mit der Ausführung des Projektes wurde 1658 begonnen. Der barocke Festungsgürtel nach niederländischer Manier hatte drei Verteidigungszonen, einen Hauptwall mit 13 Bastionen, einen breiten Wassergraben und das Glacisgelände. Damit hatte er bereits eine Gesamtbreite von ca. 85 Metern. In den folgenden Jahren machte der Festungsbau derartige Fortschritte, dass für die Festungsanlage Berlins bereits ab dem Jahre 1675 neue Festungswerke zusätzlich projektiert wurden. Den Kurtinen sollten im Graben liegende Ravelins vorgelagert werden, um die geraden Mauern vor direktem Beschuss zu schützen.[29] Doch die Erweiterung der Festungsanlage wurde lediglich auf der Berliner Seite durchgeführt. Die Anlage der Dorotheenstadt 1673 und der Friedrichsstadt 1688 verhinderte auf der Cöllner Seite den weiteren Ausbau der Festungswerke. Die Stadterweiterungen sowie das stetige Anwachsen der Vorstädte bedurften vielmehr zu diesem Zeitpunkt bereits eine völlige Neuregelung der Befestigung. Die unter Friedrich I. angefertigten Erweiterungspläne für die Festungsanlage wurden nach dessen Tod aufgrund der Sparpolitik seines Nachfolgers Friedrich Wilhelm I. jedoch nicht mehr in Betracht gezogen.

Es hatte sich in den letzten 50 Jahren auch die Machtstellung Brandenburg-Preußens so wesentlich verändert, dass die Festung Berlin ihre fortifikatorische Bedeutung längst eingebüßt hatte. Mit dem Ende des nordischen Krieges (1712), dem Abzug der schwedischen Truppen aus Stettin, drohten keine feindlichen Übergriffe und

26 Wörterbuch zur deutschen Militärgeschichte, 1985, Bd.1, S. 421.

27 *E. Brohl*, Festung und Garnisonsstadt Kassel, in: *H. Wunder* (Hrsg.), Kassel im 18. Jahrhundert, Residenz und Stadt, Kassel 2000, S. 188 f.

28 Memhardt war bereits unter Kurfürst Georg Wilhelm als Festungsingenieur tätig. Er war in seiner Stellung, an dem Bau verschiedener Festungen, beispielsweise in Memel, Pillau und Küstrin beteiligt. Zusätzlich oblagen Memhardt die Aufgaben eines Baumeisters in der Residenzstadt, vgl. *F. Holtze* (s. A 9), S. 45

29 Ausführlich zur Befestigung *F. Holtze* (s. A 9).

kriegerischen Verwicklungen mehr.[30] Vielmehr förderte Friedrich Wilhelm I. nun den Aufbau eines stehenden Heeres „als Vorbedingung einer selbständigen Politik zwischen den vorhandenen europäischen Mächten."[31]

Während der Friedenszeiten wurden von den Bewohnern und dem Kurfürsten selbst die militärischen Auflagen weitgehend missachtet und das Festungsgelände zweckentfremdet. Unter Friedrich Wilhelm I. verschärfte sich diese Situation. Neben verschiedenen königlichen und militärischen Gebäuden in den Festungsanlagen, entstanden entlang der inneren Festungsmauer Wallstraßen, die zunehmend mit Wohnhäusern bebaut wurden.[32] Dagegen gestaltete sich die Besiedlung der kurfürstlichen Stadterweiterungen außerhalb der Festungsanlage schwieriger als der Bevölkerungszuwachs erwarten ließ.[33] Die Bildung einer Einheitsgemeinde Berlin sollte dieser Entwicklung wohl entgegenwirken. 1709 wurden die vorerst eigenständigen Verwaltungseinheiten Dorotheenstadt und Friedrichstadt mit Berlin, Cölln, Neu-Kölln und Friedrichswerder zu einer Einheitsgemeinde Berlin zusammengefasst. Doch erwies sich der Ablauf der rechtlichen und wirtschaftlichen Belange der Einheitsgemeinde, mit der Festungsanlage zwischen den Stadtteilen als äußerst kompliziert. Die 1661 auf die eingeführten Waren erhobene Akzise beispielsweise konnte lediglich an den Toren der Stadt, also an den Festungstoren, eingetrieben werden. Um die Erhebung der Einfuhrzölle für die Gesamtstadt zu erleichtern, wurde eine neue Akzisemauer projektiert, die jedoch erst 1734 zur Ausführung kam.

Die Festung hatte ihre fortifikatorische Bedeutung also längst eingebüßt, als sie durch die neu errichtete Akzisemauer auch die rechtlichen und wirtschaftlichen Funktionen verlor. Damit stellten die Festungsanlagen letztlich nur noch ein städtebauliches Hindernis, eine optische Barriere innerhalb der neuen Stadtgemeinde dar (vgl. Abb. 2).[34] Um eine bessere Kommunikation zwischen den verschiedenen Stadtteilen zu ermöglichen, stellte sich eine Öffnung des Festungsgürtels als unvermeidlich heraus.

Als Friedrich II. den Thron bestieg, war mehr als ein Drittel der Festungsanlagen abgetragen, im Süden und Westen waren die Wälle fast vollständig beseitigt. Doch bevor Friedrich II. die Schleifung der Berliner Festungswerke weiter vorantrieb, nutzte er die partiell entfestigten Flächen zwischen dem Zeughaus und der Straße Unter

30 Vg. *F. Holtze* (s. A 9), S. 81.

31 *D. Hoffmann-Axthelm / L. Scarpa*, Berliner Mauern und Durchbrüche, Berlin 1987, S. 35.

32 Zur Ausbildung von Wallstraßen durch irreguläre Wohnbebauung vgl. die Pläne: „Plan des Heil. Geist-Viertels, wie es in Anno 1720", SBBPK, Kartenabt. Kart.: X 19577 sowie „Plan der königlichen Residenzstadt Berlin" 1723, SBBPK, Kartenabt. Kart.: X 17 300.

33 *F. Escher* (s. A 21), S. 101.

34 Volker Wagner spricht in diesem Zusammenhang von einer „gestörten, stadträumlichen Beziehung zwischen mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Stadtvierteln"; vgl. *V. Wagner*, Die Spuren historischer Stadt-Umland-Beziehungen in modernen Cities des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Informationen zur modernen Stadtbaugeschichte 2/1997, S. 10.

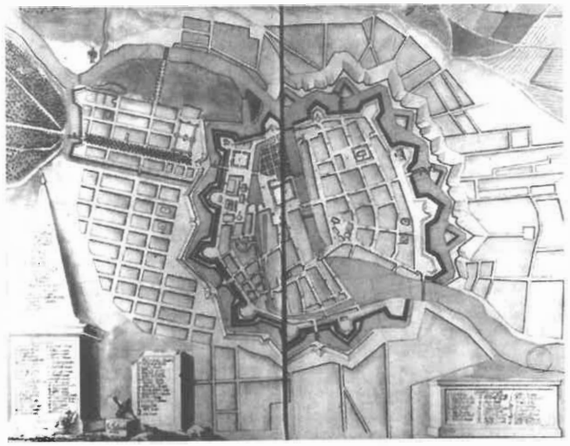

Abb. 2: Berlin: Handzeichnung von Röselfeld, 1712 (Ausschnitt). Der Plan zeigt die vollständig ausgeführte Befestigung mit den Ravelins vor der Berliner Seite. Zudem erkennbar die Struktur der Vorstadtbebauung und Stadterweiterungen.

den Linden als Projektionsfläche für sein aufgeklärt-absolutistisches Stadtbauprogramm. Dieses wichtigste städtebauliche Projekt des neuen preußischen Königs in Berlin, das Forum Fridericianum sollte ein „Symbol der Vereinigung von Herrschermacht, Kunst und Wissenschaft"[35] darstellen. Diese Pläne zur „Verschönerung" Berlins hatte Friedrich II. mit Knobelsdorff bereits in seiner Rheinsberger Zeit um 1735 ausgearbeitet. Die neue Forumsanlage wurde nun als verbindendes Element zwischen den Friedrichswerder und die Dorotheenstadt auf das Gelände der Festungsanlagen projektiert. Der Festungsgraben wurde begradigt und auf den planierten Wällen baute Knobelsdorff 1744 einen der ersten freistehenden Kulturbauten Preußens, das Opernhaus (vgl. Abb. 3).

Nach dem Ende des zweiten Schlesischen Krieges ging der König verstärkt an den Abbruch der noch erhaltenen Festungswerke. Dazu verschenkte er unter Auflagen einen Großteil des ehemaligen Festungsgeländes zur Neubebauung. Wie aus zeitgenössischen Plänen hervorgeht, wurde hauptsächlich das Festungsgelände der Berliner Seite für Neuansiedlungen von Manufakturen und Gewerbe genutzt.[36] Große Flächen dienten weiterhin dem Militär, hier entstanden nun militärische Zweckbauten, zur Unterbringung und Versorgung der Soldaten. Das Gebiet vor Neu-Cölln hingegen wurde im Wesentlichen wohlhabenden Bürgern für Wohn- und Gartennutzung überlassen. Nur wenige Zuwanderer sind hier angesiedelt worden. Bürgerliche Wohnbebauung entstand auf dem Gebiet im Westen zwischen dem Friedrichswer-

35 *K.-D. Gandert*, Vom Prinzenpalais zur Humboldt-Universität, Berlin 1992, S. 17.

36 *P. Grobe* (s. A 1), S. 16.

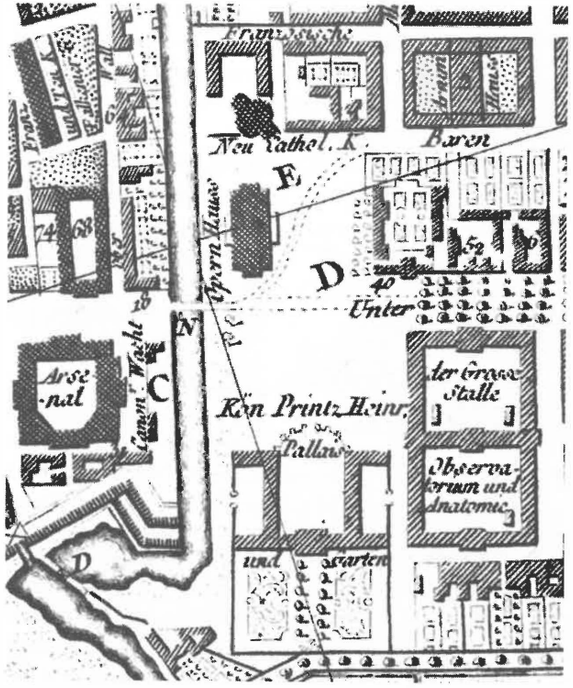

Abb. 3: Schmettau-Plan der Stadt der Berlin, 1753/57 (Ausschnitt). Der Festungsgraben ist begradigt und auf dem planierten Festungsgelände sind das Opernhaus und das Königliche Palais des Prinzen Heinrich bereits ausgeführt. Nördlich des Zeughauses ist noch der Rest einer Bastion zu erkennen. (Plan ist gesüdet); aus: *K.D. Gandert* (s. A 35), Abb. Nr. 15.

der und der neuen Friedrichsstadt. Auch entstanden hier öffentliche Gebäude für Gesellschaften und Verwaltungen. Die Pläne zeigen dagegen auf den ehemaligen Festungsflächen keine großräumige oder gar geplante Ansiedlung von Zuwanderern, wie dies in der Forschung impliziert wurde.[37] Auffällig ist, dass sowohl unter Wilhelm I. als auch unter Friedrich II. die Grundstücke der ehemaligen Befestigung scheinbar willkürlich an Anwohner und Kaufleute verschenkt wurden, solange diese das Planieren der Wälle auf eigene Kosten übernahmen.[38]

Das Fehlen eines einheitlichen Gesamtkonzeptes zur Nutzung und Bebauung des Berliner Festungsgeländes lässt uns schließlich nach den Möglichkeiten zur Gestaltung der Festungsflächen fragen. „Er hätte uns Boulevards schaffen können"[39] bedauerte Friedrich Hotlze am Ende des 19. Jahrhundert, das Versäumnis des preußi-

37 Ebda.

38 Vgl. „Grundriss der Königlichen Haupt- und Residenzstadt Berlin im Jahre 1800" von D.F. Sotzmann, SBBPK, Kartenabt., Kart.: X 17470 und „Plan der Königl.Residentz Berlin" von ca. 1742 von Johann David Schleuen, SBBPK, Kartenabt. Kart. X 17356-1.

39 *F. Holtze* (s. A 9), S. 89

schen Königs, einen Ringboulevard dem Pariser Vorbild entsprechend anzulegen. Doch welche Funktion hatten die in Paris von Bullet und Blondel ausgeführten Boulevards des 17. Jahrhunderts? Ursprünglich meint der Pariser Boulevard lediglich eine Promenade auf den ehemaligen „Bollwercken" der neuzeitlichen Befestigung. Neben den bereits ausgeführten Ordnungs- und Repräsentationsfunktionen dienten sie als Promenaden dem „Spaziergang" außerhalb der königlichen Gärten. Der Spaziergang wurde so als gesellschaftliches Phänomen in den öffentlichen, städtischen Raum, auf die Boulevards und die ehemaligen Festungsflächen transportiert: „Frantzosen lieben die Promenaden. Es sind zu Paris viele Leute welche nichts sonderliches zu thun haben und die fahren gemeiniglich bey gutem Wetter aus oder gehen auch aus zu spazieren. Die Promenaden sind also zweierlei Gattungen: zu Fuß und en Carosse."[40]

Auch in Berlin galt der Spaziergang den Bürgern als populärer „Zeitvertreib": „Im Sommer und selbst bei heiteren Wintertagen macht das spazieren gehen eine der angenehmsten Unterhaltungen der Berliner aus... Eine beträchtliche Anzahl regelmäßiger und schöner, zum Theil mit Bäumen bepflanzten Plätze dient zur Verschönerung der Stadt, zur Erhaltung der reinen Luft und zum Spaziergange für die Einwohner".[41]

Friedrich Nikolai zählt in seiner „Beschreibung der königlichen Residenzstädte Berlin und Potsdam" von 1786 einige der beliebtesten Spaziergänge auf,[42] die auf den Stadtplänen Berlins bereits vor 1740 verzeichnet sind und daher lange vor der Schleifung der Festungswälle eingerichtet waren.[43]. Für die Neuanlage eines Boulevards oder einer Wallpromenade als „Spaziergang" bestand zu diesem Zeitpunkt also kein Bedürfnis mehr.

Auch eine ordnende Begrenzung der Stadtfläche, wie sie für Paris beabsichtigt wurde, konnte für Berlin nicht mehr erreicht werden. Die Stadt war zur Zeit der Entfestigung räumlich bereits wesentlich über ihren Festungsgürtel hinausgewachsen. Es ergab sich daher vielmehr die Notwendigkeit einer optischen Verbindung, einer Herstellung stadträumlicher Sichtbeziehungen zwischen den Vorstädten und der Altstadt.

Eine weitere Möglichkeit zur Nutzung des Festungsgeländes stellten städtebauliche Konzepte dar, die mit barocken Stadtformen Innenstadt und Vorstadt verbinden und zur Verschönerung der Stadt beitragen sollten – wie in Kassel oder Düssel-

40 *J.Chr. Nemeitz*, Sejour de Paris oder getreue Anleitung welchergestalt Reisende von Condition sich zu verhalten haben, wenn sie ihre Zeit und Geld nützlich und wohl zu Paris anwenden wollen, Frankfurt a.M. 1718, S. 125 ff.

41 *L. Formey*, Versuch einer medicinischen Topographie von Berlin, Berlin 1796, S. 11 und 93.

42 *F. Nikolai* (s. A 21), S. 941 f.

43 Vgl. hierzu: „Plan der königlichen Residenzstadt Berlin" (1723), SBBPK, Kartenabt. Kart.: X 17 300 und „Plan und Prospekt der Königl. Preußischen und Churbrandenb. Haupt- und Residenz-Stadt Berlin, 1737 gestochen von Walther, SBBPK, Kartenabt., Kart.: X 17320/2.

dorf. Die Festungsflächen stellten dort einen Ort der Modernisierung des Städtebaus dar. Themen waren reguläre Straßensysteme, die Anlage großer begrünter Plätze und infrastrukturelle Verbesserungen. Diese Modernisierung, die gleichzeitig mit den Fragen der Gesundheit und Hygiene unter dem Begriff der „Stadtverschönerung" den städtebaulichen Diskurs des 18. Jahrhunderts bestimmte, ist in Berlin vor allem in den Friedrichstädtischen Erweiterungen in wesentlichen Zügen bereits ausgeführt. Inhaltlich und formal genügten die kurfürstlichen Erweiterungen den Anforderungen an eine gesunde, also hygienische und schöne Stadt.

4. Beispiel Kassel: städtebauliche „Verschönerung" als Reformprogramm

Die erste neuzeitliche Befestigung Kassels entstand unter Landgraf Phillip, der die Stadt zwischen 1526 und 1547 zu einer Landesfestung ausbauen ließ. Dabei wurde die mittelalterliche Befestigung nach altitalienischer Manier modernisiert. In der Folgezeit wurde die Festungsanlage jeweils den modernen Standards angepasst, bis 1657 die Festung schließlich in niederländischer Manier ausgeführt war.[44]

Landgraf Karl, der von 1677 bis 1720 regierte, unterließ die weitere Modernisierung der Festungsanlagen. Vielmehr unterstützte er die wirtschaftliche Entwicklung seiner Hauptstadt durch Stärkung des heimischen Gewerbes und der Fabrikationsbetriebe. Auch förderte er die Ansiedlung von Fachkräften aus den anderen deutschen Ländern und dem Ausland. Diese „Peupelierungspolitik" führte ähnlich wie in Berlin 1688 zu der Anlage einer Stadterweiterung vor den Festungsanlagen Kassels, der „Oberneustadt" oder auch „französischen Neustadt" in regelmäßigem barockem Rastersystem. In der Folgezeit wurden verschiedene Pläne erstellt, um die Neustadt in die Befestigung Kassels zu integrieren.[45] Diese Neubefestigungs- und Modernisierungsprojekte wurden aus finanziellen Gründen, letztlich aber mit dem Entfestigungsvorhaben Friedrichs II. eingestellt.

Entscheidend für die Entfestigung Kassels war 1760 der Amtsantritt des Landgrafen Friedrich dem II. von Hessen-Kassel. Gleich nach der Beendigung des Krieges 1763 – die Festungsanlagen waren durch den Krieg stark zerstört – begann er mit der Umgestaltung des Schlossbezirkes, indem er die Rennbahn und den Schlossgraben zu einem Paradeplatz umbauen ließ. Mit diesen Umbauten wurde die Verschönerung und Modernisierung der Residenz- und Hauptstadt beschlossen, wofür die Festungsanlage vollständig beseitigt werden musste. Auf den geschleiften Flächen sollte eine Stadterweiterung entstehen, die dem reformerischen Programm eines aufgeklärten modernen Fürsten städtebaulich und architektonisch Ausdruck verleihen sollte.

44 Zur Geschichte der Befestigung Kassels siehe: *G. Schweikhardt*, Die Stadtentwicklung Kassels bis zum 18. Jahrhundert, in: Stadtentwicklung und Stadtplanung in Kassel im 18. Jahrhundert, Kasseler Hefte für Kunstwissenschaft und Kunstpädagogik, Kassel 1983, S. 7.

45 *E. Brohl* (s. A 27), S. 180.

Friedrich II. ließ eine „Festungs-Demolitions-Commision" einrichten, die die Schleifung der Anlagen vorantreiben und kontrollieren sollte. Unter der Aufsicht dieser Kommission konnte durch das vollständige Planieren der Wälle und das Zuschütten des wasserführenden Hauptgrabens sowie der Trockengräben vor den Ravelins eine plane Grundfläche erreicht werden. Um die Schleifung der Festungswerke zusätzlich zu beschleunigen, überließ der Landgraf den Bürgern die Flächen, auf denen sie auf eigene Kosten die Wälle abtrugen und die Gräben verfüllten. Doch mussten sich hier, anders als in Berlin, die Neuanbauenden dem bestehenden Planungskonzept des Landgrafen und seiner Baubeamten unterordnen.[46]

Städtebauliches Ziel war eine klar strukturierte Verbindung der drei separat liegenden Stadtteile, der Kasseler Altstadt, der Unterneustadt und der Oberneustadt. Zwischen der Altstadt und der Oberneustadt wurde eine breite Verbindungsstraße, die Königsstraße, angelegt. Die Einbindung des Schlosses, bisher auf einer von Festungswällen umgebenen Insel liegend, war bereits durch die Anlage des Paradeplatzes erreicht worden. Der Königsplatz wurde auf dem Ravelin vor dem Neuen Tor als Rondellplatz angelegt und kennzeichnete den Übergang von der Altstadt zur Oberneustadt. Er erhielt seinen Namen aufgrund der geplanten Aufstellung des Standbildes Friedrichs I. von Hessen-Kassel als König von Schweden. Trotz der symbolischen Benennung des Rondellplatzes hat der Königsplatz in Kassel nur Schmuckcharakter und dient hauptsächlich als Verkehrsverteiler. Erst im Laufe der Zeit bildete sich hier mit verschiedenen Kaffeehäusern und Hotels eine Art bürgerlicher Bereich heraus, der den verschiedenen aufklärerischen Lesezirkeln Kassels Raum bot.[47]

Der rechteckige Friedrichsplatz dagegen sollte der bedeutungsvollste Platz für das neue Stadtbauprogramm des Landgrafen werden. Er war an seinen Schmalseiten von der Königsstraße und der Bellevuestraße gefasst. Die Begrenzung im Südwesten wurde von den geschlossenen Häuserblocks der Oberneustadt gebildet. Den Platzabschluss im Süden übernahm das Friedrichstor, das aus zwei Palaisbauten verbunden durch ein Gittertor bestand.[48] Der Platz selbst war gärtnerisch gestaltet: Drei Baumreihen umstanden die in drei Rechtecke gegliederte Platzanlage. Auf dem Platz wurde eine Symmetrieachse angelegt, die als Blickachse durch das Friedrichstor in

46 Eine Planstruktur dieser Größenordnung muss stetig durch Baubeamte kontrolliert werden, ansonsten würden private Bauherren die aufgestellten Richtlinien zu ihren Gunsten modifizieren.

47 Vgl. Stadtplan Kassels von 1789, SBBPK, Kartenabt., Kart.: X 21222 und 1830 SBBPK, Kartenabt., Kart.: X 21252 sowie *H.E. Bödeker*, Strukturen der Aufklärungsgesellschaft in der Residenzstadt Kassel, in: Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Festschrift für Rudolf Viehaus zum 60. Geburtstag, Göttingen 1982, S. 70.

48 Der französische Architekt Claude LeDoux war als „Controlleur Général et Ordenateur des Batiment" in Kassel tätig. LeDoux hatte die von Simon Du Ry vorbereiteten Pläne des Torbaus zur Korrektur erhalten und, wie Steckner vermutet, nach seinen Vorstellungen grundlegend überarbeitet; *C. Steckner*, Die Verschönerung von Kassel unter Friedrich II., in: Stadtentwicklung und Stadtplanung in Kassel (s. A 44), S. 46 f.

die Gärten der Wilhelmshöhe führte. Die Bebauung des Platzes bestand vorwiegend aus bürgerlichen Wohnhäusern und Palais. Doch die zentrale Bedeutung hatte das von Du Ry entworfene Fridericianum, ein als Museum und Bibliothek für ein breites öffentliches Publikum projektiertes Gebäude. Die rechte Platzecke neben dem Fridericianum nahm die 1770 begonnene katholische Elisabethkirche ein. Die Platzierung des freistehenden Kirchenbaus neben die Bibliothek deutet trotz des vordergründig humanistischen Anspruchs des Fürsten, auf die bestehende Rolle der Religion als Grundpfeiler der Gesellschaft hin.

Die Entfestigung Kassels war von der Absicht des Landesfürsten geleitet, seine Schlossanlage und Residenzstadt nach Vorbildern des aufgeklärten Absolutismus auszubauen. In Ansätzen mag den Fürsten die weit verbreitete Ansicht, eine offene Stadt gebe dem Gegner keinen Anlass zu Bombardements und Belagerung, in seinem Vorhaben bestätigt haben.[49] Doch die Bevölkerungsentwicklung, beispielsweise der Zuzug der Hugenotten zog keinesfalls die Schleifung der Festungsanlagen nach sich. Wir erinnern uns an die Anlage der Oberneustadt, die den Zuwanderern ausreichend Platz bot. Zudem hatte Kassel im 18. Jahrhundert keinen sprunghaften Anstieg der Bevölkerung mehr zu verzeichnen.

Der von der französischen Kultur stark beeinflusste Landgraf wollte vor der engen, unregelmäßigen, von mittelalterlichen Strukturen geprägten Stadt „Fa_ade" machen. Durch das Öffnen der Stadt zur Landschaft sollte der Eindruck von Unendlichkeit im Sinne einer unendlichen Ausdehnung des Raumes erweckt werden.[50]

Friedrich II. nutzte die Flächen, die aufgrund der veränderten Kriegsführung ihre Schutzfunktion verloren, als Ort der städtebaulichen und gesellschaftlichen Modernisierung im Sinne der Aufklärung. Dieser Aspekt der Modernisierung war im 18. Jahrhundert analog dem Begriff der „Stadtverschönerung". Der Stadtverschönerung lagen also neben der Neugestaltung der Fassaden und der Regulierung des Straßenraumes[51] Inhalte wie Hygiene und Gesundheit zugrunde. Die Anlage von breiten geraden Straßen und weiten Plätzen trug zur Belüftung und Besonnung der Stadt bei. Zudem wurde der Straßenraum neu organisiert. Die Aufstellung von Lampen oder Laternen zur Beleuchtung der Straßen und die Anlage des Kanalsystems zur Abwasserentsorgung der gesamten Stadt fallen in diesen Zeitraum.[52]

Auch das von der Aufklärung begründete und in seinen „Verschiedenen Gedanken über die Fürsten" manifestierte Sozialprogramm setzte Friedrich II. auf dem ehemaligen Festungsgelände um.[53] Auf den Flächen entstehen neben militärischen

49 *E. Brohl* (s. A 27), S. 189.

50 Vgl. hierzu auch: *K. Beck*, Der gelenkte Blick, Die räumliche Disposition des Friedrichsplatzes in Kassel als Seismograph gesellschaftspolitischer Veränderungen, in: *C. Jöchner* (Hrsg.), Politische Räume. Stadt und Land in der Frühneuzeit, Berlin 2003, S. 109 ff.

51 *C. Steckner* (s. A 48), S. 48.

52 Ebda., S. 37.

53 Ebda., S. 29.

Nutzbauten und Institutionen der Kunst und Bildung soziale Einrichtungen, wie Waisenhäuser, Armenhäuser und Hospitäler.[54] Mit diesen Institutionen übernimmt Friedrich II. ausgehend von der menschlichen Vernunft „Sorge um das irdische Wohl seiner Untertanen".[55] Seinen Machtanspruch leitete der aufgeklärte Regent nicht mehr vom „Gottesgnadentum" ab, sondern vielmehr von seinen vom Humanismus geprägten individuellen Befähigungen.[56] Die im Stadtbild manifestierten aufklärerischen Inhalte der Neugestaltung Kassels dienten also vor allem herrschaftlichen Legitimations- und Repräsentationsansprüchen. Besonders die Gestaltung des Friedrichsplatzes ist im wesentlichen ein Prestigeprojekt für die Selbstdarstellung Friedrichs II. Der Museumsbau visualisiert seinen Herrscheranspruch und stellt gleichzeitig den Landesherren als aufgeklärten Fürsten und als Schirmherrn der Künste und Wissenschaften dar.

5. *Beispiel Leipzig: Begrünung und bürgerlicher Spaziergang als integrativer Faktor für die Entfestigung*

Anders als bei den Residenzstädten wurde die Schleifung der Festungswerke in Leipzig nicht vom Landesherrn forciert. Vielmehr handelte es sich hier um eine schleichende Entmilitarisierung der Festungswerke. Sukzessive entstanden Promenaden und Alleen, auf denen die Bürger flanierten und spazierten.

In der Fachliteratur wird dem bürgerlichen Spaziergang ein programmatischer Anteil an der Ausbildung von Wallpromenaden und der Begrünung der Wälle deutscher Städte zugesprochen.[57] Die Umwandlung der wirtschaftsorientierten Anpflanzungen auf dem Festungsgelände zu einer Promenade, einem „Spaziergang"[58] war schließlich ein entscheidender Faktor für den Vorgang der Entfestigung im 18. Jahrhundert.

Die Promenade war ein mit Bäumen besetzter Weg, der als Ort des gesellschaftlichen Spazierganges dem Stadtbürger zur Erholung diente. Das Spazierengehen, das „langsame und ziellose Gehen zur körperlichen und geistigen Erholung"[59] ent-

54 Auf dem Kasseler Stadtplan von 1830 sind auf dem ehemaligen Festungsgelände Waisenhäuser, Zuchthäuser, Kirchen, Hospitäler u.a. verzeichnet. Vgl. „Plan von Cassel" von 1830, SBBPK, Kartenabt., Kart.: X 21252.

55 *B. Klein*, Die physiokratische Verlandschaftung um 1800, München 1993, S. 40.

56 *Chr. Keim*, Städtebau in der Krise des Absolutismus. Die Stadtplanungsprogramme der hessischen Residenzstädte Kassel, Darmstadt und Wiesbaden zwischen 1760 und 1840, Marburg 1990, S. 134.

57 *G.M. König*, Eine Kulturgeschichte des Spazierganges, Spuren einer bürgerlichen Praktik 1780-1850, Wien 1996, *D. Hennebo* (s. A 10).

58 Das Wort Spaziergang meinte ursprünglich einen Raum oder Gang im Haus, im 17. Jahrhundert dann einen Weg im Garten. Furttenbach nennt in seinem Traktat „architectura Civilis" seine Gartenwege „Spatziergäng"; vgl. G.M. König (s. A 57), S. 24 f. sowie zu Furttenbach *C. Jöchner*, Die schöne Ordnung und der Hof, Weimar 2001, S. 59.

59 *G.M. König* (s. A 57), S. 13.

wickelte sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts als Gegensatz zum höfischen, stark zeremoniellen Spaziergang. Während der höfische Spaziergang in den barocken Gärten eine Inszenierung herrschaftlicher Pracht darstellte, diente der bürgerliche Spaziergang im Freien der körperlichen und geistigen „Recreation".[60] Der Spaziergang war überdies geselliges Vergnügen. Auf der Promenade bot sich die Möglichkeit der unverbindlichen Kommunikation und Konversation, des Flanierens sowie der Zurschaustellung des eigenen Selbst. Die ersten Promenaden in Deutschland, wie die in Frankfurt am Main, Magdeburg, Bremen und Leipzig wurden bereits um 1700 in der zeitgenössischen Literatur erwähnt. So beschreibt Johann Christian Crell beispielsweise 1725 die „Contrescarpe" mit den Worten „allwo zur Sommers-Zeit wegen der lieblichen Bäume und Wiesen-Wachs viele prominierende grosse Erquickung und Recreation finden".[61] Die Alleen auf den Festungsanlagen vereinigten aufgrund ihrer Lage die Wahrnehmung von freier Natur und menschlicher Künstlichkeit in der Stadt, also die Stadtkultur mit der Natur der umgebenden Landschaft. Hier verknüpfte der Spaziergänger Naturgenuss mit bürgerlicher Geselligkeit, wobei für die „Zerstreuung" vor allem der „Anblick von anderen lustwandelnden Menschen zähle".[62] Das gesellschaftliche Treiben auf den Promenaden der Festungswerke bot den Bürgerlichen wie Adeligen öffentlichen Raum, um ihre progressiven Ideen in Diskussionsrunden unter die Leute zu bringen. Auf den Promenaden wurde beim Spaziergang verhandelt und diskutiert, auch aufklärerische Lesezirkel trafen hier zusammen.

Nach dem Beschluss des Landtages der sächsischen Stände von 1537 sollten die Städte Leipzig, Dresden, Freiberg und Zwickau für die Landesverteidigung zu modernen Festungen ausgebaut werden. In den folgenden Jahrzehnten erfolgte der Ausbau der mittelalterlichen Befestigung Leipzigs zur modernen Bastionärsbefestigung, indem der vertikalen, hohen Stadtmauer ein breiter Festungsgürtel vorgelagert wurde. Der unregelmäßige Befestigungsring nach italienischer Manier bestand neben der Pleißenburg aus drei kleinen Bastionen und sieben verschiedenartigen Befestigungswerken, die im Wesentlichen die Stadttore schützten. Ein breiter Wassergraben und ein umlaufender Gedeckter Weg mit davor liegendem Glacis waren der inneren Verteidigungszone vorgelagert. Der Bau der Festung wurde zum Großteil von den sächsischen Ständen finanziert, doch die Erhaltung und Instandsetzung der Anlagen oblag der Stadt, dem Rat und den Bürgern.[63] Dieses ambivalente Verhältnis der Stadtbürger zu den schützenden Mauern schlug sich in der offensichtlichen Verwahrlosung der Festungsanlagen und dem frühzeitigen Abbruch einzelner Werke nieder.

60 Ebda.

61 *Johann Christian Crell*, Das in ganz Europa berühmte, galante und sehenswürdige Königliche Leipzig in Sachsen..., Leipzig 1725, S. 60.

62 Wiedergegeben bei *G.M. König* (s. A 57), S. 39 f.

63 *K. Czok*, Das alte Leipzig, Leipzig 1978, S. 15.

Leipzig war im 17. und 18. Jahrhundert bereits eine der am dichtesten besiedelten Städte Deutschlands.[64] Die „Raumnot" innerhalb der Festungsanlagen hatte jedoch keine geplante Ausdehnung der Stadtfläche zur Folge. Selbst die ab 1766 durch die offizielle Schleifung zur Disposition stehenden Festungsflächen wurden nicht für eine Stadterweiterung genutzt. Vielmehr wurde bereits frühzeitig der Bevölkerungszuwachs durch Aufstockung kompensiert. Die Bebauung des Leipziger Stadtkerns war im 17. und 18. Jahrhundert durchschnittlich vier- bis fünfgeschossig und hatte bis zu vier Dachgeschosse.[65]

Aufgrund der dichten Besiedlung des Stadtraumes vollzogen die Leipziger Bürger ihre gesellschaftlichen Vergnügungen besonders zur Messezeit außerhalb des Stadtraumes, also auf und vor den Festungsanlagen. Ausgehend von den Mühlen und Gasthöfen vor der Stadt entwickelte sich entlang der Ausfallstraßen eine aufgelockerte, irreguläre Bebauung mit Kaffeegärten, Vergnügungslokalen und Festwiesen sowie großen Zier- und Prachtgärten.[66] Schon zu Beginn des 17. Jahrhunderts wurde auf dem Glacisgelände eine einreihige Baumalle angelegt. Die perspektivische Stadtansicht Leipzigs von Matthäus Merian von ca. 1640[67] zeigt neben dem neuen Befestigungsring mit der integrierten Stadtmauer und den Wehren und Türmen eine Baumreihe, die direkt vor dem Gedeckten Weg fast um die gesamte Festung verläuft. Auch die Zugänge zur Stadt sind auf dem Glacis von Bäumen flankiert. Diese Art der Bepflanzung ist im Vergleich mit zeitgleichen Stadtansichten nur für Leipzig nachweisbar.[68] Diese Glacisbepflanzung widerspricht der fortifikatorischen Funktion der äußersten Verteidigungszone als freiem Schussfeld und kann damit bereits als erster Eingriff in das Befestigungssystem gewertet werden.

Vermutlich wird es sich bei den ersten Pflanzungen um Nutzpflanzen zur Versorgung der Gemeinde gehandelt haben. Eine Nutzung des Glacis als Kommunikationsweg, Reitweg, oder sogar bereits zu dieser Zeit als Spazierweg ist jedoch nicht auszuschließen.[69] Schriftlich erwähnt wird die Anpflanzung von Bäumen jedoch erst um 1700. Ein königliches Mandat vom 10. November 1700 fordert jedes Brautpaar

64 Weber berechnete für das Jahr 1750 bei einer Einwohnerzahl von 35 000 eine Einwohnerdichte von 648 E/ha. Der errechnete Durchschnittswert für diese Zeit lag bei 240 E/ha; vgl. *K.K. Weber* (s. A 5), S. 309 ff.

65 *Chr. Schwela*, Zentrum und Peripherie. Stadtkern, Vorstädte und Umland von Leipzig im frühen 19. Jahrhundert, in: *Th. Topfstedt / H. Zwahr* (Hrsg.), Leipzig um 1800, Leipzig 1998, S. 163.

66 *P. Lehmann*, Vom Verteidigungsareal zum multifunktionalen Stadtraum. Der Leipziger Promenadenring im 18. und 19. Jahrhundert, unveröff. Magisterarbeit an der Fakultät für Geschichte, Kunst- und Orientwissenschaften der Universität Leipzig, Leipzig 1994/96, S. 46.

67 Perspektivischer Stadtplan von Leipzig von Matthäus Merian, ca. 1640, SBBPK, Kartenabt., Kart. X 28 345; vgl. hier Abb. 27, Plan von Bodenehr 1720, dieser ist annähernd identisch mit dem Merian-Plan.

68 Vgl. Ansichten und Pläne aus der Merianschen Topographie, SBBPK Kartenabt., HA Kart IV 1002.

69 Lehmann gibt ohne Nachweis an, das Reiten und Promenieren um die Stadt Leipzig sei bereits seit dem Mittelalter üblich gewesen; vgl. *P. Lehmann* (s. A 66), S. 15.

auf „sechs gute Obstbäume und sechs junge Eichen oder Buchen" zu pflanzen.[70] Aus dem Jahre 1702 ist folgender Erlass bekannt, der auf eine geregelte Anpflanzung von Bäumen hinweist: „Nachdem E.E. Hochw. Rat dieser Stadt und teils Vorstädte Weiden und andere junge Bäume setzen lassen, also verordnet derselbe hiermit, dass niemand mit Abhauen, Abreißen, Abschälen, Zerbrechen oder anderer Beschädigung daran vergreife, sondern vielmehr jedermann die selbigen zum Nutz und Zierat der Stadt erhalten helfe."[71]

Neben dem Nutzen der Bäume wird hier konkret der „Zierat", also die Verschönerung der Stadt angesprochen. Die Baumanpflanzungen stehen offensichtlich im Kontext der Verschönerung Leipzigs, die als Modernisierungsarbeiten zusammen mit der Einrichtung der Straßenbeleuchtung[72] und der ersten Schleusen für eine Kanalisation um 1700 ergriffen wurden. Diesen gesundheitsfördernden Maßnahmen ging 1680 eine Pestwelle voraus, die ungefähr einem Fünftel der Bevölkerung das Leben kostete.[73]

Die ersten zaghaften Eingriffe in die Befestigung mit der Anlage einer umlaufenden Allee und der französischen Promenade wurden bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts weiter ausgedehnt. So zeigt der Homaennsche Plan von 1749, dass bereits weite Teile der Festungsanlagen abgetragen und durch Grünflächen und Alleen ersetzt wurden.

Die Leipziger Befestigung hatte ihre Funktion als Festung also längst verloren, als die sächsische Regierung der Stadt offiziell den Charakter der Festung nahm, indem sie dem Rat, auf dessen Wunsch hin, 1763 das Verteidigungsareal schenkte.[74] Nach dieser rechtlichen Übergabe der Festungswerke begann der Bürgermeister Karl Wilhelm Müller mit der Beseitigung der restlichen Bastionen und Vorwerke.[75] Nur die Pleißenburg und die Moritzbastei blieben als landesherrliche Hoheitszeichen weiterhin erhalten.[76] In dem Bereich zwischen dem Halleschen Tor und dem Grimmaischen Tor legte in den Jahren 1785 bis 1794 der gräflich-bistümliche Kunstgärtner Mansa nach Plänen des Leipziger Baudirektors Karl-Friedrich Dauthe eine öffentliche Gartenanlage in englischem Stil an. Der Festungsgraben wurde zu einem geschwungenen Schwanenteich reduziert, verschlungene Wege schlängelten sich um Baumgruppen und durch das als Staffagebau angelegte gotische Tor. Das Grimmaische Vorwerk wurde als Höhendominante zu einem Schneckenberg umgestaltet.[77] Der Entwurf für die Anlage eines englischen Gartens auf den Festungswerken zeigt als einer der ersten in Deutschland das neu empfundene Naturgefühl als Kontrast zu den regelmäßigen französischen Wallpromenaden und Gartenanlagen. Die Festungswerke wurden zur Projektionsfläche für die neue Naturphilosophie.

70 Schneider zitiert aus dem Leipzigischen Geschichtsbuch oder Annales von 1714; *W. Schneider*, Leipzig, Streifzüge durch die Kulturgeschichte, 2. Aufl., Leipzig 1995, S. 159.
71 Schneider zitiert aus den Akten des Stadtarchivs Leipzig; ebda., S. 162.
72 Um 1700 wurde Leipzig mit Öllaternen ausgestattet, die die Straßen beleuchteten; ebda., S. 160 f.
73 Schneider zitiert Johann Jacob Vogel (1714); vgl. *W. Schneider* (s. A 70), S. 142 f.
74 *P. Hugo*, Die Pleißenburg in Leipzig von ihrem Entstehen bis zur Gegenwart, Leipzig 1897, S. 66.
75 *P. Lehmann* (s. A 66), S. 10 f.
76 Vgl. Grund Riß der Churfürstl. Sächs. Handelsstadt Leipzig 1799 – aus Leonhardis Beschreibung zu Leipzig, Leipzig 1799, SBBPK, Kartenabt. Kart. X 28 408.

6. *Entfestigung und Anlage eines Grünrings als Folge der Aufklärung und Symbol des Freiheitsdrangs eines liberalen Bildungsbürgertums*

Wie kommt es zu dem bewussten Verstoß gegen die militärischen Bestimmungen für den Erhalt der Festungsanlagen? Gerhard Eimer konstatiert hinter dem „Eifer der völligen Schleifung" vielfach den „Freiheitsdrang eines Bürgertums, das kein anderes Ventil für seine liberalen Neigungen finden konnte, als die unnachsichtige Beseitigung von Relikten obrigkeitlicher Macht. Der Park a la englais wirkte als Symbol der Befreiung."[78] Auch wenn für Leipzig keine derart subversiven und prinzipiellen Vorgänge zu beobachten sind, sondern vielmehr eine selbstbewusste Missachtung kurfürstlicher Auflagen und Zwänge, ist der Aspekt eines „kulturellen" Freiheitsdranges sowie des Selbstbewusstseins und des Individualismus der Leipziger Bürger für die Entfestigung Leipzigs bezeichnend.

Die Herausbildung eines selbstbewussten Bürgertums ist eng verknüpft mit der erstrangigen Stellung der Handels- und Messestadt Leipzig im Wirtschaftsgefüge Mitteldeutschlands. Der sächsische Kurfürst förderte die wirtschaftlichen Interessen der Stadt, doch beschränkte sich die Wirksamkeit des Staates gegenüber Leipzig auf eine „behutsame Aufsicht".[79] Der Landesherr selbst war mit dem Hof nur bei besonderen Anlässen wie den Messen präsent. Die Leipziger Kultur wurde von einer starken, selbstbewussten Bürgerschaft geprägt. Das Bildungsbürgertum konstituierte sich aus Gelehrten, Professoren, Studenten, Verlegern und Kaufleuten. Auch der Stadtrat bildete sich aus einer bürgerlichen Oberschicht, bestehend aus Handelsbürgern und Manufakturbesitzern sowie einem großen Teil Akademikern.[80]

Entscheidend für die Ausbildung des breiten Bildungsbürgertums war die Existenz der 1409 gegründeten Universität. Der immanente Einfluss der Frühaufklärer an der Leipziger Universität, wie Leibniz, Thomasius, Christian Wolff und Christoph Gottsched um 1700 hatte eine Auseinandersetzung mit der französischen Auf-

77 „Plan von der neuen englischen Anlage und Promenade um einen Theil der Stadt Leipzig" (o.J.), SLUB Signatur: A 16660.
78 *G. Eimer* (s. A 4), S. 10.
79 Ebda., S. 24.
80 *K. Czok*, Vorstädte. Zu ihrer Entstehung, Wirtschaft und Sozialentwicklung in der älteren deutschen Stadtgeschichte, in: Sitzungsberichte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig Bd.12, Heft 1, Berlin 1979, S. 164.

klärung und Kultur zur Folge.[81] Im Lehrprogramm des Professors Thomasius findet sich: „Christian Thomas eröffnet der studierenden Jugend zu Leipzig in einem Discours, Welcher Gestalt man denen Frantzosen in gemeinem Leben und Wandel nachahmen solle?[82]

7. Festungsflächen als Exerzierfeld des modernen Städtebaus

Der Bevölkerungszuwachs und die progressiven militärischen Veränderungen, waren wohl nicht die maßgeblichen Impulse für das Phänomen der Entfestigung. Die militärische Einflussnahme, wie der Feindesbefehl zur Schleifung und die veränderte Kriegsführung, können lediglich als willkommener Anlass für die Entfestigung und die Neugestaltung des Geländes gewertet werden. Denn die Festungswerke der auf Feindesbefehl entfestigten Städte, wie z.B. Bonn oder Freiburg,[83] blieben zumeist in ihrer demolierten Form erhalten, bis andere Anstöße zur Neugestaltung des Geländes anregten. Ganz im Gegenteil konnte die progressive Kriegsführung sogar zu einer Verstärkung und Modernisierung der Festungsanlagen führen, wie dies bei den Städten Mainz, Köln und Danzig zu beobachten ist.[84] Auch für Kassel gab es gleich nach dem Siebenjährigen Krieg 1763, trotz des Entfestigungsvorhabens des Landgrafen, erneute Planungen der Offiziere zur Neubefestigung der Stadt. Die Befestigung sollte modernisiert und erweitert werden.[85] Trotzdem war der Vertrauensverlust der Bürger und Fürsten in die schützende Befestigung eine wichtige Voraussetzung für die Entfestigung.

Hingegen war der Bevölkerungszuwachs im 18. Jahrhundert noch kein ausschlaggebendes Moment. Entweder war während des Entfestigungszeitraumes kein bzw. nur ein sehr geringer Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen (Kassel), oder aber das

81 *G. Gawlick*, Johann Christoph Gottsched als Vermittler der französischen Aufklärung, in: Leipzig. Aufklärung und Bürgerlichkeit, Heidelberg 1990, S. 179.

82 *W. Martens*, Das Bild Leipzigs bei Zeitgenossen, in: ebda., S. 16.

83 Bonn wurde 1715-17 auf Befehl der Generalstaaten geschleift. Schleifung meinte hier nur die Demolierung der Außenwerke. Die Befestigung blieb in ihren Grundzügen erhalten. „Nach Übergang der Stadt (Bonn) in preußischen Besitz im Jahre 1815 machten sich die noch erhaltenen Festungswerke allmählich unliebsam bemerkbar; denn die Stadt begann sich auszudehnen. Im Jahre 1816 wehrte sich der Stadtrat... gegen irgendwelche vollständige Beseitigung"; vgl. *H. Mittelsten Schee* (s. A 1), S. 82 f. u. S. 91; Freiburg wurde 1744 durch den Feind geschleift, noch 1787 sind die Festungswerke fast vollständig erhalten; Vgl. *B. Klein*, Die physiokratische Verlandschaftung um 1800, München 1993, Abb. 83, „Stadt- und Festungsplan" von Gabrowitz, 1787 und Abb. 84, „Plan der Fortifikationsgrundstücke" von Franz Anton Gaes, 1787.

84 Aufgrund ihrer strategischen Bedeutung wurden die Festungen im 19. Jahrhundert weiter ausgebaut und erhielten auf diese Weise einen zweiten modernen Befestigungsring, der zumeist eine Stadterweiterung integrierte, vgl. *A. Bernatzky* (s. A 2), S. 31.

85 *E. Brohl* (s. A 27), S. 187 f.

Bevölkerungswachstum konnte durch Stadterweiterungen (Berlin) oder eine Verdichtung des Stadtkerns durch Aufstockung (Leipzig) kompensiert werden.

Die ersten Entfestigungen des 18. Jahrhunderts waren daher weitgehend von kulturästhetischen und gesellschaftspolitischen Faktoren bestimmt. Die Festungsflächen stellten nach der Schleifung eine Projektionsfläche für aufgeklärt-absolutistische Stadtbaukonzepte und einen Ort fürstlich gelenkter Modernisierung (Verschönerung) dar. Zudem wurde das Areal einerseits für den ökonomischen Fortschritt genutzt, andererseits diente das zur Disposition stehende Gelände dem Repräsentationsbedürfnis des Bildungsbürgertums.

Letztlich stellt sich das zur Disposition stehende Festungsgelände in der Mitte des 18. Jahrhunderts als Exerzierfeld des modernen Städtebaus heraus. Die unterschiedlichen Bedürfnisse und Ideen, die auf die neuen Flächen projiziert wurden, stellten noch kein grundsätzliches Konzept für die Nutzung von ehemaligen Festungsringen dar. Doch waren sie die Bedingung für den allgemein gültigen städtebaulichen Entwurf des 19. Jahrhunderts: die große Ringstraße als zentrumsnaher multifunktionaler Stadtraum.[86] Diese war radialer Verkehrsverteiler, Haupt- und Geschäftsstraße, sie nahm Kultureinrichtungen auf und entwickelte sich zum Ort großbürgerlicher Repräsentation. Sie bildete den Raum für öffentliche und bürgerliche Belange und für die neuen Bauaufgaben des 19. Jahrhunderts wie Gerichte, Warenhäuser, Rathäuser, Theater und Parlamentsgebäude bisher unbekannter Dimensionen. Sie waren von der Gartenarchitektur mitgeformte Prachtstraßen, Erholungs- und Gesellschaftsraum. Das System der Ringstraße als radialer Verkehrsverteiler und Prachtstraße wurde schließlich bis ins 20. Jahrhundert in die Stadtplanung übernommen.

86 *P. Lehmann* (s. A 66), S. 1.

Robert Kaltenbrunner

Habitat – ein retroaktives Manifest

Das Wohnen zwischen kulturspezifischen Mustern und cartesianischer Rationalität

1. Vorbemerkungen

Gerhard Polt, der bayrische Kabarettist, entgegnete unlängst auf die Frage, welche Hobbies er denn habe, nur lakonisch: „Ach wissen'S, ich wohn' gern." Mit diesem Bedürfnis steht er sicherlich nicht allein, wenngleich es die wenigsten so freimütig eingestehen. Denn die ominösen „eigenen vier Wände" sind sakrosankt; sie stehen für das unantastbare Innere, das Refugium eines Jeden. Dabei – oder deswegen – gibt es wohl kaum einen Bereich des modernen Lebens, in dem die Beharrungskräfte jahrhundertealter Traditionen derart ausgeprägt sind. Aller Antiquiertheit zum Trotz lebt es sich darin anscheinend ganz kommod.

Was es mit der Behaustheit des Menschen auf sich hat, welchen Bedingungen es gehorcht und wie wir uns dazu verhalten: das ist alles andere als ein abwegiges Thema. Schon gar nicht für jene Disziplinen, die sich mit dem Raum und seiner Planung befassen. Doch deren Verhältnis zum Wohnen ist seltsam unbestimmt, mitunter auch ambivalent. Aller Intensität und Kreativität zum Trotz, die namhafte Architekten seit einem Jahrhundert im Entwurf von Wohnungen und Wohnhäusern an den Tag gelegt haben, sind deren Grundkonstanten nicht aus den Angeln gehoben worden. Bei allen kulturellen Differenzierungsleistungen im Erscheinungsbild und im Gebrauch, ist das Wohnen eine anthropologische Konstante, ein Teil des Bedürfnishaushaltes geblieben. Mit Sicherheit hat IKEA das zeitgenössische Wohnen stärker beeinflusst als die Werke und Konzepte irgendeines Baumeisters. Selbst eine jüngere Tendenz des Metiers, das Produktdesign im Sinne von Markenwaren und Lifestyle-Produktion, berührt beim Habitat allenfalls einen Randbereich, der für die Masse nicht maßgebend ist. In der Sprache des Zeitgeistes wäre „Entschleunigung" das zentrale Schlagwort, um das Wohnen zu charakterisieren: Schließlich stehe „privacy" für „die Metaphysik des Ankommens".[1]

Gleichwohl sind Architektur und Städtebau beim Wohnen nicht aus dem Spiel. Mies van der Rohe, der noch 1924 postulierte, nur eine „ohne Rücksicht auf veraltete Anschauungen und Gefühlswerte" durchgeführte Industrialisierung des Bauwe-

1 Vgl. *P. Wippermann* (Hrsg.), Wie schön wohnt die Zukunft? 1. Stilwerk Trendstudie, Hamburg 2002.

sens könne das „Wohnungsproblem" lösen,[2] beharrte drei Jahre später darauf, „dass das Problem der neuen Wohnung ein baukünstlerisches Problem sei, trotz seiner technischen und wirtschaftlichen Seite".[3] Noch weitaus deutlicher wird Hans Kollhoff: „Ohne die Sehnsucht nach Wohnlichkeit und, so sie denn gewünscht ist, Gemütlichkeit – ich vermute, dass es wenige Exemplare der Spezies Mensch sein werden, die gänzlich auf die eine oder andere, nämlich ihre Form der Gemütlichkeit verzichten wollen – ohne diese Sehnsucht gäbe es nicht die auf atemberaubende Weise baulich manifestierte Kultur der europäischen Stadt."[4] Sieht man einmal von seinen ideologischen Konnotationen ab, so ist dieses Bekenntnis ein wichtiger Schritt, den zu gehen das Metier indes meist ablehnt.

2. Geschichte und ihre Wirkungen

Beides, das Wohnen selbst wie auch seine baulich-räumliche Gestalt, oszilliert zwischen tief verinnerlichten kulturspezifischen Mustern und der cartesianischen Rationalität der Moderne. Was Ortega y Gasset mit Blick auf die großen geschichtlichen Zusammenhänge gesagt hat, scheint auch hier zu gelten: „Man weiß nicht, was man nun Neues denken soll, man weiß nur, oder glaubt zu wissen, dass die überlieferten Ideen und Normen falsch und unzulässig sind. Man fühlt eine tiefe Verachtung für alles oder fast alles, was man gestern noch glaubte; aber in Wirklichkeit hat man doch keine positiven Glaubensgewissheiten, mit denen man die überlieferten ersetzen könnte."[5] Philosophisch ausgedrückt bedeutet Wohnen soviel wie: sich die Gewissheit des Geschützseins real und symbolisch zu bewahren. Einst geläufig und für lange Zeit gültig war die „Homologie Haus-Kosmos-Körper".[6] „Der Mensch", so heißt es, „inkarniert in seinem Haus."[7]

„Es geht beim Wohnen nicht nur um Hausformen, Fenstergrößen, Verkehrsfragen, Bevölkerungsstruktur, Bodenpolitik, Nachbarschaften und Umwelteinflüsse, sondern obendrein und vordringlich um die Erkenntnis des innovativen und aktuellen Verhaltens des Menschen beim Wohnen."[8] Der französische Philosoph Gaston Bachelard sieht das Haus als ein Instrument zur Analyse des Menschlichen schlechthin: „Unsere Seele ist eine Wohnung. Und wenn wir uns an ‚Häuser' und ‚Zimmer' erinnern, lernen wir damit, in uns selbst zu ‚wohnen'."[9] Ist man bereit, genauer hin-

2 *L. Mies van der Rohe*, Industrielles Bauen, in: Zeitschrift für elementare Gestaltung, Nr. 3, Juni 1924, S. 8 f.
3 In seinem Vorwort zum amtlichen Katalog der Stuttgarter Werkbundausstellung, Stuttgart 1927.
4 *H. Kollhoff*, Die neue Gemütlichkeit. Architektur heißt Behausen, in: Die Welt, 22.03.2000.
5 *J. Ortega y Gasset*, Das Wesen geschichtlicher Krisen, Stuttgart 1951, S. 38 f.
6 Vgl. *M. Eliade*, Das Heilige und das Profane, Hamburg 1957, S. 101 ff.
7 *O.F. Bollnow*, Mensch und Raum, Stuttgart 1963, S. 293
8 *A. Silbermann*, Neues vom Wohnen der Deutschen, Köln 1991, S. 16.
9 *G. Bachelard*, Poetik des Raumes, Frankfurt a.M. 1975, S. 8.

zusehen, dann ließen sich eine Reihe von archetypischen Verhaltensmustern herauspräparieren, denen wir unterliegen, wenn wir unser Haus oder unsere ‚Bude' vermeintlich individuell ausstaffieren. Die Frage, was denn die augenscheinliche Unverzichtbarkeit von Gardinen selbst im 11. Stock bedeute, berührt allenfalls die Oberfläche. Nun ist es zwar leicht, sich darüber zu mokieren. Letztlich aber hütet jeder seinen heiligen Gral, sei's nun die bewusst verwahrloste Kuschelecke oder die hochgerüstete Profiküche, Omas Buchenholzschrank oder der hypergestylte Schreibtisch. Denn: „Wer Wohnung hat, dem gelingt es, auf seine Weise darin heimisch zu sein, so verwechselbar im Äußeren und so unsinnig in den Ritualen der Benutzung dieser Zustand sich dem kritischen Blick Außenstehender darbieten mag."[10] Es ist die Arche Noah dieser psychologischen Urhütte, die uns im sturmgefährdeten Ozean des Lebens vor dem Kentern bewahren soll.

Vilém Flusser formulierte in seiner Dialektik von Heim und Welt: „Wir wohnen. Wir könnten nicht leben, wenn wir nicht wohnten. Wir wären unbehaust und schutzlos. Ausgesetzt einer Welt ohne Mitte. Unsere Wohnung ist die Weltmitte. Aus ihr stoßen wir in die Welt vor, um uns auf sie wieder zurückzuziehen. Von unserer Wohnung aus fordern wir die Welt heraus, und wir fliehen vor der Welt in unsere Wohnung. Die Welt ist die Umgebung unserer Wohnung. Unsere Wohnung ist das, was die Welt befestigt. Der Verkehr zwischen Wohnung und Welt ist das Leben."[11] Der ausgebildete Architekt Max Frisch hat einmal geschrieben: „Es gibt Räume, die unsere Seelen nicht atmen lassen; Zimmer, die uns jeden Morgen, wenn man aufsteht, den Glauben an die Zukunft nehmen. Oder ein Treppenhaus, zum Beispiel, kann ausreichen, dass man jedes Mal, wenn man heimkommt, eine Zone von Widerwillen durchschreiten muss; man überträgt es auf die Frau, die uns empfängt, jahrelang, man weiß es nicht, eines Tages steht man vor den Folgen."[12]

Die Wohnung ist unser Kosmos der Vorstellung, abgeschottet nach außen, und nach innen doch nur begrenzt offen. „Dass das Leben des Raumes sich auf die Sofaecke bezieht, ergibt für diese eine Figur monadischer Eingeschlossenheit. In ihr ist der Hauptinhalt der Wohnkultur des Jahrhunderts repräsentiert: Gegen und für die Außenwelt Behaglichkeit und Geborgenheit möglich zu halten."[13] Doch offenbar hat über die Zeiten ein horror vacui das Wohnen erfasst. Die entsprechenden Fachgeschäfte verkaufen heute zwar nicht mehr nur Möbel und Einrichtung, sondern

10 *G. Selle*, Die eigenen vier Wände. Zur verborgenen Geschichte des Wohnens, Frankfurt a.M. 1993, S. 27.

11 *V. Flusser*, Dinge und Undinge. Phänomenologische Skizzen, München 1993, S. 89 f.

12 Zit. nach: *D. Keller / H. Wielens* (Hrsg.), Der Mensch Sein Haus Das Glück. Aphorismen, Sprichwörter und literarische Sentenzen zu Architektur und Wohnen, Münster 1992, S. 22.

13 *M. Warnke*, Zur Situation der Couchecke, in: *J. Habermas* (Hrsg.), Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit", Frankfurt a.M. 1979; Reprint unter dem Titel „Auf der Couch„, in: Tagesspiegel, 13.10.2002.

„Wohnkultur". Indes, die Reihenhäuser und Apartments werden nach wie vor voll gepackt mit all dem, was zum Leben unabkömmlich dünkt. Und das hat sich in den letzten Jahrhunderten nicht substantiell verändert. Was den einen der „Salon", war den anderen die „gute Stube". Und wenngleich das Leben hier mitunter in disfunktionaler Nichtbenutzung erstarrt sein mag, identifikatorisch und symbolisch war es von kaum zu unterschätzender Bedeutung. „Das Haus ist tiefsitzendes Symbol, Vermittlung von innen und außen, von Nest und Kosmos, das der Mensch meistens nach der Seite der Geborgenheit schließt, seltener nach der Seite der Wanderschaft aufbricht. So ist es aus dem schnellen Fahrwasser des Modernisierungsstromes herausgenommen und ändert seine Grundstruktur nur in langen Zeiträumen."[14] Das bürgerliche Familien- und Wohnmodell, das etwa in der Mitte des 19. Jahrhunderts zum Tragen kam, gilt heute zumeist als ein ‚hegemoniales' Kulturkonzept, das anderen Klassen und Schichten aufoktroyiert wurde. Allerdings haben die in diesem Modell implizierten Vorstellungen von Lebensqualität sich de facto bis heute als außerordentlich attraktiv erwiesen.

3. Fürsorge und „Wohnungsfrage"

Da es beim Wohnen eher um das Alltägliche, weniger um das Besondere geht, scheinen die Architekten sich damit schwer zu tun. „Die Betrachtung des Alltagslebens als ein kritisches politisches Konstrukt stellt den Versuch dar, einen architektonischen Ansatz vorzuschlagen, der sich den herrschenden Paradigmen widersetzt... Potentielle Bezüge für eine ‚Architecture of the Everyday' beginnen mit dem Körper. Verschwiegen und intim, ist er gekennzeichnet von Routine, dem Repetitiven und dem Zyklischen, als Ort des Verlangens."[15] Von hier zum Wohnen ist es nicht weit, doch erweist sich der Weg als verschlungen. Um ihn nachvollziehen zu können, ist ein Blick auf die Geschichte notwendig.

Seit dem Vormärz verdichtete sich die „Wohnungsfrage" mehr und mehr zu einem Themenfeld der Politik, und zugleich kristallisierte sich die Tendenz heraus, Wohnungs- als Familienpolitik zu verstehen und zu betreiben. Andererseits löste man sich auch nach der Einführung der Gewerbefreiheit in Teilen des Handwerks und außerhalb der großen Städte nur zögernd von der sozial immer problematischer werdenden Identität von Arbeits- und Wohngemeinschaft unter patriarchalischer Aufsicht, dem sogenannten „Logiswesen". Nur mählich, prozesshaft, mit vielschichtiger Überlagerung gingen (und gehen) solche Veränderungen vonstatten, die (auch)

14 *G. Uhlig*, Die Modernisierung von Raum und Gerät, in: *M. Andritzky* (Hrsg.), Oikos. Von der Feuerstelle zur Mikrowelle. Haushalt und Wohnen im Wandel, Gießen 1992, S. 93 f.

15 *S. Harris*, Everyday Architecture, in: *S. Harris / D. Berke* (Ed.), Architecture of the Everyday, New York 1997, S. 3 f. (Ü.d.V.).

verhaltens- und mentalitätsbedingt sind. Teils nebeneinander laufend, teils ineinander verknäult, mussten sich viele unterschiedliche Fäden und Fallstricke erst zu einem Themenstrang zusammenfinden. Während die Genossenschaftsbewegung verstärkt auf Selbsthilfe bei der Wohnungsvorsorge setzte, baute die sich in den 1870er Jahren organisatorisch verfestigende Sozialhygienebewegung vornehmlich auf staatliche und kommunale Instrumente. Eine ihrer wichtigsten Grundlagen war, dass der Boden der Städte gesäubert werden müsse, um das Aufsteigen gefährlicher „miasmatischer" Dünste zu verhindern. Dennoch dauerte es, bis man Wohnungen als verhaltensprägendes Milieu identifizierte und daraus die Folgerung zog, sie müssen angemessen groß und gut ausgestattet sein. „Da der Wohnungsbau fast ausschließlich privatwirtschaftlich organisiert war, boten sich also für die Spekulation beträchtliche Gewinnaussichten. Das heißt keineswegs, dass die Wohnbauten grundsätzlich qualitativ minderwertig gewesen wären, im Gegenteil. Es gab immer noch eine Art gesellschaftlichen Konsens darüber, was für die Stadt, also die öffentliche Seite des Wohnbaus, ‚schicklich' sei."[16] Gleichwohl war am Ende des 19. Jahrhunderts die „Wohnungsfrage" – als sozialpolitisches Problem – nach wie vor virulent.

Beginnend mit dem belgischen ‚Gesetz über die Arbeiterwohnungen' (1889) über das spanische ‚Gesetz über Billigwohnungen' (1911) bis zum deutschen ‚Wohnungsgesetz' (1918) zeigt sich in ganz Europa eine annähernd gleichgerichtete Zielformulierung. Sie waren ein Versuch, viele bis dahin weit gestreute Maßnahmen für die Volkswohnungsversorgung zu vereinen und zu verstärken. Doch die baulichen Rahmen, innerhalb derer das tatsächliche Leben verortet wurde, gerieten mitunter zu seltsamen Zwitterwesen, irgendwo zwischen sozialem Ausgleich und höchstmöglicher Rendite pendelnd. Sogar die prominente „Margarethenhöhe" in Essen lässt sich so lesen: Die Krupp'sche Siedlung steht einerseits im Einflussbereich der aufziehenden, reformerischen Gartenstadtbewegung, gehorcht aber andererseits den paternalistischen Vorstellungen des Werkwohnungsbaus, dessen Gesamtarrangement „beim (gebildeten) Betrachter das vom Bürgertum ersehnte und dem Arbeiter zugedachte Gefühl von Ruhe und Überschaubarkeit bewirkt und die Idylle eines agrarischen Gemeinwesens schafft".[17] Das Spannungsfeld von Gegebenheiten und Aneignungen war seither prägend für einen Wohnungsbau, der vielerorts als sozialpolitische Herausforderung gesehen wurde und zudem im Urbanisierungsprozess eine zentrale Rolle spielte.

Zwar liegt eine entscheidende Weichenstellung der Moderne darin, das Wohnen als Aufgabe der Architekten entdeckt zu haben: Sie wollten Haus und Wohnung

16 *G. Kähler*, Nicht nur Neues Bauen!, in: *ders.* (Hrsg.), Geschichte des Wohnens. 1918-1945 Reform, Reaktion, Zerstörung, Stuttgart 1996, S. 308.

17 Siehe ausführlich *C. Zimmermann*, Wohnungsbau als sozialpolitische Herausforderung. Reformerisches Engagement und öffentliche Aufgaben, in:. *J. Reulecke* (Hrsg.), Geschichte des Wohnens, Bd. 3: 1800-1918 / Das bürgerliche Zeitalter, München 1997, insb. S. 572 ff.

nach rationell-funktionalen, ihnen als ‚vernünftig' erscheinenden Gesichtspunkten gestaltet wissen. Aber ganz selbstverständlich nahmen sie an, dass sich die Menschen ebenfalls nach diesen Maßstäben erziehen lassen werden. Das „befreite Wohnen" trat, laut Giedion, „im praktischen Tennisdress" ins Freie. Schluss mit der Zwangjacke einer Architektur, die sich um den modernen bewegungshungrigen Menschen legte. Das weiße, luftig-leichte, lichtdurchlässige, bewegliche Hauskleid, das dem sportiven und sozialhygienischen Imperativ von „Licht, Luft und Öffnung" folgt,[18] wird zu einem Leitbild, das alsbald selbst einer Zwangsjacke ähnelte.

4. Befreit von allen Zwängen

Unmittelbar nach 1918 bewegte die Frage nach dem Zusammenhang von Wohnung, Architektur und Gesellschaft die Gemüter. Dass sich der Staat des Wohnungsproblems zu bemächtigen habe, wurde seinerzeit zu einem zwar unausgesprochenen, aber übergreifenden politischen Konsens. Nicht mehr der „freie Markt", der sich diesbezüglich als nicht (mehr) funktionstüchtig erwiesen hatte, sondern die Kommunen sind damals in großem Maße die Träger des Wohnungsbaus geworden. Dessen Finanzierung durch die öffentliche Hand wiederum hatte zur Folge, dass Regeln des Bauens aufgestellt werden mussten. Die Konsequenz war ein Denken in Kategorien von Mindeststandards, die bis heute nicht abgelegt wurden. Imperative wie „vereinheitlichen" und „nivellieren" machten gegen Ende der Zwanziger Jahre in Europa diesen planerischen Elementarismus den politisch Verantwortlichen schmackhaft.[19]

Auf der Suche nach neuen Bezugsgrößen wurde der Wohnungsgrundriss erstmalig Gegenstand einer systematischen und umfassenden Erforschung menschlicher Lebensbedingungen und -gewohnheiten. Analysen des Wohnbedarfs, der Größenverhältnisse, der funktionalen Zusammenhänge und Bewirtschaftungsmöglichkeiten, über Fragen der Belichtung, der Besonnung und Belüftung ergaben in Verbindung mit den ökonomischen und bautechnischen Gesichtspunkten neue Dimensionen, die in ihrer Zusammenfassung Hauptbestandteil und wichtigste Planungsgrundlagen für die Entwicklung der ‚Wohneinheit' geworden sind. Der Grundriss der Wohnung kristallisierte sich für die Architekten als Muster und Wegbereiter einer neuen Entwurfskonzeption heraus – und signalisierte damit die Ablösung einer seit vielen Jahrhunderten im Grunde genommen unveränderten Raumstruktur. ‚Revolutionär' war der Beginn des Massenwohnungsbaus insofern, weil die traditionelle

18 *S. Giedion*, Befreites Wohnen, Stuttgart 1928; vgl. insbesondere Abb. 83.

19 Allerdings gab es bereits vorher entsprechende Ansätze, beispielsweise bei diversen Stadterweiterungsplänen für Paris im 19. Jahrhundert, bei welchen die einzelnen Gebäude nicht mehr Variationen eines eingebürgerten und überlieferten traditionellen Typus' darstellten, sondern gleichförmige Wiederholungen eines theoretischen, utilitaristisch entwickelten und exakt kodifizierten Prototyps.

Typologie ad acta gelegt und durch eine grundlegend andere ersetzt wurde. Die Dimensionen der ehemaligen Stadtwohnung leiteten sich unmittelbar aus dem Grundmaße des Hauses bzw. der Parzelle ab. Auf dieser Grundlage bildeten sie die eigentlichen Bedingungen und Proportionen der einzelnen Räume und damit einen ‚Zuschnitt' der Wohnung, der, wie man glaubte, in ökonomischer und soziologischer Hinsicht unbrauchbar geworden ist, weil diese Dimensionen selbst letztlich zutiefst in der damaligen Stadt- und Gesellschaftsstruktur verwurzelt waren.

Das berühmte Beispiel der ‚Frankfurter Küche' mag veranschaulichen, wie sehr die Nutzungsmuster in den Wohnungen selbst sich änderten: Wurden vorher, in den gutbürgerlichen Salons genauso wie in den Wohnküchen der Arbeiter, räumliche Hüllen für gesellschaftliche Prozesse geschaffen, so manifestierte die Funktionalisierung der 1920er Jahre dem Grunde nach die räumliche Gestaltung eines physischen Ablaufs. „Der Architekt hat sich nicht mehr Hohlräume und das Knochengerüst des Hauses vorzustellen und zu entwerfen, darf nicht mehr nur in Zimmern und Fluren denken und planen; er entwirft das Wohnen, die Lebensform selbst."[20] Das Paradigma vom neuen Typus (der Standardwohnung) war mehr als nur ein bauliches Manifest, indem es deutlich machte, worin die neuen Aufgaben der Architektur denn lägen: nämlich in der möglichst reibungslosen Organisation des „Produktionszyklus".[21]

Gerade die sozialpolitischen Ambitionen der Architekten ebneten den Weg. Minimalmaße wurden oft genug als notwendige Maße missverstanden und mussten so, eingedenk anhaltender Bestrebungen zur Standardisierung, als Ausgangspunkt für den Entwurf herhalten. „Während früher die Wohnansprüche der Oberschicht das Vorbild abgaben, so dass das Haus des Kleinbürgers in einer in allen Teilen proportionalen, höchst unzweckmäßigen Verkleinerung der Villa bestand, beispielsweise der Salon also sein Gegenstück in der selten benützten ‚guten Stube' hatte, ist jetzt umgekehrt die Wohnung für das Existenzminimum zur Richtschnur, ja zum Ausgangspunkt für den Gestaltungswillen geworden."[22] So war es, und so blieb es, auch wenn etwa Bruno Taut tiefe Skepsis gegenüber diesem Norm(al)grundriss, der den Bedürfnissen aller Bevölkerungsgruppen gleichermaßen gerecht werden sollte, äußerte: „In der Tat stellt sich bei allen Anstrengungen in der Suche nach dem Idealtyp heraus, dass gerade dadurch immer mehr Variationen entstehen und dass das erstrebte Ziel immer ferner rückt, je stärker man seine Anstrengungen darauf richtet."[23]

20 *G. Wolf*, Die Grundriss-Staffel. Beitrag zur Grundrisswissenschaft, München 1931, S. 23.
21 Vgl. *M. Tafuri*, Kapitalismus und Architektur. Von Corbusiers „Utopia„ zur Trabantenstadt, Hamburg 1977, S. 79 ff.
22 *W. Müller-Wulckow*, Die deutsche Wohnung der Gegenwart, Reprint: Königstein 1999, S. 7.
23 *B. Taut*, Grundrissfrage, in: Die Wohnungswirtschaft 21-22, 1928, S. 314.

5. Die Entzauberung der Welt

Der Roman „Das Leben. Gebrauchsanweisung" von Georges Perec beginnt mit dem Kapitel „Im Treppenhaus": „Die Bewohner eines gleichen Wohnhauses wohnen nur einige Zentimeter voneinander entfernt, eine einfache Wand trennt sie, sie teilen sich die gleichen Räume, die sich über die Stockwerke hinweg wiederholen, sie machen zur gleichen Zeit die gleichen Bewegungen, den Wasserhahn aufdrehen, an der Wasserspülung ziehen, das Licht anknipsen, den Tisch decken, einige Dutzend gleichzeitiger Existenzen, die sich von Stockwerk zu Stockwerk, von Haus zu Haus und von Straße zu Straße wiederholen."[24]

Die Masse macht's: Nach dem Zweiten Weltkrieg schrieb der bundesdeutsche Wohnungsbau – zumindest quantitativ – eine Erfolgsgeschichte, die auch international gewürdigt wurde. „Sozialer Wohnungsbau wurde zur Innovation einer Wohnungsbaupolitik, die sich als Sozialpolitik verstand, und war eine der großen Leistungen des Wiederaufbaus."[25] Zugleich, und damit knüpfte man nahtlos an die 1920er Jahre an, war mit dem öffentlich subventionierten Wohnungsbau der endgültige Durchbruch des Typus einer standardisierten und funktional determinierten Normalwohnung in allen Industrieländern verknüpft, der die Beachtung gewisser Normen in Größe, Schnitt und Ausstattung der Wohnungen forderte.[26] „Die ‚Ration Wohnung' sollte verbilligt werden, die wirtschaftliche Not verlangte nach Typisierung, Normierung, nach einer Einheitlichkeit der Form, die keine sozialen Differenzierungen zuließ."[27]

Völlig übersehen wurde in der Regel, dass das Haus ein Gebrauchsgegenstand, dass Architektur (auch) eine Dienstleistung ist. Als solche hat sie in erster Linie die Bedürfnisse der Bewohner zu erfüllen. Das meint mitnichten nur (mehr) die elementaren. Vielmehr muss sie auch Unterstützung bei der eigenen Selbstverwirklichung gewähren: „Erlebnisansprüche wandern von der Peripherie ins Zentrum der persönlichen Werte; sie werden zum Maßstab über Wert und Unwert des Lebens schlechthin und definieren den Sinn des Lebens."[28] Mittels ‚Funktionalisierung' wird jedoch das vielschichtige mentale und psychologische Phänomen menschlicher Wohnbedürfnisse noch immer auf objektivierbare und messbare Zweckkategorien reduziert. Mit dieser von Max Weber als ‚Entzauberung der Welt' bezeichneten Entwicklung verkümmert die Teilhabe des Menschen an seiner Wohnumwelt. Letztendlich wird

24 *G. Perec*, Das Leben. Gebrauchsanweisung, München 1982, S. 19.
25 *K. von Beyme*, Wohnen und Politik, in: *I. Flagge* (Hrsg.), Geschichte des Wohnens. Von 1945 bis heute: Aufbau-Neubau-Umbau, Stuttgart 1999, S. 123.
26 Vgl. *G. Kuhn*, Standard- oder Individualwohnung?, In: ARCH+ 158, S. 66.
27 *K. Hartmann*, Alltagskultur, Alltagsleben, Wohnkultur, in: *G. Kähler* (Hrsg.), Geschichte des Wohnens. 1918-1945: Reform – Reaktion – Zerstörung, Stuttgart 1996, S. 246.
28 *G. Schulze*, Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt a.M. 1997, S. 59.

aus dem ‚Bewohner' damit der ‚Nutzer', dessen vitale Ansprüche an den Wohnbereich in der Scheinobjektivität einer planungskonformen Bedürfnis-Interpretation verlustig gehen.

Namentlich der Bauwirtschaftsfunktionalismus der 1960er und 1970er Jahre zeitigte solche Ergebnisse. Spätestens mit dem Großsiedlungsbau nahm das Gefühl der Vermassung und Anonymität, der Gleichförmigkeit und Isolierung greifbare Formen an; und folgerichtig hagelte es Kritik. Doch nach Jahren der Stagnation nimmt sich die Architektur mit neuer Verve des Themas an, und zwar aus recht unterschiedlichen Richtungen und mit verschiedenen Motiven. Als Laboratorium erfreut sich die Villa größter Beliebtheit, schon weil sie mitunter auch Avantgardisten einen formidablen Freiraum für ihre Experimente bietet. Hier gibt es Geld, meist ein freies, gut geschnittenes Grundstück und oft einen Bauherrn, der sich mehr vorstellen kann, als er kennt.

Wie gelungen auch immer, der exklusive Nischenmarkt für reiche Bauherren ist ein architektonisches Reservat, in dem das Projekt der heutigen Avantgarde allenfalls eine symbolische Verwirklichung erfährt, aber auf die psychische und physische Geographie der Gegenwart kaum nennenswert Einfluss ausübt. Freilich gibt es auch vermeintlich basisnähere Ansätze, wenn etwa Münchner Studenten für eben diese das spartanisch-neuzeitliche ‚I-Home' konzipieren. Oder die runde Kapsel aus additiven Scheiben etwa, die die junge Wiener Architekturgruppe „Alles wird gut" (AWG) „Turn On" nennt und die Stanley Kubricks Weltraumphantasien auf den Boden der Tatsachen holen will. Beispiele wie diese – die Reihe ließe sich beliebig verlängern – können sich großer Reputation und Publizität erfreuen, was wiederum die Frage provoziert, warum sie so gut wie nie realisiert oder auch nur konkret nachgefragt werden. Und gleich möchte man nachsetzen: Warum ist die Binnendifferenzierung unserer heutigen Sozialbau- oder Mietwohnungen oder auch des Eigenheims in der Regel kaum weiter fortgeschritten als im Nürnberger Stadthaus der Dürerzeit oder ein Jahrhundert später in den Niederlanden?

6. Flexibilität und Aneignung

Dass Alexander Mitscherlich die „Unwirtlichkeit unserer Städte" anprangerte, ist gemeinhin bekannt. Dass er unserer Gesellschaft auch einen „Wohnfetischismus" attestierte, weniger. Gemeint hat er damit ein Verhalten, dass zuerst auf Sauberkeit und Ordnung und erst dann auf die Bedürfnisse der Menschen und ihre Beziehungen zueinander ausgerichtet ist. Und das schätzte er als Hindernis für ein bedürfnisgerechtes Wohnen fast ebenso hoch ein wie die Sterilität mancher Großsiedlung.

Wobei das mit den Wohnbedürfnissen so eine Sache ist. Nicht nur ausreichend groß, bezahlbar und kommod, auch flexibel soll es sein, das eigene Heim. Sich in stärkerem Maße an sich verändernde Lebenssituationen anzupassen, ist als Desiderat seit langem erkannt und benannt.[29] Die nicht determinierten Räume von Gründerzeitwohnungen mit ihren mehrfachen Erschließungen bieten hier fraglos mehr als die – auf die vermeintlichen Gebrauchsmuster der Kleinfamilie abzielenden – Grundrisse des modernen Wohnungsbaus. Auch die Popularität, der sich Lofts bei einem bestimmten, meist freiberuflichem Klientel erfreuen, spricht diesbezüglich Bände. Trotzdem muss man konstatieren, dass sich im Wohnungsbau fast nur im „gehobenen" Marktsegment etwas bewegt – und dann eher im Service-Bereich mit Doorman- oder in Boarding-House-Konzepte als bei der Realisierung flexibler Wohnformen.

Exemplarisch gemeinte Variationen für den Alltagsgebrauch sind eher selten: Das vollflächig verglaste „Estradenhaus" des Architekten Wolfram Popp in der Choriner Straße in Berlin etwa, oder das Haus von Arno Brandlhuber und Bernd Kniess in Köln/Ehrenfeld; auch das „Wohnregal" von Kjell Nylund, Christof Puttfarken und Peter Stürzebecher im Rahmen der Berliner IBA'87 wäre hier zu nennen. Erprobt wird mit solchen Projekten ein Wohnungsprogramm, das seine Maßordnung in den Bedürfnissen des Menschen findet; ein Raumreservoir, das, im Interesse des Benutzers, zur Veränderung freisteht, das verlockt zu eigenen Einfällen, freien Entscheidungen und bewusster Selbstbestimmung. Doch die Wirklichkeit scheint mit der Theorie nicht Schritt zu halten. Für ein bedürfnisgerechtes Wohnen ist wohl weniger die Variabilität des Grundrisses, als vielmehr die Anzahl unterschiedlicher Angebote innerhalb des Hauses oder der Nachbarschaft ausschlaggebend. Und wer weiß, ob nicht unsere Trägheit und Vorgefasstheit stärker als alle finanziellen Restriktionen und alles konzeptionelle Ungenügen ursächlich dafür sind, wie das Wohnungsangebot aussieht und wie es genutzt wird.

Mithin wohnt dem Ansatz, viele Optionen zuzulassen, ein gedanklicher Fehlschluss inne: Denn die Flexibilität des Wohnungsgrundrisses an sich bietet durchaus noch keinen Ausweg aus der Funktionalisierung des Wohnablaufs – im Gegenteil fordert sie geradezu dazu auf. Ergebnis ist nicht die räumliche Verbesserung, sondern die bessere Anpassung an kurz- oder mittelfristige Veränderungen der Bedürfnisse. Das aber leistet die bürgerliche Wohnung der Zeit vor 1914 – ohne den technischen Aufwand und bei höherer räumlicher Qualität. „Bis heute benutzen Archi-

29 Im allgemeinen ist unter Flexibilität die größenmäßige Veränderung der Binnenstruktur einer Einheit angesprochen. Stellt man sich die Wohnfläche als konstante Größe vor, ihre Umfassung als fixiert, so obliegt es dem Bewohner, durch Nutzungs- und Zustandsänderungen (wie Durchbrechen einer Tür; Einziehen einer Wand etc.) veränderte Bedingungen zu artikulieren. Dazu müssen die ‚konstanten' konstruktiven Elemente möglichst reduziert und die Installationsanschlüsse an optimalen Punkten angeordnet werden. Demgegenüber meint Variabilität die Expansions- und Reduktionsmöglichkeiten einer Wohnung, d.h. ein wechselndes Flächenreservoir, um unterschiedlichen Anforderungen an den je nach Gusto und Belegung verschiedenen Flächenbedarf realisieren zu können. Da diese Unterscheidung im diskutierten Zusammenhang kaum relevant ist, werden beide Begriffe hier synonym benutzt.

tekten das Konzept der Flexibilität immer noch vorwiegend rein konstruktiv (um Wände durch wenige Stützen zu ersetzen). Von dieser Flexibilität profitiert letztlich vor allem der Architekt selbst, weil sie den Entwurf vereinfacht; die dem Benutzer versprochene Flexibilität der Raumorganisation wird dagegen so gut wie nie eingelöst."[30]

7. Perspektiven des Handhabbaren

Offenkundig setzt die ‚Wohnungsproduktion' in sich – programmatisch und entwerferisch – eine Auseinandersetzung mit Widersprüchen voraus: Individualisierung versus Massenproduktion, kulturelle Heterogenität versus regionaler Identitäten, öffentlicher Raum versus funktionale Flächennutzung. Insofern kann der Wohnungsbau weniger „Lösungen" in Aussicht stellen, als mit widersprüchlichen Besonderheiten experimentieren. Zu diesen Widersprüchen zählt die Kluft zwischen quantitativ-statistischen und qualitativen Betrachtungsweisen genauso wie der Umstand, dass das Wohnen zwischen kulturspezifischen Mustern und cartesianischer Rationalität oszilliert.

Um darin eine knappe Standortbestimmung vorzunehmen: Das Machbare wäre irgendwo zwischen Traumhaus und Fertighaus anzusiedeln. Nachdem bis in die 1970er Jahre hinein der Wohnungsbau einem fordistischen Konzept folgte und Produzenten wie Architekten sich an der Durchschnittsfamilie und -wohnung leitbildhaft orientierten, müssen sich heutige Vorstellungen auf dem schmalen Grat zwischen Norm und Wunsch bewegen. Der Wandel gesellschaftlicher Rahmenbedingungen (als Stichworte mögen genügen: sinkende Bevölkerungszahl, fortschreitende Alterung, kleinere Haushaltsgrößen, Veränderung der Arbeitswelt, zunehmende Mobilität, steigender Kostendruck, Individualisierung und Globalisierung, verschärfte Zweiteilung der Gesellschaft usw.) erzwingt ein Umdenken. Neben dem wachsenden Stellenwert, den die kostenminimierenden und flächensparenden Aspekte einnehmen (müssen), liegt es nahe, für unübersehbare Individualitäten private Spielräume des Wohnens auszureizen. Dergleichen ist ja nicht neu: Als in den frühen 1960er Jahren immer deutlicher wurde, dass sich in der Praxis eine tiefe Kluft zwischen den Vorstellungen des Architekten und den Bedürfnissen und Gepflogenheiten des Benutzers auftat, entstand eine ganze Reihe reformistischer Bewegungen, die gegen die rigide Autonomie Stellung nahmen und die Entfremdung des Architekten von der normalen Gesellschaft überwinden wollten. Sie stellten nicht nur die weltfremde, abstrakte Syntax der modernen Architektur in Frage, sondern suchten – wie etwa Nikolaus J. Habraken oder John F. Turner – auch nach Wegen, jene Gesellschaftsschichten zu versorgen, mit denen sich die Architekten normalerweise nicht befassten. In manch niederländischem Projekt wird das Reihenhaus in seine Bestandteile zerlegt und neu zusammengesetzt, wobei man sich in diesen Konzepten einer Erosion der bürgerlichen Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit nahe glaubte. Durchgängig erfolgreich aber waren die wenigsten Versuche, weil sie in der Realisierung zumeist stark verwässert wurden.

30 *A. Ruby*, Über das schwierige Verhältnis zwischen Wohnen und Architektur, in: Deutsche Bauzeitung (db), Nr. 10, 2001, S. 50.

Obwohl ungefähr 60% der Deutschen zur Miete wohnen, sind sie ein Volk von ‚Luxuswohnern'. Im Vergleich zu allen früheren Zeiten, in denen ein Großteil der Gesellschaft in vergleichsweise katastrophalen Verhältnissen lebte, wurde im 20. Jahrhundert der demokratische Traum wahr gemacht, (fast) jeder Familie eine menschenwürdige Wohnung zu verschaffen.[31] Was jedoch nicht heißt, dass man nicht auch anders wohnen, dass man sich „verbessern" möchte. Stichwort ‚Schrumpfung': In immer mehr Regionen besteht kein baulicher Erweiterungsbedarf mehr. Wie kann das Wohnen solchen Bedingungen folgen, wenn (fast) alles schon gebaut ist? Darf man sich der Hoffnung hingeben, dass bei geringerer wirtschaftlicher Dynamik mehr Aufmerksamkeit für Qualität einkehrt, dass das Schlagwort von der „Masse statt Klasse" sich umkehrt? Oder muss man damit rechnen, dass die lahmende Nachfrage bloß durch billigere Bauproduktion angeschoben wird? Es wäre auszuloten, ob der Wohn- und Baubedarf sich nach den Regeln der Produktinnovation gestalten lässt, wo über Produktdesign ziemlich zuverlässig neue Nachfrage in Gang gesetzt wird. Wobei die Innovation gerade nicht der Maxime folgen darf, dass „Kunst weh tun muss" oder „Avantgarde Anrecht auf Freiraum hat"; vielmehr muss sie das weit verbreitete Unbehagen gegenüber dem Neuen berücksichtigen.

8. Schablonen der Sehnsucht?

Sag mir, wie Du wohnst, und ich sage Dir, wer Du bist! Der Mensch definiert sich zu einem erheblichen Maß über seine Wohnung, sein Interieur, seine Möbel, in und mit denen er lebt. Der Rahmen dafür ist ihm allerdings meist vorgegeben. Und fast immer zu eng – dominiert doch der funktionalistische Wohnungsgrundriss für die Kleinfamilie nach wie vor den Wohnungsbau. Als bevorzugtes Analyse- und Entwurfsinstrument erfasst er aber nicht solche räumlichen und sozialen Veränderungen, die ihn grundsätzlich in Frage stellen. Als Häußermann/Siebel nach einem gemeinsa-

31 1950 standen für 15,5 Mio. Haushalte nur 10 Mio. Wohnungen zur Verfügung (Bundesgebiet ohne Saarland), jede davon war von knapp fünf Personen belegt. Nur 20% dieser Wohnungen hatte Bad oder Dusche. 1998 wohnten – bei rund 39 qm Wohnfläche pro Person, statistisch 2,2 Personen in einer Wohnung. Noch 1965 betrug die verfügbare Wohnfläche in der Bundesrepublik 22 qm/Person, sie hat sich also in etwas mehr als dreißig Jahren noch einmal fast verdoppelt, obwohl inzwischen das Gebiet der DDR hinzugekommen ist.

men Nenner für die Wohnungspolitik und die dazugehörige Architektur forschten, fanden sie ihn in der Pädagogik: Stets sei den Leuten erklärt worden, wie sie wohnen sollen; permanent sei versucht worden, Gesellschaft durch Grundrisse zu formieren. Beim ‚Neuen Bauen' schließlich herrschte purer Autoritarismus: Die Reformer hätten der Kleinfamilie, ja den Proletariern insgesamt beizubringen versucht, wie man lebt und richtig wohnt. Zugleich wollten sie diese irgendwie fluktuierende Masse in der Stadt sortieren und strukturieren.

Wenngleich es in der Frage des „wie" naturgemäß erhebliche Unterschiede gab, so waren sich doch die Fachleute zumeist einig, dass der Konsument, der den Architekturprodukten seiner Zeit gleichgültig gegenübersteht, durch bisher unbekannte Raumerfahrungen wachgerüttelt werden soll. Trotz des Bekenntnisses zu Nutzungsoffenheit und spontaner Aneignung des Raums stellt für die Architekten in der Regel das ‚richtige' Wohnen im Grunde eine erzieherische Herausforderung dar. Es geht dabei – ähnlich wie in der modernen Wohnpädagogik der ‚Licht-Luft-Sonne'-Bewegung – um die Entrümpelung bürgerlicher Wohnvorstellungen. An die Stelle des möblierten, orthogonal organisierten Raums tritt beispielsweise die Körperpolitik der Fonction oblique: In Paul Virilios Begriffen soll das neue räumliche Dispositiv beim Bewohner zur Emanzipation vom „physiologischen" zum „lokomotorischen" Körper führen.[32]

Mit solchen Ansprüchen, wir wissen es heute, ist die Moderne gescheitert. Musste sie scheitern. Denn: „Die Konstanten sind zu auffällig, die verdeckten Muster zu wiedererkennbar, die Sehnsüchte zu regressiv, die Erinnerungen zu verpflichtend, als dass es im Wohnen heute oder morgen zu einem revolutionären Wandel kommen könnte. Wir dürfen uns von ästhetischer Diversifikation und technologischer Modernisierung nicht täuschen lassen. Allen Rationalisierungstendenzen, allen Funktionalismen der jüngeren Moderne zum Trotz und entgegen allem Anschein einer neuen ästhetischen Freiheit hat sich im Wohnbereich prinzipiell so wenig bewegt, als sei das intime Wohnverhalten ein Bollwerk der Tradition gegen die Umsatzgeschwindigkeit technisch-ästhetischer Leitbildvorgaben, weder völlig auflösbar zum modischen Schein noch völlig korrumpierbar durch entleerte Gewohnheit."[33]

Selbstredend gibt es eine Reihe vermeintlich innovativer und/oder emanzipatorischer Wohnkonzepte, die die Grenzen des Üblichen stetig weitern. Mit großer Sicherheit werden die Wohnhäuser der Zukunft vernetzt und in sich ‚mobil' sein, wird die Einbeziehung modernster Informations- und Kommunikationstechniken schon deswegen unabdingbar, weil das ‚Arbeiten' von zuhause aus zunimmt. Die Wohnwelt aber muss dafür nicht neu erfunden werden. Just das hatte der österreichische Architekt Josef Frank bereits 1927 in pointierter Form deutlich gemacht, in seinem

32 Vgl. *A. Bideau*, Architektur als Grundlagenforschung, in: Neue Züricher Zeitung, Beilage, Literatur und Kunst, 08.03.2003.

33 *G. Selle* (s. A 10), S. 11.

Essay ‚Vom neuen Stil', der als fiktives Interview verfasst wurde: „A: Der Mensch hat sich seit hunderttausend Jahren nicht verändert, er ist nicht besser und nicht schlechter geworden, nicht höher entwickelt und nicht degeneriert. Auch die Geräte des täglichen Lebens in seiner Umgebung sind deshalb die gleichen geblieben. – F: Und das Automobil und das elektrische Licht? – A: Das Automobil ist noch immer nichts anderes als der Sitz mit den vier Rädern darunter, und das elektrische Licht ist der leuchtende Punkt. Wie sie erzeugt werden und mit welcher Geschwindigkeit sie funktionieren, ist nebensächlich. Das Haus aber ist das primitive Gerät geblieben, das es war, weil sich sein Zweck nie geändert hat. Alle Neuerungen technischer Art können leicht hinzugefügt werden. Die Wohnart gleichgearteter Menschen war immer die gleiche, sie können in alten Häusern gleicher Art ebenso gut wohnen wie in neuen, wenn sich die Lebensbedingungen nicht geändert haben. Das aber ist selten der Fall, weshalb wir zu unseren raum- und zeitsparenden Erfindungen greifen."[34]

Ohnehin hat das Haus gegenüber öffentlichen Dienstleistungen immer wieder erstaunlichste Integrationsleistungen vollbracht. Die wichtigste war vielleicht die Privatisierung des WC, das lange noch ein externes Reglement auf der Etage erforderte. Auch die öffentlichen Wasch-, Bade- und Saunaanstalten sind längst in der Wohnung privatisiert. Und sie hat auch die Eigenküche gegen alle rationalistischen Vorschläge verteidigt, mit enormem technischen Aufwand sogar ausgebaut. Mit dem Fernseher ist das Kino, mit der Stereoanlage der Konzertsaal, mit der Hausbar die Gaststätte integrierbar geworden. Warum sollten bei dieser ‚Absorptionsfähigkeit' der Wohnung nun deren Grundfesten ins Wanken geraten, wenn seit zwanzig Jahren Techniker und Marktstrategen sich mit dem ‚Smart House' beschäftigen? Ein high-tech-Regelmechanismus, die intelligente Vernetzung von Zentralheizung über Waschmaschine, Rollläden, Dusche bis Kaffeekocher, ist als künftige Grundausstattung durchaus denkbar – als eine Art Intranet für das eigene Haus –, ohne dass deswegen das tradierte Wohnmuster selbst in Frage gestellt wird. Die grundsätzlichen Ansprüche an das Wohnen bleiben, nur verfeinern sie sich gegebenenfalls. Sie finden ihre Bestätigung, indem sie sich technischer Innovationen bedienen.

Sie erschöpfen sich aber weder darin, noch in gut gemeinten Architekturen. Denn zuvorderst muss man „verstehen, dass die Bausteine solcher Lebensqualitäten, wie Wohnlichkeit oder Kultur, nicht einzelne, in bestimmten Quantitäten auftretende Objekte sind, etwa Wohnraum oder Grünfläche, sondern kleine Subsysteme, die organisatorische, gestalthafte und materielle Komponenten haben. ‚Nächtliche Sicherheit' ist beispielsweise solch ein System, das sich nicht mit der Abwesenheit von Verbrechen definieren lässt; ‚Ruhe' ein anderes, das sich nicht in der Unterschreitung eines bestimmten Geräuschpegels auf der Dezibel-Skala erschöpft. Schließlich müssen wir noch verstehen, dass die Wohnlichkeit, selbst wenn es uns gelänge, sie vollkommen zu definieren, nicht verordnet werden kann, dass sie kein Wohlfahrts-

34 Zit. n. *J. Spalt / H. Czech* (Hrsg.), Josef Frank 1885-1967, Wien 1981, S. 179 f.

prinzip ist, sondern aktive gesellschaftliche Beteiligung voraussetzt."[35] Die allerdings kann der Baumeister allenfalls stimulieren, nicht erzeugen oder gar steuern. Was wiederum eine – unüberwindliche? – Grenze zwischen der Architektur und dem Wohnen markiert. Naheliegend ist immerhin, besonderen Wert zu legen auf die atmosphärische Qualität einzelner differenzierter Räume, deren nicht funktional begründete Unterschiedlichkeit anders als im funktionalen Grundriss vielfältige Bespielungen und Kodierungen durch den jeweiligen Benutzer ermöglicht.

9. Kollektive Struktur, individuelle Interpretation

„Der Mensch befasst sich mit der Geschichte, weil er angesichts der Zukunft, die nicht in seiner Hand ist, merkt, dass das einzige, was er hat, was er besitzt, seine Vergangenheit ist. Sie allein kann er fassen; sie ist das Schiffchen, in dem er die Reise nach der unruhigen Zukunft unternimmt."[36] Sich dieser Einsicht Ortega y Gassets zu beugen, ist die – ihrem Selbstverständnis nach stets zukunftsoffene – Architektur augenscheinlich nur selten bereit. Doch retrospektiv gesehen münden die beiden angeblichen Königswege, die sie bezüglich des Wohnens eingeschlagen hat, in Sackgassen: Entweder in der Standardwohnung, die zumeist im immergleichen Zweispänner endet,[37] oder im vollkommen neutralen und unspezifischen Grundriss. Vor diesem Hintergrund ist, konzeptionell und intellektuell, eine Standortbestimmung des Architekten notwendig. Seine Entwürfe dürfen das Zufällige zwar nicht zum Thema der Gestalt machen, müssen es aber per se zulassen. Um mit Lars Lerup zu reden: „Wie der Begriff ‚Stuhl', lassen sich auch die Begriffe von der sozialen und von der persönlichen Sphäre an der Oberfläche der gebauten Umwelt nicht unmittelbar ablesen. Da es nur Begriffe sind, kann ihnen durch Formen nur teilweise Ausdruck verliehen werden. Nur im Lichte der Verhaltensweisen der Bewohner offenbaren sie sich dem Beobachter."[38]

Der Architekt steuert nur ein bestimmtes Verhältnis, nämlich das zwischen Einheitlichkeit und Vielfalt: Aber auch die Bewohner selbst haben hier eine eigene Definitionsmacht. Gerade das zu akzeptieren scheint Architekten in aller Regel schwer zu fallen. Konsequenterweise hatten sie seit Beginn der Moderne damit zu kämpfen, dass sie die wahren Bedürfnisse der Bewohner nach versöhnendem Zusammenspiel aller Elemente zum Ausdruck bringen wollten, diese selbst aber das Problem weder kannten noch teilten. Den hier angelegten Konflikt bringt Theodor W. Adorno auf

35 L. Burckhardt, Die Kinder fressen ihre Revolution, Köln 1985, S. 102.
36 *J. Ortega y Gasset* (s. A. 5), S. 87.
37 Gegen dessen „Gleichmacherei„ und „schablonisierte Willkür„ hatte sich schon in den 1920er Jahren ein erster Widerstand formiert – vgl. explizit *B. Taut*, Architekturkrise?, in: Bauwelt Nr. 9, 1928, S. 662.
38 *L. Lerup*, Das Unfertige bauen (Bauwelt Fundamente 71) Braunschweig 1986, S. 27.

den Punkt: „Menschenwürdige Architektur denkt besser von den Menschen, als sie sind; so, wie sie dem Stand ihrer eigenen, in der Technik verkörperten Produktivkräfte nach sein könnten. Dem Bedürfnis jetzt und hier widerspricht Architektur, sobald sie, ohne Ideologie zu verewigen, dem Bedürfnis dient; sie ist immer noch... ins Leere gesprochen."[39] Insofern ist bei den Planenden weit mehr als bislang üblich die Bereitschaft gefordert, sich mit dem Verhalten auseinander zu setzen, darauf einzugehen, was Bewohner und Benutzer machen, und nicht – sei es gestalterisch oder technisch -, es vorzuschreiben. „Eine Architektur, die zu einem zeitgemäßen Einheitsstil verpflichten möchte, der alle Bereiche des Lebens, Wohnens und Arbeitens gleichermaßen umfass unterschätzt die Abwehr und Resistenz der Individuen selbst gegenüber Neuerungen und Veränderungen zum Besseren. Das ungelebte Leben hat den Grad seiner Unterdrückung auch im Wohnbereich, gerade hier, verinnerlicht. Keine Architektur kann nur durch ihr ästhetisches, rationales und vernünftiges Vorbild diesen Mechanismus aufbrechen. Es bedarf dazu noch eines zusätzlichen Hebels, der zur Emanzipation der Bedürfnisse bei der gegenwärtig verdinglichten Gestalt ihrer Befriedigung ansetzt."[40]

Die Definitionsmacht der Bewohner anzuerkennen und als nicht-konfligierend mit dem eigenen Werk zu sehen, ist die große Leistung etwa eines Aldo van Eyck. Für ihn wurde die zwischenmenschliche Kommunikation zum Präfix seines Schaffens. Im Gegensatz zu jenen Rationalisten, die die architektonische Form als Resultat der Auseinandersetzung mit objektiven Anforderungen verstehen, misst van Eyck dem Individuum, dem Nutzer eine zentrale Rolle zu. Der einzelne soll sich aktiv mit seiner Umwelt auseinandersetzen. So bieten seine Bauten keine fertigen Lösungen an, sondern geben nur den Rahmen vor, der von den Nutzern erst ausgefüllt werden muss. Im Sinne des strukturalistischen Gedankens von immer wieder auf neue Weise interpretierten „Archetypen" wird dieser Rahmen als ein festes Ordnungsprinzip begriffen, das der individuellen Äußerung einen Halt gibt und sie dadurch erst ermöglicht. Denn van Eyck folgt einer Konzeption des strukturellen Raumes und begreift ein Gebäude nicht nur als ein – wie auch immer geartetes – Gefüge von euklidischen Räumen, sondern sieht in ihm gewissermaßen einen Katalysator, der das im Raum sich abspielende Leben positiv oder negativ beeinflusst. Er vertritt dabei die These, dass die Vorgabe von klar artikulierten Räumen die Transparenz und Entwicklungsfähigkeit nicht beeinträchtigt, wenn es gelingt, das Grundelement mit seinen Anordnungsmöglichkeiten auf das zu erwartende Handlungsspektrum abzustimmen.

39 *Th.W. Adorno*, Funktionalismus heute? in: Ohne Leitbild. Parva Aesthetica, Frankfurt a.M. 1967, S. 120.
40 *P. Gorsen*, Zur Dialektik des Funktionalismus heute. Das Beispiel des kommunalen Wohnungsbaus im Wien der Zwanziger Jahre, in: *J. Habermas* (Hrsg.), Stichworte zur geistigen Situation der Zeit, Bd. 2., Frankfurt a.M. 1979, S. 692 f.

Nach wie vor gilt, was Martin Heidegger 1952 formulierte: „Bauen und Denken sind jeweils nach ihrer Art für das Wohnen unumgänglich. Beide sind aber auch unzulänglich für das Wohnen, solange sie abgesondert das Ihre betreiben, statt aufeinander zu hören. Dies vermögen sie, wenn beide, Bauen und Denken, dem Wohnen gehören, in ihren Grenzen bleiben und wissen, dass eines wie das andere aus der Werkstatt einer langen Erfahrung und unablässigen Übung kommt."[41] Auf seine Art hat Herman Hertzberger das elf Jahre später aufgenommen und auf das Metier der Architektur übertragen, indem er postulierte: „Anstelle der kollektiven Interpretationen von individuellen Lebensweisen müssen Prototypen gesucht werden, bei denen individuelle Interpretationen der kollektiven Struktur möglich sind. Das heißt, wir müssen Häuser auf eine bestimmte Art gleich machen, nämlich so, dass jedermann seine eigene Interpretation innerhalb der kollektiven Struktur verwirklichen kann."[42] Wohnen erweist sich als feste Vorstellung mit beweglichen Wänden: als Bild, das Erinnerung bewahrt, aber anpassungsfähig bleibt, oder als Entwurf, der Erfahrungen verarbeitet – in der Wiederholung oder in der Projektion, was fast dasselbe bedeutet.

41 *M. Heidegger*, Bauen, Wohnen, Denken, in: Vorträge und Aufsätze, Pfullingen 1978, S. 156.
42 Zit. n. *G. Kähler*, Kollektive Struktur, individuelle Interpretation, in: ARCH+ 100/101, S. 38.

Hans Friesen

Die Zukunft der Stadt in der Medienkultur

Die Stadt des 21. Jahrhunderts, die sich in ihren grundsätzlichen Konturen heute abzuzeichnen beginnt, unterscheidet sich von der Stadt des 20. Jahrhunderts wesentlich durch die Einführung einer neuen Technologie der Information, die den realen, d.h. dreidimensionalen Handlungs- und Kommunikationsraum der Stadt weitgehend, aber sicherlich nicht vollständig in einen virtuellen Raum transformieren wird.

Ich beginne meine Überlegungen mit einem Blick auf die weltweite Entwicklung des Internet. Hierbei sollen verschiedene theoretische Positionen, die im aktuellen Diskurs im Umlauf sind, unterschieden werden. Zunächst gehe ich auf die Vorstellung ein, dass die Entwicklung des Internet etwas darstellt, das eine radikale Transformation von Stadt und Gesellschaft bewirkt. Ich versuche dann die Frage zu beantworten, ob diese Transformation wirklich als so radikal zu betrachten ist, wie das von manchen Soziologen und Medienwissenschaftlern gesehen wird. Abschließend gehe ich dann noch etwas kritischer vor und blicke abermals auf die unterschiedlichen Einschätzungen in der Soziologie, Philosophie und Architekturtheorie, d.h. auf die gegensätzlichen Antworten, die hier gegeben werden im Hinblick darauf, was wir von der Auswirkung des Internet auf Stadt und Gesellschaft zu erwarten haben, und stelle die Frage, ob und inwiefern diese Antworten miteinander vereinbar sind.

Man kann allgemein einen Wandel des sozialen Raums im 19. Jahrhundert beobachten. Dieser Wandel wird festgemacht an der Entstehung des modernen Nationalstaates, an der Herausbildung einer marktorientierten Volkswirtschaft und schließlich auch am Wachstum der Städte. Durch diese Phänomene ist der soziale Raum neu konturiert worden. Im Folgenden sollen insbesondere diejenigen Veränderungen in den Vordergrund gerückt werden, die in ihrem weiteren Verlauf eine Abwendung von der Gemeinschaft bewirkt haben. In diesem Zusammenhang unterscheide ich das bäuerliche, auf gleicher Abstammung und ähnlicher Gesinnung beruhende Zusammenrotten einer Menschengruppe in ländliche Gemeinschaften vom urbanen Zusammenleben, das in den europäischen Städten des Mittelalters entwickelt und seit der Renaissance zum Gründer und Träger der modernen Sprach- und Kultur-Gemeinschaft wurde. Diese schwebt heute allerdings in der Gefahr, endgültig aufgelöst zu werden. Erste Anzeichen dieser Auflösung kann man schon im 19. Jahrhundert entdecken. Im 20. Jahrhundert sind dann deutliche Veränderungen der sozialen Beziehungen im Sinne einer zunehmenden Abwendung von der Gemeinschaft zu verzeichnen. Auf die Frage, wodurch diese Veränderungen bewirkt worden sind, kann man allgemein antworten: Es sind die gesellschaftlichen Auswirkungen der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts, d.h. die Transformation der Agrarge-

sellschaft in eine Industriegesellschaft, und die damit im Zusammenhang stehende räumliche Ausbreitung der zentralen Städte in aller Welt, die zur Entstehung der großen Metropolen führte. Auf der Basis dieser Veränderungen entstehen neue Formen der Kommunikation, welche die Rahmenbedingungen der frühmodernen Gemeinschaft sprengen. Im Lebensraum der modernen Großstadt bildet sich ein neuer Rahmen, in dem die Masse der Menschen dem Einzelnen gegenübertritt und insgesamt eine bisher unbekannte Situation der Anonymität und Gleichgültigkeit hervorruft. Soziologen wie Georg Simmel und Ferdinand Tönnies haben sich in ihren Werken mit diesen Veränderungen beschäftigt. Insbesondere Tönnies konnte mit seiner Unterscheidung der soziologischen Grundbegriffe „Gemeinschaft" und „Gesellschaft" zeigen, wie jene im Laufe der Geschichte durch diese immer mehr verdrängt wurde. Gesellschaft ist für ihn ein „mechanisches Aggregat und Artefact", das vor allem in der modernen Großstadt zum Ausdruck gelangt und eine Atomisierung der Individuen bewirkt.[1]

Wenn wir diese Veränderungen noch etwas differenzierter betrachten wollen, können wir hierzu heute zwei verschiedene Bewertungen gegenüberstellen. Einmal die der klassischen Soziologie, die behauptet, dass es eine Kontinuität gibt in der Entwicklung von moderner Gesellschaft und Technologie, die uns in den Cyberspace geführt hat. Die computervermittelte Kommunikation als neues Phänomen wird mit dem klassischen begrifflichen Instrumentarium der Soziologie beschrieben. Zum anderen gibt es eine zweite Art von Theorie, die einen Bruch zwischen der Moderne und den ihr zugrunde liegenden Technologien feststellt. Diese Theorien behaupten, dass soziologische Grundbegriffe wie „Subjekt" oder „Gesellschaft" obsolet geworden sind. Denn die computervermittelte Kommunikation stellt für diese Theorien eine Zäsur dar, die eine neue Epoche, eine postmoderne Ära der technologischen Entwicklung einleitet.

Was aber ist der wesentliche Unterschied zwischen der Situation des 19. und der des 20. Jahrhunderts? Er wird allgemein, d.h. von beiden theoretischen Lagern, darin gesehen, dass die Wandlung des sozialen Raums im 19. Jahrhundert zu einer deutlichen Abwendung von der Gemeinschaft geführt hat. Dies betrifft hier noch in erster Linie die städtische Gemeinschaft, denn die ländliche Gemeinschaft konnte sich gegen die neuen kulturindustriellen Eingriffe in ihre Identität wenigstens bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts weit erfolgreicher behaupten. Diese anfängliche Entwicklung der Abwendung von der Gemeinschaft wird im 20. Jahrhundert exponential fortgesetzt. Hervorgerufen worden ist diese Beschleunigung der Veränderung durch die radikalen Innovationen der Kommunikations- und Informationstechnologien, gemeint sind hier vor allem das Radio und das Fernsehen, also Medien, welche

1 Vgl. *F. Tönnies*, Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie, Darmstadt 1963; *G Simmel*, Die Großstädte und das Geistesleben, in: Brücke und Tür, Stuttgart 1957.

die Stadt als traditionellen Raum und Rahmen einer Kommunikationsöffentlichkeit endgültig gesprengt haben. Die These des amerikanischen Architekten und Medienwissenschaftlers William J. Mitchell lautet nun, dass im Anschluss daran heute mit dem Internet so etwas wie eine weitere Verschiebung zu verzeichnen ist, die allerdings schließlich zu einem Wiedererstehen der Gemeinschaft in der virtuellen Stadt führen könnte. Mitchell zufolge könnte die in Zukunft verstärkt realisierte Telearbeit, die den Einstieg größerer Teile der Bevölkerung in am heimischen Computer ausgeübte Medienberufe bewirken könnte, das tägliche Pendelaufkommen in den Metropolen deutlich senken und dadurch eines der größten Probleme im heutigen städtischen Raum, den Verkehr, entscheidend reduzieren. Durch die anwachsende Vernetzung könnten weitere städtische Räume ihre urbanen Funktionen verlieren, diese werden dann von den neuen binären Welten ausgeführt, die einen virtuellen Raum für Kommunikation, Shopping, Kultur und Unterhaltung anbieten könnten. Die Stadt werde sich, so Mitchell, diesen neuen Gegebenheiten rasch anpassen, denn die Stadt sei niemals ein fertiges Werk, sondern stets im Wandel begriffen und damit flexibel und anpassungsfähig.[2] Das Schwinden der Notwendigkeit einer körperlichen Anwesenheit in der Stadt, das sich auch als Schwinden der realen städtischen Gemeinschaft bemerkbar macht und die Städte forciert in anonyme Ballungsgebiete verwandeln wird, wird nicht zur Aufhebung des menschlichen Bedürfnisses nach Kontakt mit anderen Menschen führen. Die Pflege des Kontaktes wird jedoch in den virtuellen Raum verlagert. Dort kommt es zu einem Wiedererstarken der Nachbarschaft, die allerdings auf die gesamte Welt verteilt sein kann und elektronisch miteinander verbunden ist. Ob dieses neue Phänomen einer virtuellen Gemeinschaft die traditionelle, durch reale Präsenz konstituierte Gemeinschaft ersetzen kann, ist allerdings eine Frage, über die heute heftig gestritten wird.

Der Verlust der realen unmittelbaren Gemeinschaft, die ihr kulturelles Niveau und ihre Identität vor allem in den überschaubaren Räumen der alten Städte erworben hatte, ist eine Diagnose der klassischen Soziologie, die in erster Linie daraus resultiert, dass man nicht mehr, wie es bislang immer möglich war, den Primat der unvermittelten „face-to-face-Kommunikation" voraussetzen kann. Dieser wird heute zunehmend vor allem durch das Internet in Frage gestellt und in Zukunft vielleicht völlig aufgehoben. Aus dieser Sicht ergeben sich folgende Fragen: Welche Auswirkungen hat die neue Technologie des Internet in Zukunft auf das Phänomen der städtischen Gemeinschaft, die auf die Präsenz ihrer Mitglieder angewiesen ist? Was ändert sich konkret durch den enormen Anstieg computervermittelter Kommunikation?

Vor allen Dingen kommt es zu einer weiteren Fernsteuerung von Kontakten, d.h. zu dem, was man die Vermehrung indirekter Beziehungen nennt. Die traditionelle Form der direkten Kommunikation weicht einer Aneignung von Informationen aus

2 Vgl. *W.J. Mitchell*, City of Bits. Leben in der Stadt des 21. Jahrhunderts, Basel 1996.

einem globalen Netzwerk. Die entscheidende Frage hier lautet nun, ob und wie die in direkter reziproker Kommunikation konstituierte Ich-Identität des modernen städtischen Menschen sich in diesem Zusammenhang verändert. Die klassische Soziologie ist immer von einer sozusagen selbstverständlichen Ich-Identität ausgegangen, die sich in der direkten sozialen Interaktion unmittelbar bildet und erhält. Inzwischen nehmen einige Theoretiker aber an, dass diese Ich-Identität durch die technische Medialisierung der Interaktion sich verändert hat und unbestimmt geworden ist. Das in unmittelbarer Anwesenheit vollzogene mündliche Gespräch, das von modernen Philosophen wie Gadamer und Habermas als das wichtigste Medium der Überlieferung wirkungsträchtiger Traditionen ausgezeichnet worden ist, wird heute immer mehr ins Abseits gedrängt. In diesem Zusammenhang müssen die „data-images", die in den sog. „Multiple User Dimensions" des Internet involviert sind, erwähnt werden. Diese data-images konstituieren nämlich eine Identität der User, die man nicht einfach mit der klassischen Identität eines Subjekts, das an einer vor allem urbanen Kommunikationsgemeinschaft teilhat, gleichsetzen kann. Insofern gilt es, die Identität unter den Bedingungen einer globalen Mediengesellschaft radikal zu überdenken.

Einige Soziologen gehen nun davon aus, angesichts der Entwicklungen in der Gesellschaft seit dem 19. Jahrhundert nicht einen Bruch mit der Moderne zu behaupten, sondern Kontinuität. In diesem Zusammenhang unterscheidet der amerikanische Soziologe Craig Calhoun unterschiedliche Ebenen von möglichen Beziehungen. Danach sind für traditionelle und frühmoderne Gesellschaften die „primären Beziehungen" typisch, während in den modernen Gesellschaften „indirekte Beziehungen" dominant und konstitutiv werden. Zu den indirekten Beziehungen kommen heute noch tertiäre und quartäre hinzu. Während die „tertiären" Beziehungen sich dadurch auszeichnen, dass sie nicht auf physische Anwesenheit der handelnden Personen angewiesen sind, sondern vollständig durch Maschinen, Korrespondenz oder durch andere Personen vermittelt sein können, entgehen Calhoun zufolge die „quartären" Beziehungen der Aufmerksamkeit und dem Bewusstsein wenigstens einer der beteiligten Parteien, denn es handelt sich hier überwiegend um Überwachungssituationen. Insgesamt betrachtet geht es in dieser Analyse also um die erweiterte Wirksamkeit sozialer Integration, die allerdings keinen Bruch mit der Moderne bedeutet, weil es sich in der geschichtlichen Entwicklung des 20. Jahrhunderts angeblich nicht um qualitative Veränderungen, sondern um Veränderungen anderer Art handelt. Calhoun spricht einmal die Ebene der städtischen Lebenswelt an, und davon unterscheidet er die Ebene groß angelegter internationaler Organisationen. Eine solche Betrachtungsweise lokaler und internationaler Veränderungen erfordert ihm zufolge nicht einen Bruch, sondern es ist ihr möglich, mit derselben exponierten Einstellung beide Ebenen zu analysieren und letztlich als Totalität zu bestimmen. Calhoun verbleibt demzufolge in derselben Perspektive und überträgt sein klassisches soziologisches Begriffsinstrumentarium lediglich auf einen erweiterten Untersuchungsgegenstand.[3]

Wir müssen Calhoun deshalb eindeutig als einen Theoretiker der Moderne beurteilen. Wenn man jedoch mit anderen, jüngeren amerikanischen Soziologen argumentiert, kann man zur Position von Calhoun eine durchaus akzeptable Gegenthese vertreten. Steven Jones etwa ist in den 1990er Jahren der Herausgeber eines berühmt gewordenen Buches namens „CyberSociety". Ein weiteres wichtiges Buch in diesem Jahrzehnt wäre das Werk „The second media age" von Marc Poster. In diesen Werken wird eine Theorie entwickelt, die sich ganz deutlich unterscheidet von Calhouns Vorstellungen. Jones und Poster können nicht mehr als Theoretiker der Moderne bezeichnet werden, sondern müssen als theoretische Anwälte der sog. Postmoderne verstanden werden. Es geht ihnen darum zu zeigen, dass wir mit den neuen Informationstechnologien in einen Zustand eingetreten sind, in dem wir in Zukunft völlig „von Medien umhüllt" sein werden. Diese Situation hebt uns allmählich aus dem gewöhnlichen dreidimensionalen Raum heraus und versetzt uns in den Cyberspace, der die eigentliche Baustelle des 21. Jahrhunderts darstellt, in dem zunächst wohl nur gearbeitet wird, der im Laufe des Jahrhunderts aber auch zur Lebenswelt einer ganzen Stadt avancieren könnte.[4]

Das Spezifische des Cyberspace ist sicherlich, dass eine völlig neue, scheinbar räumliche Sphäre geschaffen wird, wo vorher keine war, während frühere Kommunikationstechnologien, wie etwa das Telefon, es lediglich ermöglichten, die bestehenden raumzeitlichen Distanzen in der physikalischen Welt besser zu überwinden. Im Cyberspace können Erfahrungen ohne physische Anwesenheit der Teilnehmer geteilt werden. Es gibt heute bereits das Phänomen der Telepräsenz, bei dem mittels eines Geschirrs Daten an einen Roboter übertragen werden, der dann gesteuert werden kann. In Zukunft wird es sicherlich auch Televirtualität geben. Dabei wird es möglich sein, in einem virtuellen Raum indirekt miteinander zu interagieren, wobei das Eintauchen in die Virtualität die Rückkehr in die Realität ohne Probleme gewährleisten wird. Als weiteren Schritt wird es eine Direktverbindung zwischen Mensch und Maschine geben, bei der das Gehirn durch Sensoren an einen Computer angeschlossen werden kann, der mit dem World Wide Web verbunden ist. Der Medientheoretiker Derrick de Kerckhove ist der Überzeugung, dass eine solche „Verbindung mit dem Weltgedächtnis" eines Tages „so eng sein könnte wie die mit unserem ganz persönlichen Denken" und damit den Cyberspace als eine unwiderlegbare „emergente" Wirklichkeit mit einer eigenen intelligenten Infrastruktur erschaffen

3 Vgl. *C. Calhoun*, The infrastructure of modernity: indirect social relationships, information technology and social integration, in: *H. Haferkamp / N. Smelser* (Ed.), Social Change and Modernity, Berkeley 1992.

4 *S. Jones* (Ed.), CyberSociety: Computer-Mediated Communication and Community, London 1995; *M. Poster*, The Second Media Age, Cambridge UK 1995.

hätte.[5] Dies könnte die bisher lediglich auf Wünschen beruhende Einbildung verwirklichen, dass man „seine eigene Vorstellungswelt außerhalb des Kopfes körperlich bewohnen" kann. Gerade die Älteren unter uns, die nur geringe Vorstellungen von den grenzüberschreitenden Dimensionen des Internet haben, sind heute stark verunsichert, wenn die Jüngeren gebannt und fasziniert vor dem Computer sitzen und in künstlichen Welten surfen. Aber die Chancen des neuen Mediums, nämlich im virtuellen Raum ganze intelligente „Quasi-Städte", d.h. Mittelpunkte von Gewerbe, Handel und Verkehr mit zentralen Aufgaben wie Markt und Regierung aufzubauen, müssen auf jeden Fall genutzt werden.

Solche Grenzüberschreitungen in virtuelle Lebensräume sollen den postmodernen Soziologen zufolge in der zukünftigen CyberSociety allgemein praktiziert werden. Die These, die von Jones und Poster vertreten wird, lautet, dass die neuen Informationstechnologien eine völlig neue und dominierende städtische und demokratische Kommunikationsordnung einführen werden, die nicht mehr im dreidimensionalen Raum der traditionellen Stadt, sondern in einem Cyberspace zu verorten ist, in dem wir nur virtuell anwesend sein können. Die Digitalisierung wird die Generierung von Bildern und Welten direkt aus dem Computer ermöglichen, die ohne jeden Bezug zur äußeren Realität existieren können. Es handelt sich dabei um vollkommen synthetische Welten, in die der User eintauchen kann, wobei er die Illusion haben wird, von realen Objekten und Wesen umgeben zu sein. Solche Welten können in einigen Jahren bereits nicht mehr nur gesehen und gehört, sondern darüber hinaus auch betastet, gerochen und betreten werden. Es ist heute sogar durchaus vorstellbar, dass wir in naher Zukunft mit künstlichen Intelligenzen im Netz in eine dialogische Beziehung treten und mit ihnen über alle uns betreffenden existentiellen Fragen interagieren können. Doch bevor die künstlichen Intelligenzen im Netz zu unseren vertrauten Partnern werden, werden sie eine lange Zeit zunächst als elektronische Agenten lediglich Dienstleister des Menschen sein, die ihm die lästigen Arbeiten abnehmen werden. Diese Agenten können sehr schnell komplexe Aufgaben erledigen, ohne dabei jeweils auf die exakten Regeln einer bestimmten Programmierung angewiesen zu sein.

Das wird erhebliche soziale und ökonomische Folgen haben, nicht nur für die großen Konzerne, denen die Agenten beispielsweise die betriebswirtschaftlich günstigste Variante bei Handlungsalternativen vorschlagen können, sondern auch für jeden Einzelnen, dem die elektronischen Helfer unter die Arme greifen können, wenn er in seinem privaten Bereich die Lebensqualität steigern will. Diese Entwicklung führt jedoch zu einem Subjektbegriff, den man deutlich unterscheiden muss von dem der Moderne. Es gibt im Cyberspace die mit sich selbst identischen Subjekte in herkömmlicher Form gar nicht mehr, sondern der Cyberspace wird bevölkert von

5 *D. de Kerckhove*, Die Architektur der Intelligenz. Wie die Vernetzung der Welt unsere Wahrnehmung verändert, Basel 2002.

Subjekten, die fortwährend dabei sind, sich zu konstituieren und sich wieder zu verändern. Also der Konstitutionsprozess ist nicht mehr etwas, das einmal im Leben abläuft und damit so etwas wie eine stabile Identität erzeugt, sondern dieser Konstitutionsprozess muss ständig wiederholt werden, es muss ständig daran gearbeitet werden, damit so etwas wie eine Identität überhaupt erscheinen kann.

Das Internet ist heute kein esoterisches Medium mehr, sondern inzwischen ein Massenmedium, ein neues interaktives Massenmedium geworden. Es begründet ein Idiom, das zusammengesetzt aus Texten und Piktogrammen, aus Bildern und Tönen, aus Gesichtern und Stimmen etc. die basale Kommunikation über Ländergrenzen und Kontinente hinweg ermöglicht und dabei so etwas wie eine neue Weltsprache vorbereitet. Aber mit dieser neuen Weltsprache entsteht auch eine neue Wirklichkeit, d.h. eine neue künstliche Welt. Unser Augenmerk wollen wir deshalb noch einmal auf die Transformation des traditionellen Zusammenhangs von Raum, Zeit und Identität im Internet richten, durch die wir diese neue Welt betreten werden. Nun ist das aber nichts Außergewöhnliches mehr, werden viele sagen, denn fliegt man im Flugzeug von Europa nach Amerika, betritt man auch eine sog. neue Welt. Wenn wir ins digitale Netz einsteigen, haben wir aber noch etwas anderes, dann sind tatsächlich die Grundkoordinaten unseres Wirklichkeitsverständnisses radikal anders. Bei unserem Auslandsaufenthalt bleiben sie bestehen, aber sobald wir ins Internet gehen, ändern sich diese Daten und die Welt wird virtuell, d.h. sie unterliegt nicht mehr den Gesetzen der Physik. Insofern ist die virtuelle Realität oder der Cyberspace keine neue Welt im Sinne der Entdeckung Amerikas durch den Europäer, sondern vielmehr eine neue Welt bzw. ein neuer Raum jenseits des physikalischen Raums, denn der Cyberspace ist nicht Teil dieses Raums, ist ontologisch nicht in diesem Raum verankert, wie Margaret Wertheim sagt, sondern „jenseits" davon, weil er eben nicht, wie der physikalische Raum, aus Teilchen und Kräften besteht, sondern aus Bits und Bytes, was dazu beiträgt, dass die Welt im 21. Jahrhundert zunehmend auf eine „Zwei-Phasen-Realität" hinauslaufen wird. Margaret Wertheim stellt diese Entwicklung in eine Analogie zur traditionellen metaphysischen Zwei-Welten-Lehre, die nach ihrer Meinung technologisch fortgesetzt und weiterentwickelt wird, und zwar in dem Sinne, dass die traditionelle Hierarchie von oben nach unten (beispielsweise im Primat der Ideen bei Platon, des Denkens bei Descartes und der Freiheit bei Kant) durch eine produktive Wechselwirkung zwischen materieller und virtueller Realität ersetzt werden kann (zur Veranschaulichung dazu siehe Abb. 1).[6] Allerdings ist die Epoche der Metaphysik nicht direkt, sondern im Durchgang durch das Interludium der Epoche der Post-Metaphysik, die mit Nietzsches Rehabilitation der Scheinwelt begann und mit Baudrillards Ordnungstheorie der Simulakren ihren Scheitelpunkt erreichte, schließlich im Jahrzehnt vor der Jahrtau-

6 *M. Wertheim*, Die Himmelstür zum Cyberspace. Eine Geschichte des Raums von Dante zum Internet, Zürich 2000.

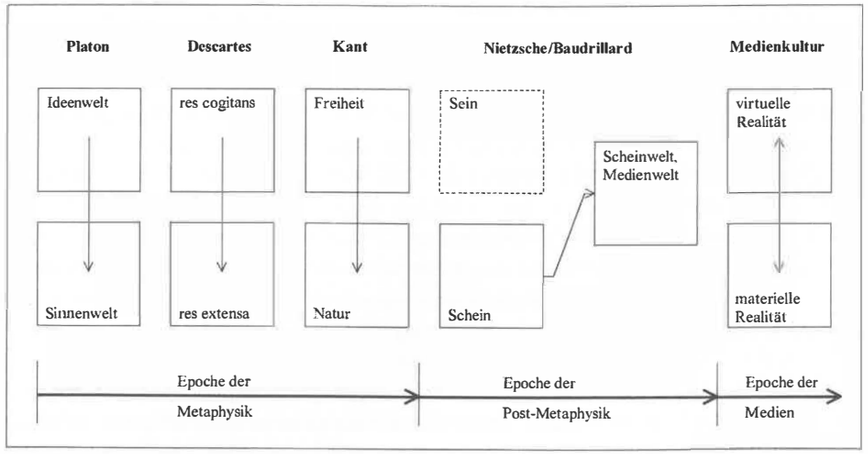

Abb. 1: Entwicklung der Zwei-Welten Lehre *(H. Friesen).*

sendwende in die Epoche der Medienkultur übergegangen. Die Verfassung der Wirklichkeiten ist in dieser neuen Epoche ontologisch jeweils eine andere, und wir müssen tatsächlich unterscheiden zwischen dem realen Leben und der virtuellen Realität, wenn wir die Orientierung nicht verlieren wollen.

Dies macht nach meiner Auffassung klar, dass der Unterschied zwischen einer realen städtischen Lebenswelt und der virtuellen Agora im Internet als wesentlich zu betrachten ist und als solcher nicht aufgehoben werden darf. Diese Einschätzung stützt sich zudem auf die Annahme, dass das World Wide Web ein Medium ist, in dem die Unordentlichkeit der Rationalität, die in der städtischen Lebenswelt natürlich auch vorhanden, wegen der Widersetzlichkeit ihrer dinglichen Struktur jedoch selten begreifbar ist, in der andersartigen Kultur der virtuellen Stadt, der die Verfassung der Interaktivität zugrunde liegt, erst explizit zu Tage treten kann. Der Medienphilosoph Mike Sandbothe ist der Meinung, dass die interaktiven multimedialen Hypertextstrukturen des Internet als „mediale Realisierungsformen" des zeitgemäßen Kantischen Vernunfttyps ausgelegt werden können.[7] Diese Annahme rechtfertigt es nun auch, die Überlegungen über die rationale Struktur des Internet kritisch zu erweitern mit der Konzeption einer „transversalen Vernunft", wie wir sie von dem Philosophen Wolfgang Welsch her kennen. Diese Konzeption eignet sich ins-

7 *M. Sandbothe*, Interaktivität - Hypertextualität - Transversalität. Eine medienphilosophische Analyse des Internet, in: *St. Münker / A. Roesler* (Hrsg.), Mythos Internet, Frankfurt a. M. 1997.

besondere, die Aufmerksamkeit auf jene Eigenschaften der Webseiten zu lenken, die mit Hilfe der als Hyperlink hervorgehobenen Textstellen ein einfaches und schnelles Springen von einer Webseite im WWW zur nächsten ermöglichen, wobei sich die verknüpfte Webseite auf dem gleichen Computer oder auf einem beliebigen Computer auf der Erde oder auch im Weltraum befinden kann. Die bekannte Dreiteilung der Vernunft durch Kant, nämlich in Theorie, Praxis und Ästhetik, die auf die kulturelle Ausdifferenzierung der antiken und mittelalterlichen Weltauffassung zurück zu beziehen ist, gilt ebenso für eine virtuelle Welt, transformiert sich jedoch und gewinnt neue Inhalte, wenn sie beispielsweise auf eine virtuelle urbane Lebenswelt bezogen wird. In diesem Zusammenhang möchte ich in Übereinstimmung mit dem Medienphilosophen Mike Sandbothe für den theoretischen Teil den sog. „Commerce Highway", für den praktischen Teil den „Education Highway" und für den ästhetischen Teil den „Entertainment Highway" nennen.

Dieser Vorschlag, der in der Tradition der in der Neuzeit entstandenen Ausdifferenzierung von Expertenkulturen steht, bezieht sich auf den Übergang vom einheitlichen mittelalterlichen Weltbild zum pluralistischen modernen und postmodernen und verweist auf vier unterschiedliche Stationen dieser Ausdifferenzierung von drei autonomen Bereichen oder Expertenkulturen seit der Neuzeit. Kant ist im Aufklärungszeitalter derjenige, der mit seiner Konstellation von drei Kritiken das Wesen der Ausdifferenzierung reflektiert und nach einer Idee des Ganzen sucht. Habermas, der Philosoph der Moderne, ergänzt dieses Modell durch die Lebenswelt, die als Auffangbecken für den Rückfluss des Expertenwissens gedacht ist. Den Zusammenhalt des Ganzen will Habermas durch die Rationalität der kommunikativen Verständigung herstellen. Dagegen ist Lyotard, der Philosoph der Postmoderne, der Überzeugung, dass die Idee des Ganzen aufgegeben und durch die Idee der Dissemination von Sprachspielen ersetzt werden muss, um so etwas wie Pluralismus überhaupt noch verwirklichen zu können. In der Medienkultur des 21. Jahrhunderts wird dieser Ausdifferenzierungsprozess Sandbothe zufolge fortgesetzt. In der virtuellen Realität jedoch soll die in der Postmoderne aufgegebene Einheit der Expertenkulturen durch die globale und absolute Vernetzung aller Informationen und Wissensbestände der Menschheit wieder sichergestellt werden.

Der Ausdruck „Ausdifferenzierung der Expertenkulturen" bezeichnet also ein Geschehen in der Transformation der mittelalterlichen Weltauffassung in die neuzeitliche. In dieser Transformation gibt es eine Ausdifferenzierung von genau drei autonomen Bereichen aus der traditionellen substantiellen Vernunft. Sowohl im Altertum als auch im Mittelalter wird davon ausgegangen, dass es so etwas wie eine selbständig und unabhängig von den Menschen existierende Vernunft gibt. Diese Vernunft ist also kein subjektives Vermögen, wie sie in der Neuzeit gedacht wird, sondern eine Substanz - und eine Substanz, zumal eine übersinnliche oder göttliche, ist etwas, dass selbständig für sich existieren kann. Die Vernunft ist also eine real existierende Gegebenheit und diese Gegebenheit enthält in sich die Einheit des Wah-

ren, Guten und Schönen. Der Ort der Vernunft wird zwar unterschiedlich gedacht, in der Antike von einem metaphysischen Weltbild und im Mittelalter von der christlichen Religion her; dennoch sind in beiden Fällen das Wahre, Gute und Schöne objektiv vorbestimmt, d.h. der einzelne Mensch hat keine Möglichkeit einer unabhängigen Beurteilung über das Wahre, Gute und Schöne, sondern er muss sich deren Gegebenheit anpassen. Dieses Weltbild löst sich über einen längeren Zeitraum auf, und man kann heute feststellen, dass diese Ausdifferenzierung in genau drei Sphären schon im Humanismus des 16. Jahrhundert ausgebildet und dann im 18. Jahrhundert ein abgeschlossener Prozess ist.

Abschließend möchte ich die Aufmerksamkeit noch auf den Versuch richten, einen möglichen und durchaus widerspruchslosen zukünftigen „komplementären" Zusammenhang zwischen der realen und der virtuellen Stadt herzustellen.

Traditionell ist die Stadt als vom Land abgetrennte Einheit verstanden worden. Zwar entwickelte sie sich vom 19. zum 20. Jahrhundert von der geschlossenen zur offenen Einheit, wodurch einerseits der Landschaftsraum mehr oder minder in den Stadtraum einfließen konnte und womit andererseits die Theorie einer zusammenhängenden Stadt- und Landschaftsplanung entstand. Aber die Idee der Einheit wurde damit nicht aufgegeben. Denn selbst das Verständnis einer „offenen Einheit" duldete keineswegs, dass die Stadt in unzusammenhängende Suburbs zerbröckelt. Genau das scheint sich heute aber anzubahnen: nämlich, dass die Stadt sich entwikkelt zu einem losen Ensemble unzusammenhängender Teile und damit schließlich auseinander fällt. Die Vielheit der jeweiligen realen Stadt, die Ausdruck ihrer Identität ist, ist ohne eine zugrunde liegende Einheit nicht haltbar. In der virtuellen Stadt dagegen steht Vielheit im Vordergrund, und zwar Vielheit ohne präkonfigurierende Einheit. Dies genau wird als Chance für weitere notwendige Demokratisierungsprozesse in der zukünftigen Stadt angesehen.

Dennoch bleiben bohrende Fragen. Es bleibt beispielsweise unklar, wie in einem sprachlich konstruierten Kosmos unendlicher Bedeutungsbezüge überhaupt demokratische Teilnahme und politischer Widerstand zustande kommen soll, wenn es nicht irgendwie etwas Reales gibt, an das sich dieser Widerstand festhalten könnte. Immanente Kritik aus dem Diskurs heraus braucht einen Bezugspunkt, einen Maßstab, eine reale und auch realistische Geschichte, also ein Verbindendes. Ohne eine solche Geschichte können keine gemeinsamen Ziele verhandelt und keine Pläne umgesetzt werden. Während es in den aktuellen Debatten bezogen auf die reale Stadt vor allem um ihre Einheit geht, geht es bezogen auf die virtuelle Stadt fast immer um ihre Vielheit. Meines Erachtens kann und darf man das eine nicht gegen das andere ausspielen. Es muss eher um eine wechselseitige Ergänzung der Leistungen gehen, die von der realen und der virtuellen Stadt positiv ausgehen können und nicht um eine Entscheidung für die eine oder die andere. Das philosophische Problem, das hier unter der Oberfläche schlummert, ist das Problem einer eigentlich „unauflösbaren Antithetik", die trotzdem allzu oft einseitig aufgehoben oder vorschnell harmonisiert werden soll. Deshalb nochmals ein abschließender und zusammenfassender Blick auf die „produktive Antithetik" von realer und virtueller Stadt.

Die moderne reale Stadt steht ideengeschichtlich im Horizont des Kosmopolitismus und des Universalismus. Sie favorisiert daher eine monotone und reduktionistische Architektur, die alle lokalen Identitäten einebnet und auslöscht. Das heißt, nur ein Stil, nämlich der internationale Stil, soll global verbreitet werden. Die postmoderne virtuelle Stadt besteht positiv darin, genau die Werte zu vertreten, die in der realen Stadt negative Vorzeichen haben. Und das sind die marginalen und lokalen Identitäten, die in der virtuellen Stadt insgesamt vernetzt werden. Das heißt, jeder lokale Stil kann in den Vordergrund gerückt und dadurch global verbreitet werden. So aber wird Universalität durch Homogenität ersetzt. Meines Erachtens kann und darf es nicht darum gehen, sich für die eine oder andere Stadt zu entscheiden. Denn beide Städte vertreten berechtigte Belange. Weder kann man sinnvoll Universalität aufgeben, noch kann man so etwas wie das Eigenrecht lokaler oder marginaler Identitäten dementieren.

Aus diesem Grunde kann es keinesfalls angesagt sein, die reale Stadt zu verlassen und in der Virtualität eine neue zu erbauen, sondern im Gegenteil, die bestehenden Städte behutsam umzubauen. Wie der Architekturtheoretiker Vittorio M. Lampugnani in seinem Buch über „Die Zukunft der telematischen Stadt" betont hat, ist die neue elektronische Technologie „geschmeidig und schlank" genug, um problemlos in die alten Gemäuer unserer Städte eingeführt zu werden. Die alten Gebäude, die mit dem neuen technischen Standard ausgerüstet werden, müssen ihre äußere Erscheinung gar nicht ändern. Insofern gilt es, die ausdrücklichen Qualitäten der Städte, wie etwa die der besonderen Erscheinungsweise oder die der urbanen Konzentration, beizubehalten und dabei zugleich die notwendige technische Nachrüstung vorzunehmen.[8]

Die Aufgabe, die Soziologen, Philosophen, Architekten und Städteplaner angesichts der aufgezählten Widersprüche gestellt ist, besteht darin, diese Widersprüche als Herausforderung anzunehmen und nicht in alte Grabenkämpfe auf der Basis einseitiger Parteinahmen oder in trügerische Scheinharmonie zurückzufallen oder gar die Probleme zu ignorieren. Auch wenn eine „Auflösung" dieser Widersprüche noch in weiter Ferne liegt, so sollten in der Phase noch andauernder „Unübersichtlichkeit" diese Probleme als Probleme weiter bedacht werden. Hierzu sind letztlich insbesondere die zukünftigen Architekten und Städteplaner aufgerufen.

8 *V.M. Lampugnani*, Verhaltene Geschwindigkeit. Die Zukunft der telematischen Stadt, Berlin 2002; vgl. auch *R. Brooks*, Menschmaschinen. Wie uns die Zukunftstechnologien neu erschaffen, Frankfurt a.M. 2002; *F. Fellmann*, Der Ort der Architektur in der Medienwelt, in: *E. Führ / H. Friesen / A. Sommer* (Hrsg.), Architektur im Zwischenreich von Kunst und Alltag, Münster 1997; *V. Flusser*, Medienkultur, Frankfurt a.M. 1997; *F. Rötzer*, Die Telepolis. Urbanität im digitalen Zeitalter, Mannheim 1997.

Burkhard Hofmeister

Bad Reichenhall

Eine stadtgeographische Skizze der Salinen- und Kurstadt

1. Die Entwicklung der Stadt von den Anfängen bis zur Gegenwart

1.1. Der naturgeographische Rahmen

Bevor die Saalach bei Freilassing im Alpenvorland in die Salzach mündet, durchfließt sie einen von drei Gebirgsstöcken eingerahmten Talkessel, dessen Meereshöhe im Bereich des Reichenhaller Kurgartens 470 m beträgt. Diese Ausläufer der nördlichen Kalkalpen sind das Lattengebirge, das im Karkopf 1.739 m erreicht, der Untersberg mit 1.972 m und das Doppelmassiv Zwiesel-Hochstaufen mit 1.782 m bzw. 1.771 m. Im südwestlichsten Zipfel dieses Saalachtalkessels entstand eine erstmals im Jahre 844 urkundlich erwähnte Siedlung „Hala". Die Bezeichnung „Reichenhall" lässt sich auf das Jahr 1323 zurückdatieren.

Die Abschirmung des Talkessels durch die drei Gebirgsstöcke sorgt dafür, dass die Stadt im Vergleich zum übrigen Alpenrand ein bevorzugtes Klima besitzt, das durch häufige Föhneinwirkung geprägt ist. Schroffe Wetterstürze und Kälteeinbrüche werden abgemildert, sommerliche Schwüle und winterliche Nebel treten selten auf. Die mittlere Jahrestemperatur liegt bei 7,9° C, die mittlere Sommertemperatur bei 15,4° C. Die durchschnittliche Jahresniederschlagsmenge beträgt 1.665,5 mm.[1] Der Lauf der südwest-nordöstlich fließenden Saalach sorgte für beständige Ventilation, was eine relativ geringe Staubbelastung der Luft und geringes Auftreten von Allergien zur Folge hatte und neben dem Salz günstige Voraussetzungen für einen Kurbetrieb bot. Allerdings gibt der ständig wachsende Kraftfahrzeugverkehr allmählich zu Besorgnis Anlass.

Reichenhalls Geschichte ist maßgeblich von drei Faktoren bestimmt gewesen: zum einen von den Solequellen unter dem Gruttenstein am Fuße des Lattengebirges, deren Nutzung bis auf das fünfte vorchristliche Jahrhundert zurückreicht – die Römer nannten ihre Ansiedlung auf dem Gebiet des heutigen Reichenhaller Ortsteils St. Zeno „salinae" -; zum zweiten von der Grenzsituation zwischen Bayern und Österreich und zum dritten vom Verhältnis der Stadt zum Landesherrn bzw. zum Staat, in dessen Hand sich die salinarischen Anlagen befanden.

1 Die Niederschlagsmenge bezieht sich auf den Durchschnitt der Jahre 1961-1990; frdl. Mitteilung des Dt. Wetterdienstes, Niederlassung München, 21.04.2004.

Abb. 1: Die Umwallung von Reichenhall mit den Stadttoren und Türmen vor dem großen Stadtbrand 1834 (Tafel an der Stadtmauer, angefertigt vom Heimatverein Bad Reichenhall).

1.2. Das Salz und die Grenzlage

Die ursprünglich flach lagernden permotriassischen Salzvorkommen der nördlichen Kalkalpen wurden durch die alpidische Orogenese nordwärts verfrachtet und dabei bruchtektonisch deformiert. Das hauptsächlich aus Gips, Tonen und Salzlagern bestehende Gemisch wird als „Haselgebirge" bezeichnet. Lokale Unterschiede der Lagerstätten bestehen darin, dass die im Reichenhaller Dachsteinkalk lagernden Salze als Solequellen, die man fassen kann, austreten, während die im Berchtesgadener Ramsaudolomit enthaltenen Steinsalze bergmännisch durch Aussolung gewonnen werden müssen.[2]

Mehrere Jahrhunderte lang war der Besitz der Stadt zwischen Bayern, der Fürstpropstei Berchtesgaden und dem Erzstift Salzburg strittig. Von den häufig wechselnden Besitzverhältnissen zeugen auch die vielen Burgen und befestigten Schlösser im Nahbereich der Stadt: Gruttenstein, Kirchberg, Karlstein, Marzoll, Stauffeneck, die Plainburg sowie weitere, die total verfielen oder zerstört wurden.[3]

1587 kam Reichenhall endgültig zu Bayern. Aber die Grenzlinie blieb weiterhin spürbar. Wiederholter Holzboykott seitens Salzburgs gegenüber dem holzarmen Reichenhall als Antwort auf die Maut seitens Bayerns auf österreichisches Salz veranlasste Bayern, zwecks besserer Nutzung der im frühen 17. Jahrhundert entdeckten reichhaltigeren Reichenhaller Solequellen und damit erhöhtem Holzbedarf eine Soleleitung aus fast 9.000 ausgehöhlten Tannenstämmen nach Traunstein zu bauen. Sie wurde später bis Rosenheim verlängert. In beiden Städten wurden neue Salinen in Betrieb genommen.

2 *R. Scherreicks*, Die Salzlagerstätten Bayerns in ihrem geologischen Rahmen, in: Salz. Macht. Geschichte, Veröff. zur Bayerischen Geschichte und Kultur 29/1995, Augsburg 1995, S. 20-26.

3 Der von Stadtarchivar Dr. Johannes Lang verfasste Führer zu den Burgen und Schlössern im Reichenhaller Raum „Reichenhaller Burgenweg", Bad Reichenhall 2004, verzeichnet nicht weniger als 17 Burgen, Schlösser, Burgruinen und Burgställe in Bad Reichenhalls engerer Umgebung.

Abb. 2: Rest der alten Stadtmauer an der Innsbrucker Straße (alle Fotos: *B. Hofmeister*).

Als nach dem Wiener Kongress Berchtesgaden an Bayern fiel und die dortige Sinkwerksole verfügbar wurde, lag der Bau einer weiteren Soleleitung nahe. Da jedoch der direkte Weg von Berchtesgaden nach Reichenhall über den Pass Hallthurm, der damals noch auf österreichischem Territorium lag, nicht opportun war, musste man die 27 km lange beschwerliche Trasse über das Ramsauer Tal und die Schwarzbachwacht wählen. Erst 1961 wurde eine neue 19 km lange Soleleitung über Hallthurm in Betrieb genommen. 1829 schlossen Bayern und Österreich eine nunmehr 175 Jahre bestehende und noch immer gültige Salinenkonvention ab, die den Österreichern die Salzausbeute auf bayerischem Hoheitsgebiet nahe Dürrnberg gestattete und im Gegenzug den Bayern die dauerhafte Lieferung österreichischen Holzes zusicherte.[4]

In ganz anderer Beziehung wirkte sich die Nachbarschaft zur Stadt Salzburg aus. Für das vornehme Kurpublikum in Reichenhall gab es schon lange vor Eröffnung der Eisenbahnlinie 1866 „Stellwagenfahrten" zu Konzerten und Theateraufführungen in der Mozartstadt, und der ab 1840 erscheinende „Grenzbote" brachte an die Reichenhaller Kurgäste gerichtete Anzeigen über das kulturelle Leben Salzburgs und das Warenangebot der Salzburger Geschäftswelt.[5]

4 *F. Hofmann*, 150 Jahre Salinenkonvention zwischen Bayern und Österreich 1829 - 1979, Mitterfelden 1979.

5 *H. Pfisterer*, Reichenhalls Umbruchjahre im frühen 19. Jahrhundert, in: *H.W. Städtler* (Hrsg.), Festschrift. Das Heilbad Bad Reichenhall im 19. und 20. Jahrhundert, Bad Reichenhall 1990, S. 11 – 20; *J. Wysocki*, Leben im Berchtesgadener Land 1800 - 1990, Bad Reichenhall o.J. (1991).

1.3. Ursprung und Raumstruktur der Stadt

Die heutige Stadt Bad Reichenhall ist aus drei Teilen erwachsen: (1.) der mittelalterlichen ummauerten Stadt, bestehend aus der „Oberstadt", dem einstigen Dingstattviertel um den Florianiplatz, dem Salinenviertel mit den früher der Salzproduktion dienenden Anlagen und dem anschließenden Thumer-Viertel bis zur Stadtmauer an der Forstamtstraße; (2.) der nordöstlich anschließenden Kurstadt mit der ersten Kuranstalt Axelmannstein, dem Staatlich-Städtischen Kurmittelhaus, dem Alten Kurhaus und dem Gradierwerk als Zentrum sowie den zahlreichen Pensionsgästevillen in ihrem unverkennbar gründerzeitlichen Baustil und (3.) den ehemals selbständigen, später eingemeindeten alten Ortskernen der Nachbarsiedlungen mit den jüngeren Ausbauten.

Die mittelalterliche Stadt erwuchs aus zwei Keimzellen. Unter den Franken waren die Salinen karolingisches Königsgut geworden, um die herum ein kleines Dorf entstand. An der südlich der Aegidikirche vorbeiführenden Straße mit dem Stadtbach – ein Teil desselben wurde bei der Gestaltung der Fußgängerzone 1992 wieder freigelegt – bildete sich ein Straßenmarkt. Der Marktort erhielt 1158 das Stadtrecht.

In der ersten Hälfte des 13.Jahrhunderts wurden beide Siedlungsteile mit einer Wehrmauer umgeben. Gleichzeitig mit der Ummauerung wurde 1219 oberhalb der Saline zu deren Schutz das befestigte Schloss Gruttenstein erbaut, dessen einstiger Feuerwachtturm sich noch heute über dem Salinengelände erhebt. Reste der alten Stadtmauer haben, sich an der Florianigasse, der Tiroler Straße, der Innsbrucker Straße und der Forstamtstraße erhalten.

1.4. Reichenhalls Etablierung als Kurstadt

Eine einschneidende Zäsur in der Geschichte Reichenhalls stellte 1834 der große Stadtbrand dar. In der Nacht zum 9. November war offenbar Glut an dem Kehrbesen in einem der Sudhäuser unbeachtet geblieben. Ein zweiter ungünstiger Umstand kam hinzu: Da sich gerade Inspektoren aus München in der Stadt aufhielten, zögerte der zuständige Salineninspektor Alarm zu schlagen. So kam es, dass bald die ganze Salinenanlage in Flammen stand, und das Feuer auf die angrenzenden Wohngebiete überzugreifen begann. Bis auf kleine Bereiche um den Florianiplatz und das Angerl fiel alles in Schutt und Asche, etwa drei Viertel des gesamten Stadtgebietes.[6]

Nach diesem schrecklichen Ereignis erhielt Reichenhall ein ganz neues Gesicht. König Ludwig I. ließ von seinem Baumeister von Gärtner und dessen Schüler Ohlmüller den um drei Höfe angeordneten Salinenbau mit der Brunnhauskapelle über dem Hauptbrunnhaus in den Jahren 1840 bis 1851 im neoromanischen Stil errichten. Die Alte Saline wurde 1926 von der seither produzierenden Neuen Saline etwa 300 m nordwestlich jenseits der Innsbrucker Straße abgelöst und beherbergt heute u.a.

6 Vgl. *H. Pfister* (s. A 5), S. 19.

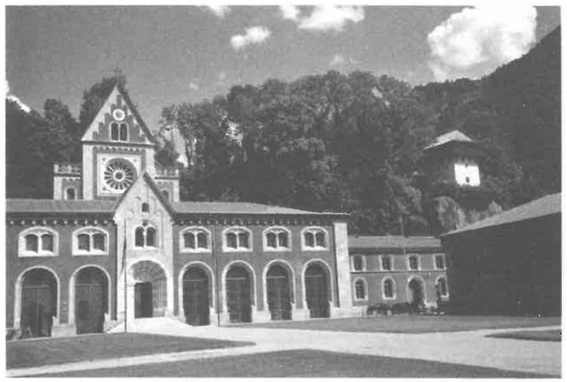

Abb. 3: Die Alte Saline mit der Brunnhauskapelle, rechts der Feuerwachtturm von Schloss Gruttenstein.

ein Salzmuseum und die Reichenhaller Akademie mit ihrem vielfältigen Angebot vor allem an Mal- und Modellierkursen.

Diesem Komplex gegenüber wurde 1839 der „Beamtenstock" im neoklassizistischen Stil für die Salinenbeamten als neues Verwaltungsgebäude erbaut. Heute untergebracht sind hier einige städtische Behörden und Arztpraxen. Zuvor befand sich die Salinenverwaltung in dem heute von der Polizei genutzten Salzmaierhaus an der Poststraße, woran das vor dem Gebäude platzierte Salzschreiberdenkmal erinnert. Zu den „Ludwigsbauten" gehört auch das von einem anderen Gärtner-Schüler errichtete eindrucksvolle Rathaus. Später wich ein Teil der städtischen Behörden in das diesem schräg gegenüber gelegene, im Inn-Salzach-Stil erbaute Neue Rathaus aus. Im Rahmen der Neubebauung verschwanden etliche alte winkelige Gassen, und die Achse Tiroler Straße – Salinenstraße – Ludwigstraße wurde neu gestaltet.

Zu weiterreichendem Engagement war der König aber nicht bereit. 1859 trat der Magistrat der Stadt mit dem Ersuchen an ihn heran, in Reichenhall ein Solebad einzurichten, um die nachteiligen Folgen des Stadtbrandes, der schließlich durch die staatliche Saline verursacht worden war, auszugleichen. Dieser Bitte entsprach der König nicht; das Gesuch des Magistrats wurde 1844 endgültig abgelehnt.[7]

1846 begann im „Curhaus Achselmannstein", dem heutigen Steigenberger Hotel Axelmannstein, der private Kurbetrieb, zunächst mit Molkekuren, bald aber auch mit anderen Heilmitteln wie Pneumatischen Kammern und Solebädern. Das 1745 erbaute und später auf 1,5 km Erstreckung gebrachte Gradierwerk, das noch bis 1868 der Salzgewinnung durch Zerstäuben der Sole über Weiß- und Schwarzdornbüscheln

7 *F. Hoffmann*, 60 Jahre Staatlich-Städtisches Kurmittel- und Badehaus Bad Reichenhall 1928-1988, Bad Reichenhall 1988.

Abb. 4: Der für die Salinenbeamten erbaute »Beamtenstock« gegenüber der alten Saline.

gedient hatte, musste den 40.000 m² großen Kuranlagen, die 1870 begonnen wurden, weichen. Außer diesem Kurgartengelände entstanden 1900 das neubarocke Kurhaus, eines der prachtvollsten Bauwerke der Stadt, das jetzt nur etwa die Hälfte aller Tage im Jahr für Sonderveranstaltungen in Anspruch genommen wird, und 1910/11 das als Freiluft-Inhalatorium genutzte 160 m lange neue Gradierwerk.

Ursprünglich hatte die Quellsole eine Konzentration von 25,4%. Seit der durch den Saalachstausee hervorgerufenen Grundwasserbeeinflussung sprudeln einige Quellen mit nur noch etwa 9%. Die Sole muss aber für das Inhalieren und erst recht zum Trinken weiter verdünnt werden. Das Gradierwerk ist in der Regel vom 1. April bis zum 31. Oktober in Betrieb. Hier rieseln rund. 4000.000 Liter 2 – 3%iger Sole herunter. Zu Trinkzwecken wird sie gar auf 0,5 – 0,7% verdünnt.[8]

1890 durfte sich die Stadt „Bad Reichenhall" nennen, ab 1899 war sie „Kgl. Bayerisches Staatsbad". Das Ersuchen um diesen Titel hatte durchaus handfeste finanzielle Gründe. Nicht nur die Salinenanlagen befanden sich in Staatshand, sondern ebenso der Kurgarten und die zu Kurzwecken genutzten Gebäude – und dafür hatte die Stadt einen Pachtzins zu entrichten. Der staatliche Badekommissär, Vorgänger des späteren Kurdirektors, wachte im Regierungsauftrag über den Etat des Bades. Die Stadt, die ohnehin durch Infrastruktureinrichtungen wie Kanalisation und Straßenbeleuchtung verschuldet war, sah sich nicht mehr zu der erforderlichen Unterhaltung und Verbesserung der Kuranlagen in der Lage und erhoffte sich Entlastung durch den Staat Bayern.[9]

8 Vgl. Informationsblätter der Kur-GmbH Bad Reichenhall.

9 *S. Kantsperger*, Die Entwicklung Reichenhalls zwischen 1890 und 1899. Der Weg vom Bad zum Staatsbad, in *H.-W. Städtler* (s. A 5), S. 63.

Auf der Grundlage des peinlich beachteten „Baulinien-Generalplans" von 1875 füllte sich ein ganzer Stadtteil mit den schönen gründerzeitlichen Pensionsvillen. Eine Serie von Kuranstalten eröffnete den Betrieb, unter ihnen das „Dianabad" an der Stelle der heutigen Dianapassage, das „Louisenbad", das „Marienbad", das „Maximiliansbad", das „Salus", das „Fürstenbad" und das „Viktoriabad".[10]

Zum Ansteigen des Fremdenverkehrs von 1.144 auf 5.055 Kurgäste zwischen 1855 und 1871 trug wesentlich die 1866 eröffnete Eisenbahnlinie Freilassing – Bad Reichenhall bei. Wie vielerorts in deutschen Landen war man auch in Reichenhall über die Vor- und Nachteile der Eisenbahn zerstritten. Auf jeden Fall sollte der Kurbetrieb unbeeinträchtigt bleiben, und so wurde beschlossen, den Bahnhof in gebührender Entfernung von der Stadt auf der Gemarkung von St. Zeno zu bauen.

Zwei Jahre später wurde das Kurorchester, Vorläufer der heutigen Reichenhaller Philharmonie, gegründet. Ein Indiz für zunehmende Anwesenheit nichtkatholischer Einwohner und Gäste in Reichenhall war die Erbauung der Evangelischen Kirche gegenüber dem Kurhaus im Jahre 1881.

1.5. Etappen während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Die östlich an die Kurzone I angrenzende Siedlung und seit 1869 eigenständige Gemeinde St. Zeno wurde bereits 1905, nach Bad Reichenhall eingemeindet. Die Augustiner-Chorherren-Stiftskirche und heutige katholische Pfarrkirche St. Zeno, die größte romanische Basilika Alt-Bayerns, trägt den Namen des Bischofs Zeno von Verona (362-372) aufgrund der von der Verbindung einer Bayernprinzessin mit einem Langobardenkönig im 6. Jahrhundert herrührenden Zeno-Verehrung in Bayern.

Der Heilige Zeno sitzt seit 1992 in Bronze gegossen vor dem Gebäude der Caritas dem Münster gegenüber, in der linken Hand den Bischofsstab, in der rechten einen Fisch. Das hängt wohl mit der Legende zusammen, dass der Angler Zeno einst drei Männern je einen in der Etsch gefangenen Fisch schenkte, derweil der eine ihm einen vierten Fisch stahl. Als sie die Fische kochen wollten, sprang der gestohlene quicklebendig im kochenden Wasser. So wurden dem Hl. Zeno Wundertaten nachgesagt, weswegen er auch als Schutzheiliger angerufen wurde, wenn Hochwassergefahr von der Saalach drohte.[11]

Die Nachbarorte Marzoll auf der Ostseite und Karlstein auf der Westseite kamen erst 1972 zu Bad Reichenhall, als im Rahmen der bundesweit durchgeführten Gemeindegebietsreform die „Große Kreisstadt Bad Reichenhall" gebildet wurde.

10 *H. Pfisterer*, Bad Reichhall in seiner bayerischen Geschichte, München 1988.

11 *G. Dehio*, Handbuch der bayerischen Kunstdenkmäler, Bayern IV: München und Oberbayern, Darmstadt 1990, S. 77-81; *D. Nolte*, Sehenswürdigkeiten und Wahrzeichen von Bad Reichenhall, Bad Reichenhall 2001, S. 43.

Abb. 5: Marktplatz mit Altem Rathaus und Hochstaufen im Hintergrund.

Zu Zeiten der Weimarer Republik unternahm die Stadt einige bedeutende Maßnahmen zur Wiederbelebung des während des Ersten Weltkrieges stark niedergegangenen Fremdenverkehrs. 1925 wurde auf der Ostseite der Flughafen am „Mayerhof" mit einem heute nicht mehr existierenden regelmäßigen Flugdienst zwischen München und Bad Reichenhall eröffnet. 1926 ging die Neue Saline in Betrieb, und ihre Vorgängerin geriet bis heute zu einem hervorragendes Denkmal früher Industriearchitektur. Mit ihren beiden großen oberschächtigen Rädern, die die Pumpanlage zur Hebung der Sole in Gang hielten, wurde sie zu einem Fremdenverkehrsobjekt besonderer Art.

Der bayerische Staat als Salineneigner hatte sich zwar durch die Anlage des Kurgartens und den Bau von Kurhaus, Gradierwerk und Wandelhalle in Reichenhall engagiert und hatte das Badekommissariat eingerichtet, das über die Kurtaxenerträge verfügte, die aber nicht für andere Zwecke wie Wegebau oder Werbeaktionen ausreichten, denn er hatte sich nie am Kurmitttelbetrieb beteiligt, aus dem ihm daher auch keinerlei Einnahmen erwuchsen. Die Stadtverwaltung trat daher mehrmals an die Staatsregierung heran, bis diese sich dazu verstand, 1927 zusammen mit der Stadt eine offene Handelsgesellschaft zwecks Erbauung und Betreiben eines Kurmittelhauses zu gründen.[12] 1928 öffnete das im späten Jugendstil erbaute Staatlich-Städtische Kurmittel- und Badehaus seine Pforten. Im selben Jahr brachte auch erstmals die Predigtstuhlbahn Gäste bis in 1.614 m Höhe über der Stadt.

Zur Belebung der Wirtschaft trug auch die 1934 hier stationierte Gebirgsjägergarnison bei, die noch als einzige mit Maultieren ausgestattet ist. Die Tiere werden nicht nur bei verschiedenen Umzügen mitgeführt, sondern auch zur Versorgung schwer zugänglicher Almen eingesetzt. Auf dem Karlsteiner Weitwiesengelände entstand eine Gruppe von Kasernenbauten.

12 Vgl. *F. Hofmann* (s. A 7).

Abb. 6: Das Brodhaus mit Lüftelmalerei am Marktplatz.

Am 25. April 1945, knapp zwei Wochen vor Ende des Zweiten Weltkrieges, ereilte die Stadt, deren Hotels großenteils als Lazarette dienten, ihr Schicksal mit einem Luftangriff. Seit der Landung der Alliierten auf dem italienischen Festland war der Weg für ihre Luftstreitkräfte, die nun vom apulischen Foggia aus operierten, nach Deutschland kürzer geworden. An diesem Tag fand die Begegnung der Westalliierten mit den Sowjets bei Torgau an der Elbe statt und das noch nicht besetzte Restdeutschland war in zwei Teile gespalten, für deren südlichen Teil Berchtesgaden als Zentrum fungierte. Dies könnte diesen sehr späten Termin der Bombardierung des Berchtesgadener Landes erklären.

Der Luftangriff auf Reichenhall forderte 227 Todesopfer und machte 980 Einwohner obdachlos. 66 Gebäude waren total zerbombt und 221 beschädigt. Besonders stark wurde das zur Oberstadt gehörende Kammerbotenviertel getroffen, dessen heutige Bausubstanz daher auch weitgehend aus der Nachkriegszeit stammt. Auch der Bahnhof und seine nähere Umgebung wurden stark zerstört.[13]

1.6. Die Nachkriegszeit

Bad Reichenhalls Wiederaufbau verlief rasant, auch vermischte sich die Bevölkerung kräftig durch den Zuzug von Heimatvertriebenen besonders aus dem Sudetenland und aus Schlesien. Eine Gedenktafel am Neuen Rathaus erinnert daran, dass die Stadt über 6.000 Vertriebene aufgenommen hat. Weiteren Quellen zufolge betrug ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung der Stadt im Jahre 1950 rund 20 Prozent.[14]

13 H. Seitz, Städtebauliche Entwicklung der Stadt Bad Reichenhall seit 1945, in: *H.-W. Städtler* (s. A 5), S. 115.

14 *F. Prinz*, Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Bayern. Hefte zur bayer. Geschichte und Kultur, Bd. 24, Augsburg 2000; *J. Wysocki* (s. A 5), S. 377.

Abb. 7: Das 1900 eröffnete Alte Kurhaus.

Die seit 1919 bestehende Gemeinnützige Baugesellschaft und die 1949 gegründete städtische Wohnungsbaugesellschaft WBG schufen schon früh mehrere neue Wohngebiete, die sich gut in den historischen Baukörper einfügten. Auch der Grundriss blieb bis auf geringfügige Korrekturen erhalten. Ab 1955 wurde das Kammerbotenviertel im Inn-Salzach-Stil wiederaufgebaut. Dabei wurde die Herzog-Georgen-Straße, die parallel zur Kammerbotenstraße verläuft, etwas verschoben und platzartig erweitert. Ansprechende Wohnbauten mit umfangreichen Grünanlagen wurden an der Reichenbachstraße, im Hammergrund und im Spitzgrund hochgezogen. Aus dem Großen Grund wurde der Sportplatz in die Nonner Au hinaus verlegt und ab 1952 von der WBG mit Wohnbauten besetzt. Ebenfalls wurden die Gewerbe- und Handwerkerbetriebe in die Gewerkenstraße in den Nordosten der Stadt verlegt. Insgesamt waren dieses anerkennenswerte städtebauliche Leistungen.[15]

Nicht alle baulichen Vorhaben dieser Jahre gelangen in gleicher Weise. So gelten die klotzigen mehrgeschossigen Mietwohnhäuser Am Münster 1 und Am Münster 2 auf dem Gelände zwischen Mozartstraße und Zenostraße als Bausünden der 1960er Jahre, und ebenso umstritten sind die Punkthäuser an der Münchner Allee und an der Reichenbachstraße.

Bald wurden auch die Kuren wieder nachgefragt, und so entstand eine Reihe neuer Hotelbauten, unter ihnen der „Salzburger Hof", der „Bayerische Hof", das Hotel „Panorama", das „Aparthotel am Schroffen" und das Hotel „Residenz Bavaria". Die Zahl der Gästebetten stieg von rund 1.000 im Jahre 1948 auf rund 10.000 im Jahre 1980 an. Der Vorkriegsrekord von 28.314 Kurgästen aus dem Jahre 1937 wurde bereits 1954 mit 29.720 Gästen übertroffen.[16] Bis Ende der 1980er Jahre erreichten die Kurgastzahlen die Größenordnung von 120.000.

15 *H. Seitz* (s. A 13), S. 115.

16 *H. Pfisterer*, Eine kleine Geschichte der Kurstadt Reichenhall 1850-1990, in: *H.-W. Städtler* (s A. 5), S. 56.

Mehrere Sanatorien und Spezialkliniken für Bronchial- und Asthmaerkrankungen wurden eröffnet. Die 1955 gegründete Forschungsanstalt für die Krankheiten der Atmungsorgane fungierte als Gastgeber für die Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde, Kopf- und Hals-Chirurgie 1984 mit 450 Teilnehmern und 2004 mit 2.000 Teilnehmern.

Dieses Nachkriegswachstum war von mehreren bedeutenden Ereignissen flankiert. Nach wiederholtem Anlauf hatte der Bayerische Landtag für die Stadt Lindau eine Spielbank genehmigt, und 1955 erhielt Bad Reichenhall als zweite Stadt in Bayern die Genehmigung zur Eröffnung eines Spielcasinos.[17] 1966 erfolgte der Ausbau der Nonner Au zum Wanderpark. 1970 wurde das Rupertusbad, ein Solebewegungsbad mit Innen- und Außenbecken eröffnet. 1975 kam die kombinierte Eislauf- und Schwimmhalle, in ihrer Art damals einzigartig, an der Münchner Allee hinzu.

Ab 1974 erfolgte die Umgestaltung der Ludwigstraße und eines Teils der Salzburger Straße zur Fußgängerzone, die Anfang der 1990er Jahre noch um die Poststraße erweitert wurde und deren Neugestaltung mit in Bogenform eingesetzten Pflastersteinen und schmucken Kandelabern in den Jahren 2.000 bis 2004 erfolgte.

Der Wiederaufbau kulminierte 1988 in der Eröffnung des modernen Kurgastzentrums an der Wittelsbacher Straße mit seiner ansprechenden Fassade aus goldgelbem Travertin, mit seinem 65o Sitzplätze bietenden Theater- und Festsaal, der für viele im Laufe des Jahres dargebotene Gastspiele genutzt wird, seinen Konferenz- und Vortragsräumen, den Räumen der Kurverwaltung und des Kur- und Verkehrsvereins, der Spielbank, einem Restaurant und einer Ladenzeile.[18]

Die Internationale Alpenschutzkommission (CIPRA) wählte Bad Reichenhall zur „Alpenstadt 2001", nachdem zuvor die Städte Villach, Belluno und Maribor diesen Ehrentitel getragen hatten. Mit ihm werden Städte im Alpenraum ausgezeichnet, die die Förderung kultureller Vielfalt mit der Wahrung traditionsverhafteter Identität verbinden.

2. Gegenwartsprobleme und Lösungsversuche

2.1. In jüngerer Zeit zutage getretene Schwierigkeiten

Wer heute durch die Straßen Bad Reichenhalls geht, trifft immer wieder auf leer stehende Geschäftslokale, geschlossene Hotels und Kureinrichtungen. Ohne Zweifel ist die Stadt seit einiger Zeit von einem schleichenden Schrumpfungsprozess mit rückläufigen Kurgast-, Arbeitsplatz- und Einwohnerzahlen betroffen. Versucht man hinter die Kulissen zu schauen, werden mehrere Ursachen deutlich:

17 Vgl. *J. Wysocki* (s. A 5), S. 456.

18 *Staatliche Kurverwaltung Bad Reichenhall* (Hrsg.), Festschrift: Das neue Kurgastzentrum in Bad Reichenhall, Bad Reichenhall 1988.

Abb. 8: Das 1926 eröffnete Neue Gradierwerk.

Da ist zunächst das 1989 in Kraft getretene Gesundheitsreformgesetz mit seinen Folgen. Kuraufenthalte werden seltener und kürzer und werden von den Leistungsträgern nur noch in größeren zeitlichen Abständen gewährt. Dann erklärte Mitte der 1990er Jahre die bayerische Staatsregierung angesichts schmälerer Kassen, es könne nicht ihre Aufgabe sein, Trägerin von Staatsbädern zu sein, und sie sei nicht in der Lage, Defizite aus dem Kurbetrieb zu tragen. Nach langen Verhandlungen kam es zur Bildung einer Betriebsgesellschaft, an der Bayern mit 62%, die Stadt Bad Reichenhall mit 51% und die Gemeinde Bayerisch Gmain mit 7% beteiligt waren.[19]

Die dringend notwendige Umorientierung auf andere Freizeitaktivitäten und eine andere Klientel ist in Bad Reichenhall mit Verzögerung erfolgt. Beispielsweise ist die Entscheidung zum Neubau der Rupertus-Therme erst gefallen, nachdem andere Badeorte schon längst ein zeitgemäßes Angebot bereitgestellt hatten. Ganz abgesehen von deren ungünstigem Standort an der von Jahr zu Jahr stärker befahrenen Umgehungsstraße, deren teilweise Tieferlegung aus Lärmschutzgründen bereits erwogen wurde.

Zu der Konkurrenz im Bereich des Kurbetriebs tritt die Konkurrenz auf dem Einzelhandelssektor hinzu. Hier besteht nicht nur die Gefahr, dass neue periphere Standorte den Innenstadtgeschäften den Rang ablaufen, sondern hier macht sich auch die unmittelbare Grenznähe zu Osterreich überdeutlich bemerkbar, wo an der westlichen Peripherie von Salzburg, leicht von Bad Reichenhall aus erreichbar, große moderne Geschäftszentren wie das Airport Center und der Euro-Park entstanden sind und Kunden aus den bayerischen Grenzgemeinden abgezogen werden.

Konkurrenz droht aber auch von der Nachbargemeinde Piding, die bestrebt ist, vom Kleinzentrum zum Unterzentrum aufgewertet zu werden und neben den beiden

19 Vgl. Reichenhaller Tagblatt, 29.11.1996.

schon bestehenden noch weitere sog. Factory Qutlet Centers auf ihr Gemeindegebiet ziehen lassen will.[20]

Es ist daher nicht verwunderlich, dass es in den letzten anderthalb Jahrzehnten zu zahlreichen Insolvenzen und Betriebsschließungen in Bad Reichenhall gekommen ist. Am gravierendsten sind sicher der schon mehrere Jahre währende Leerstand des Staatlich-Städtischen Kurmittelhauses mitten im Zentrum der Kurstadt und die Schließung der Glashütte in einem der ehemaligen Sudhäuser der Alten Saline. Immerhin ist es gelungen, die Räumlichkeiten der Glashütte mit dem sog. Magazin 4, das die Tradition des 2003 pleite gegangenen Kunst- und Kulturvereins Sternenzelt an dieser neuen Wirkungsstätte fortführt, einer neuen Nutzung zuzuführen.[21] Das „Viktoriabad" als private Kuranstalt sowie die Hotels „Panorama" und „Bayerischer Hof" schlossen 2003 ihre Pforten.

An Einzelhandelsgeschäften gingen der Stadt verloren: das Möbelhaus Kaiser, mehrere Bekleidungsgeschäfte, die zum Teil nur kurzlebige Neueröffnungen erfuhren, zwei von vier Buchhandlungen, eins von zwei Spielwarengeschäften, ein Lebensmittel-Supermarkt in der Bahnhofstraße, eine von zwei Hendlbratereien, die beiden Feinkostgeschäfte in der Fußgängerzone, die beiden Briefmarken- und Münzhandlungen sowie die einzige Musikalienhandlung am Ort, so dass die letztgenannten drei Branchen in Bad Reichenhall überhaupt nicht mehr vertreten sind. Dagegen sind an den Kur- und Fremdenverkehr geknüpfte Branchen wie Apotheken und Juweliere überrepräsentiert. Vertreter des Einzelhandels beklagen bereits den unzureichenden Branchenmix in der Stadt.

Schließlich wächst das Verkehrsaufkommen auf den Stadtstraßen wie auch auf der Umgehungsstraße kontinuierlich an mit zunehmenden Schwierigkeiten für den rollenden und ruhenden Verkehr. Die ergriffenen oder geplanten Maßnahmen halten mit dieser Entwicklung nicht Schritt, was sich nachteilig auf die Erreichbarkeit und Nutzung von Bad Reichenhalls zentralörtlichen Einrichtungen auswirkt. Zum anderen beklagt der Einzelhandel, dass die Fußgängerzonen mit ihren 2,7 km Ausdehnung für eine Stadt von der Größe Bad Reichenhalls überdimensioniert wären.

Die Zahl der Kurgäste hatte mit 92.227 im Jahre 1988 einen Höhepunkt erreicht, zehn Jahre später war sie auf 77.542 gesunken. Noch drastischer ging die Zahl der Fremdenübernachtungen zurück, nämlich zwischen 1979 und 2003 von 1.766.087 auf 973.786.[22] Die Auswirkungen auf das Beherbergungsgewerbe sind offensichtlich.

Mit den Eingemeindungen im Gefolge der Gemeindegebietsreform hatte Bad Reichenhalls Einwohnerzahl 1978 einen Anstieg auf 17.887 erfahren. Bis 1999 war sie

20 Vgl. Reichenhaller Tagblatt, 25.06.2004.
21 Vgl. Reichenhaller Tagblatt, 29.06.2004.
22 Freundliche Mitteilung der Kurverwaltung Bad Reichenhall vom 30.06.2004.

auf 16.311 zurückgegangen und stieg dann wieder leicht auf 16.635 im Jahre 2003 an.[23]

Die Volkszählung 1987 ergab für Bad Reichenhall 11.362 Erwerbstätige. Von ihnen waren 0,9% im Primärsektor, 22,1% im Produzierenden Gewerbe und 77% im Dienstleistungssektor beschäftigt.[24] Demnach ist die Beschäftigung im primären Wirtschaftssektor verschwindend gering. Im Produzierenden Gewerbe ist immerhin ein gutes Fünftel der Erwerbstätigen beschäftigt, allerdings mit abnehmender Tendenz. Ein bedeutender Arbeitgeber ist die seit 1995 zur Südwestdeutschen Salzwerke AG gehörende Neue Saline mit ihren Hauptaktionären Land Baden-Württemberg und Stadt Heilbronn, deren Belegschaft zwischen 1990 und 2003 von 240 auf 180 geschrumpft ist bei gleichzeitiger Steigerung der Salzproduktion von 210.000 t auf 280 000 t.[25] In dem überdurchschnittlichen Anteil des Dienstleistungssektors spiegelt sich die Bedeutung Bad Reichenhalls als Fremdenverkehrszentrum, aber auch die Abhängigkeit der Stadt vom Fremdenverkehr wider.

2.2. Die Sanierung der Altstadt

1980 wurde mit der Sanierung des Sebastianiviertels begonnen und zwischen Sebastianistraße und Stadtmauer entstand eine Wohnanlage, die sich mit ihren Wohnhöfen gut in ihre Umgebung einpasst.

Nachdem die Stadt Bad Reichenhall zunächst in das bayerische und 1986 in das bundesdeutsche Städtebauförderungsprogramm aufgenommen worden war, gab die Stadtverwaltung noch im selben Jahr eine Untersuchung mit Bestandsaufnahme und Erstellung eines Maßnahmekatalogs für den gesamten Innenstadtbereich in Auftrag. Das so förmlich ausgewiesene Sanierungsgebiet umfasste eine Fläche von rund 70 Hektar.[26]

1989 war die Neugestaltung des Florianiplatzes und der angrenzenden Gassen, Herzstücks der Altstadt, abgeschlossen. Die den Platz einrahmenden Häuser sind meist giebelständig, haben prachtvolle Fassaden, etliche von ihnen mit Lüftlmalereien, und vorspringende Flachsatteldächer. Der Platz mit seinem Granitsteinbelag wurde zum Fußgängerbereich umgestaltet und ist auf zwei Seiten von den bepflanzten Vorgärten der angrenzenden Häuser eingerahmt. Der Florianibrunnen in seiner Mitte wurde nach historischem Vorbild restauriert und ist von vier Kugelakazien umgeben.

Um den Florianiplatz bestehen Ansätze zu einem Viertel der Künstler und Kunsthandwerker, was nach verbreiteter Meinung die alleinige Überlebenschance für die-

23 Freundliche Mitteilung des Standesamts der Stadt Bad Reichenhall vom 30.06.2004.
24 Ergebnisse der Volkszählung vom Mai 1987. Diese Relation dürfte sich zur Gegenwart ganz geringfügig zugunsten des Dienstleitungssektors verschoben haben.
25 *Südsalz GmbH* (Hrsg.), Südsalz. Kompetenz in Salz, o.O., März 2003.
26 *H. Seitz* (s. A 13), S. 122 f.

sen etwas abgelegenen und isolierten Stadtteil darstellt. Das „Kunsthaus" in der Gruttensteingasse ist die Wirkungsstätte eines Malers und seiner Gattin, einer Bühnen- und Kostümbildnerin. Im Kunsthandwerksgeschäft „Der Kleine Laden" werden Keramik und Schnitzereien angeboten. Die Inhaberin der „Werkstatt am Florianiplatz", in der Oster- und Weihnachtsschmuck verkauft wird, brachte es mit ihrer Initiative fertig, dass seit mehreren Jahren jeweils zur Osterzeit der Brunnen mit Girlanden aus 1.500 ausgeblasenen bunten Ostereiern geschmückt wird, und alle zwei Jahre wird von Mitgliedern der örtlichen Trachtenvereine am 1. Mai ein Maibaum in traditioneller Weise allein mit Muskelkraft und unter musikalischer Begleitung auf dem Florianiplatz errichtet.[27]

Die Verkehrsanbindung an das übrige Stadtgebiet ist nach wie vor mangelhaft. Zwar wurden einzelne Verbesserungen erzielt wie der 1997 erfolgte Umbau der Fuß- und Radwegunterführung am einstigen „Tiroler Tor", so dass sich nun Rad- und Rollstuhlfahrer durch Stufen ungehindert zwischen Kirchberg und der Altstadt bewegen können. Aber die vorgesehene Neugestaltung der Salinenstraße, die ein attraktives Bindeglied zwischen der Fußgängerzone Ludwigstraße und der Altstadt werden sollte, ist bisher ausgeblieben. Das schlimmste Versäumnis ist jedoch, dass die Citybus-Linie 4 Mayerhof – Rathausplatz nicht um die eine Haltestelle durch die Tiroler Straße bis zur Sebastianistraße verlängert worden ist.

Einige ansprechende Einzelobjekte wurden in Angriff genommen wie die gelungene Sanierung des Alten Feuerhauses am Aegidiplatz oder die Neubauten am Kurpark Ecke Bahnhofstraße/Kurstraße und am Ortenaupark Ecke Bahnhofstraße/Liebigstraße. Noch aber klafft die Baulücke an der Jahngasse, die das vor Jahren abgerissene Gasthaus „Deutsches Haus" neben dem Alten Feuerhaus hinterlassen hat. Auch über ein Gesamtkonzept zur dauerhaften Neunutzung der Alten Saline und eine Bebauung des Spitalhofbereichs, wo ein Verbrauchermarkt und eine Tiefgarage geplant waren, wurde bisher noch nicht befunden. Für letztere gab der Stadtrat im Frühjahr 2004 eine Untersuchung zu Realisierungsmöglichkeiten und Standortauswirkungen in Auftrag.[28]

2.3. Die Erhaltung der Kurbetriebsinfrastruktur

Angesichts der zuvor genannten rückläufigen Kurgastzahlen ist die Frage der Fremdenverkehrs- und Kureinrichtungen akut geworden. Im Stadtrat stehen sich hierüber diametral entgegen gesetzte Auffassungen gegenüber. Auf der einen Seite finden sich die Argumente derjenigen, die trotz abnehmender Nachfrage diese Einrichtungen für die Zukunft erhalten sehen und Nutzungsänderungen von Gebäuden wie z.B. die Umwandlung von Beherbergungsbetrieben in Eigentumswohnungen verhindern

27 Vgl. Reichenhaller Tagblatt, 10.08.2002.

28 Vgl. Polis. Das unabhängige und überparteiliche Magazin für Bad Reichenhall und Umgebung 33/05-2004.

Abb. 9: Das Steigenberger Hotel Axelmannstein, wo 1846 der Kurbetrieb begann.

wollen. Sie stützen sich dabei auf zwei Willensbekundungen aus den letzten zehn Jahren. Ein 1995 im Stadtrat beschlossenes Konzept räumt diesem die letzte Entscheidung darüber ein, ob ein Objekt in der Kurzone I in solcher Weise umgenutzt werden darf oder nicht. Ein 1997 von der Hotel- und Gaststättenberatungsgesellschaft (HOGA) erstelltes Gutachten gibt die Grundlage für eine Art Rentabilitätsprüfung ab, in der u.a. die Bettenzahl, der Jahrespachtzins und der Gewinn vor Steuern berücksichtigt werden. Nach inzwischen bereits veränderten Kennziffern wird beispielsweise ein Hotel mit mindestens 60 Gästebetten, einem maximalen Pachtzins von 120.000 Euro und einem Gewinn vor Steuer von 61.000 Euro als rentabel angesehen. Für Hotel garnis liegen die Werte entsprechend niedriger. Die Befürworter strenger Maßstäbe führen ins Feld, dass die Eigentümer auch in wirtschaftlich ungünstigen Zeiten der Allgemeinheit gegenüber eine Verpflichtung hätten, und bei später wieder steigender Konjunktur würden sonst Einrichtungen für den Fremdenverkehr in der Innenstadt fehlen.

Die Gegenseite will sich von dem Stadtratsbeschluss und dem HOGA-Gutachten lösen, die auch als Eingriff in die Privatsphäre der Betriebsinhaber angesehen werden, und diesen anheim stellen, ob sie ihren Betrieb weiterführen oder aber aufgeben und die Gebäude anderen Nutzungen zuführen wollen. Es wird auch auf Fälle verwiesen, in denen der Betriebsinhaber aus Altersgründen aufgeben möchte, aber keinen Nachfolger findet. Und, so wird weiter argumentiert, wenn sich der Staat mit der Schließung des Staatlich-Städtischen Kurmittelhauses aus dem Kurbetrieb zurückgezogen hat, müsse dieses auch der Privatwirtschaft zugestanden werden.[29]

29 Vgl. Reichenhaller Tagblatt, 19./20.06.2004.

Abb. 10: Um 1900 erbaute Gästepensionsvillen im Kurviertel.

2.4. Verkehrsplanungen und Großprojekte

1989 wurde vom Stadtrat ein Gesamtverkehrskonzept für Bad Reichenhall verabschiedet. Die Auswirkungen der daraufhin eingeleiteten oder auch unterlassenen Maßnahmen sind heftig umstritten.

Eine Errungenschaft war die Einführung der beiden Citybus-Linien 3 Rupertusbad – Kaiserplatz und 4 Mayerhof – Rathausplatz mit Umsteigemöglichkeit am Kaiserplatz. An der Peripherie der Stadt wurden an sie der Langzeitparkplatz am Rupertusbad und drei Langzeitparkplätze an der Salzburger Straße in St. Zeno angeschlossen.

Dagegen wird sicher zu Recht Klage über zu wenige und zu teure Kurzzeitparkplätze im Innenstadtbebereich geführt. Während die Neugestaltung der Fußgängerzone Ludwigstraße mit ihrer Pflasterung im Lilienschuppenmuster eingeschränkte Zustimmung findet, wird der vorgebrachte Plan einer Überdachung der Fußgängerzone allgemein abgelehnt.

Der Kaiserplatz wurde zum verkehrsberuhigten Bereich umgestaltet, während die Fußgängerzone um die parallel zur Ludwigstraße verlaufende Achse Spitalgasse – Poststraße – Rathausplatz erweitert wurde. Für manche ist sie, wie schon erwähnt, deutlich überdimensioniert. Der Rathausplatz selbst erhielt eine neue Pflasterung und eine neue Bepflanzung und konnte, von fahrenden wie parkenden Autos befreit, die zahlreichen jeweils am Freitag hier aufgebauten Marktstände und etliche über das Jahr verteilte Feste beherbergen, auch ohne dass die ebenfalls beschlossene Tiefgarage unter dem Rathausplatz und der Salinenstraße realisiert worden wäre.

Während die Umgehungsstraße, die Lofener Straße, als Verbindung zwischen der B 20 und der B 21 den Stadtverkehr für einige Zeit entlastet hat und der vor wenigen Jahren fertig gestellte Verteiler Nord die Situation im Bereich der Autobahnauffahrt zur Autobahn München – Salzburg entschärft hat, ist das Verkehrsvolumen weiter so angewachsen, dass der Reichenhaller Talkessel von Verkehrsstau und Luftverschmutzung bedroht ist. Daher wurde schon in den 1980er Jahren der Kirchholztunnel konzipiert, der allerdings bei Grünen und Naturschützern auf Widerstand stößt, da sie ihn für verzichtbar halten. Im Jahre 2000 wurde das Planfeststellungsverfahren eingeleitet, aber im Frühjahr 2004 gruppierte die Bundesregierung das Projekt in die Rubrik „Weiterer Bedarf ohne Planungsrecht" ein und legte es damit bis zur Erstellung eines neuen Bundesverkehrswegeplanes 2015 auf Eis. Ob die aus Bayern kommenden Proteste fruchten werden, ist derzeit nicht absehbar.[30]

Abb. 11: Münster und Kloster St. Zeno.

Weitere wunde Punkte der gegenwärtigen Stadtplanung sind: die Eislauf- und Schwimmhalle, einst Vorzeigeobjekt der Stadt, jetzt ein defizitärer Betrieb, dessen Privatisierung erwogen wird; die Ansiedlung eines Supermarktes auf dem Gaswerksgelände als Einkaufszentrum in einer Lage, von der umstritten ist, ob sie innenstadtnah oder doch peripher ist; und ein Golfplatzprojekt in Marzoll, das das dortige Landschaftsschutzgebiet tangieren würde und bei dem es letztlich um die Grundsatzfrage geht, welcher Klientel sich Bad Reichenhall künftig angesichts der wachsenden Bedeutung des Gesundheits- und Wellnesstourismus anstelle des traditionellen Kurens zuwenden soll.

3. Ausblick

Von der Natur mit einem großartigen Alpenpanorama ausgestattet und mit ergiebigen Solequellen beschenkt hat Reichenhall eine bewegte Geschichte und einen be-

30 Vgl. Reichenhaller Tagblatt, 02.06.2004.

Abb. 12: Das 1988 eröffnete Kurgastzentrum mit dem Hochstaufen im Hintergrund.

achtenswerten Aufstieg zum bayerischen Staatsbad hinter sich. Aber die Stadt hat auch immer wieder Rückschläge erlebt, mehrere Stadtbrände, die Bombardierung gegen Ende des Zweiten Weltkrieges oder die neuerlichen Einschnitte im Gesundheitswesen. Die Promotion des Kurbetriebes und generell des Fremdenverkehrs ist seit geraumer Zeit eine ständige Herausforderung gewesen.

So veranstaltete die Kur GmbH Bad Reichenhall/Bayerisch Gmain, die zum 1. Juli 2004 Gesellschafterin der neuen Dachmarketing-Gesellschaft Berchtesgadener Land Tourismus GmbH geworden ist, erstmals im August 2004 das Sommerfestival „Alpen KLASSIK" mit renommierten Stars und auch Nachwuchskünstlern, deren Förderung seit langem ein wichtiges Anliegen der Bad Reichenhaller Philharmonie gewesen ist. Ebenso sollen Sonderveranstaltungen im Rahmen des Jubiläums 175 Jahre Salinenkonvention ein breites Publikum ansprechen.

Das Jahr 2005 wird unter das Motto „Salz und Sole" gestellt werden, was der „Stadt mit dem Salzreichtum", so die Bedeutung des Wortes Reichenhall, einen erneuten Wachstumsschub bringen soll. Einen ersten Anstoß erwartet man sich von der erwähnten Eröffnung der neuen Rupertus-Therme im Frühjahr. Mit dem Schlagwort „In Tradition mit Wasser und Salz" beschreitet die Reichenhaller Hotellerie einen neuen Weg der Vermarktung. Zu den das „Salzjahr" begleitenden Aktivitäten gehören Sonderveranstaltungen, Galerien, Theateraufführungen, geführte Wanderungen durch das Salinengelände und zu den Kureinrichtungen, auf den Soleleitungswegen und auf dem kürzlich vorgestellten Burgenweg sowie in Auftrag gegebene wissenschaftliche Studien über Qualität und Wirkung der Reichenhaller Sole bis hin zu einem auf den Gebrauch von Salz besonders zugeschnittenem Kochbuch.[31]

31 Vgl. Reichenhaller Tagblatt, 25.06.2004.

Autoren

Hans Friesen ist Privatdozent für Architekturtheorie an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und Lehrbeauftragter für Philosophie an der Hochschule Vechta. Er beschäftigt sich zur Zeit mit Fragen des Zusammenhangs von Architektur, Urbanismus und Gesellschaft sowie mit Fragen der Geschichte der Philosophie, der Ästhetik, der Ethik und der Anthropologie.

Marion Hilliges; Studium der Kunstgeschichte, Denkmalpflege und klassischen Archäologie an der Technischen Universität Berlin, der Humboldt-Universität zu Berlin, Università degli studi di Bologna. Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kunstgeschichtlichen Seminar der Humboldt-Universität zu Berlin am Lehrstuhl für Architektur und Städtebau sowie Mitarbeit an dem Forschungsprojekt "Maß, Zahl und Kanonenkugel" unter der Leitung von Prof. Dr. U. Reinisch an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Burkhard Hofmeister; Prof. Dr. em.; studierte Geographie an der FU Berlin und den Universitäten Wisconsin und Utah . 1971 Professor für Geographie an der TU Berlin. Von 1979 bis 1982 Vorsitzender der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin; Ehrenmitglied der Societé de Géographie in Paris. Zahlreiche Veröffentlichungen und langjährige Mitarbeit in der Redaktion der Zeitschrift Die alte Stadt.

Robert Kaltenbrunner, Dr.-Ing., ist Architekt und Stadtplaner. 1992 bis 1999 Projektleiter für städtebauliche Großvorhaben in der Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr (Berlin); seit Januar 2000 Leiter der Abteilung »Bauen, Wohnen, Architektur« des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (Bonn/Berlin). Zahlreiche Veröffentlichungen zu verschiedenen Themen des Planens und Bauens.

BESPRECHUNGEN

MATHIAS KÄLBLE, *Zwischen Herrschaft und bürgerlicher Freiheit. Stadtgemeinde und städtische Führungsgruppen in Freiburg im 12. und 13. Jahrhundert, Freiburg i.Br.: Stadtarchiv 2001 (Veröff. aus dem Archiv der Stadt, 33), Ill., 406 S.*

Die Dissertation von Mathias Kälble behandelt umfassend die Stadtgeschichte Freiburgs von seiner Entstehung bis an die Wende des 13. Jahrhunderts und liefert damit einen wichtigen Baustein für die mittelalterliche Städteforschung. Das umfangreiche Thema wurde chronologisch nach zwei Schwerpunkten gegliedert. Im ersten untersucht Kälble die Gründung der Stadt Freiburg sowie die genossenschaftlichen und herrschaftlichen Aspekte der frühen Stadtverfassung und Stadtgemeinde. Im zweiten Teil werden städtische Führungsgruppen nach dem Übergang Freiburgs in gräfliche Herrschaft anhand ihrer Familienbeziehungen, sozialen Stellungen und anhand der Ämterbesetzungen untersucht.

Kälble führt die Stadtgründung Freiburgs nicht auf das Jahr 1120 zurück, sondern plädiert dafür, dass der Zeitraum der Stadtentstehung als solcher zu untersuchen sei. Anhand vorwiegend verfassungsrechtlicher Untersuchungen über das Freiburger Stadtrecht und seine Verbreitung, über das „ius omnium mercatorum" und das „ius civile" hin zu den ersten Ratsverfassungen auf deutschem Boden, entwickelt Kälble manch interessante These zur Gründung südwestdeutscher Städte an der Wende vom 11. zum 12. Jahrhundert. So detailliert und aus den Quellen geschöpft der erste Teil auch ist, so sind dennoch nicht ausreichend viele Zeugnisse überliefert, um nicht auch andere Schlussfolgerungen zuzulassen. Insbesondere die starke Konzentration auf die Freiburger Umstände verengt manchmal den Blick zu sehr auf die spezielle Situation der werdenden Stadt im Umfeld der Zähringer. Dennoch ist auch der erste Teil eine Fundgrube wichtiger und bislang unbeachteter Quellen.

Die Thematisierung der Freiburger Stadtgeschichte seit dem Herrschaftswechsel von 1218 löst sich im zweiten Teil völlig von der verfassungsrechtlichen Perspektive hin zu einer sozialwissenschaftlichen Untersuchung von Familienstrukturen. Gerade die genaue Analyse von Urkundenunterschriften, um verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen mächtiger Familien als Netzwerk greifbar zu machen und als Mittel der Politik zu verstehen, sowie das Auswerten der Akten des Heiliggeistspitals liefern interessante und wichtige Ergebnisse für die Beurteilung der Stadtgesellschaft. Die Einbeziehung solch unterschiedlicher Quellengruppen, die unter neuen Gesichtspunkten ein stimmiges Bild der städtischen Gesellschaft liefern, überzeugt. Kälble gelingt es, das schwer zu durchschauende Beziehungsgeflecht Freiburger Bürger im Spannungsfeld des Alten und Neuen Rats von 1248 zu durchdringen und anschaulich zu machen. Auch wenn die Abhängigkeiten von Adel, Bürgern und Kaufleuten den Leser manchmal zu ermüden drohen, ist gerade der zweite Teil dieses Buches besonders lesenswert.

Mit ihrer Aufnahme in die Publikationsreihe des Stadtarchivs hat die Arbeit einen würdigen Rahmen erhalten. Für die mittelalterliche Stadtgeschichtsforschung besonders im südwestdeutschen Raum, aber nicht nur für diesen, bietet das Buch, das in keiner Bibliothek zu diesem Thema fehlen darf, wichtige und neue Erkenntnisse.

Daniel Kirn, Stuttgart

ANDREAS NUTZ / GUSTAV WALZER, *Die Bürgerbücher der Stadt Villingen 1336-1593. Quellenedition, Villingen-Schwenningen: Kuhn 2001 (Veröff. des Stadtarchivs und der Städt. Museen Villingen-Schwenningen, 24), Ill., 580 S.*

Das Stadtarchiv Villingen-Schwenningen hat in seiner neuesten Veröffentlichung die noch erhaltenen Bürgerbücher Villingens ediert. Damit wurde eine wesentliche Forschungslücke für die südwestdeutsche Stadtgeschichte im Hoch- und Spätmittelalter geschlossen. Anhand der Bürgerbücher kann die Forschung nun weitere vergleichende Untersuchungen zur Geschichte der südwestdeutschen Städte und ihrer Bürger anstellen, um so einen tieferen Einblick in die mittelalterliche und frühneuzeitliche Stadt zu erhalten. Villingen ist ein besonders herausragendes Beispiel südwestdeutscher Stadtentwicklung. Der großen Bedeutung Villingens im ottonischen und staufischen Zeitalter folgte ein langsamer Abstieg hin zu einer nur noch regional wichtigen Stadt in der Frühen Neuzeit. Dieser Prozess kann durch die edierten Bürgerbücher genauer nachvollzogen, und vor allem im Vergleich mit den Städten Freiburg i. Br. und Straßburg können charakteristische Merkmale solcher Stadtgründungs- und Stadtentwicklungsszenarien erfasst werden.

Trotz teilweise großer Verluste innerhalb der Bürgerbücher umfassen die erhaltenen noch immer rund 4.850 Einträge. Die Bearbeiter legten ihrer Edition die „Richtlinien zu Edition mittelalterlicher Amtsbücher" zugrunde. Die Listen wurden mit moderner Zeichensetzung versehen. Kürzungen wurden ohne Kennzeichnung kommentarlos aufgelöst. Erleichtern diese Vorgaben noch das Lesen der transkribierten Bürgernamen, so erweist sich das Register doch als verbesserungswürdig. Langes Suchen hätte mit Querverweisen und einem Register, das die Schreibweisen der Transkription enthält, vermieden werden können. Werden im Text übergeschriebene Vokale wiedergegeben, so werden diese im Register – allerdings nicht durchgängig – entweder mit / wiedergegeben (e/a für e übergeschriebenes a) oder als Diphthong aufgelöst. Diese Regelung erschwert eine Suche nicht unerheblich und macht ein wiederholtes Nachschlagen nötig. Außerdem wurden Personengruppen gebildet, um den Umfang des Registers zu vermindern. So werden z.B. unter dem Stichwort „Brulinger" nicht die Varianten „von Brulingen", „Brulingerin" aufgeführt, wohl aber der Name „Brühlingen". Will man die Bürgerbücher also gewinnbringend nutzen, muss wohl einige Zeit investiert werden, insbesondere bei einer vergleichenden Untersuchung der Namenseinträge.

Der Veröffentlichung merkt man die immense Arbeit der Transkription an, die von den unterschiedlichen Bearbeitern geleistet wurde. Immerhin dauerte die jetzige Veröffentlichung mit Unterbrechungen nahezu 40 Jahre. Trotz und gerade wegen dieser langen Zeit hat sich die Edition gelohnt. Die Veröffentlichung der Villinger Bürgerbücher ermöglicht eine genaue Analyse der familiären und sozialen Verbände innerhalb einer bedeutenden mittelalterlichen Stadt im deutschen Südwesten und könnte so zu einem grundlegenden Verständnis mittelalterlicher Städte beitragen.

Daniel Kirn, Stuttgart

EVAMARIA ENGEL / LIESELOTT ENDERS / GERD HEINRICH, WINFRIED SCHICH, *Städtebuch Brandenburg und Berlin (Deutsches Städtebuch, Bd. 2, hrsg. von Peter Johanek), Stuttgart: W. Kohlhammer 2000, 646 S., 1 Karte, Euro 71,50*

Mit der umfassenden Darstellung der Geschichte von 118 Städten des Landes Bran-

denburg sowie der Geschichte der Metropole Berlin und der in sie integrierten sieben Teilstädte liegt ein Handbuch vor, das dem aktuellen Stand der Stadtentwicklung der behandelten Region Rechnung trägt. Der Band wurde von nur 28 Fachleuten mit großem persönlichen Einsatz erarbeitet. Er ermöglicht Wissenschaftlern, Politikern, Kommunalpolitikern, Stadtplanern, Denkmalpflegern, Studenten, Lehrern, Heimatforschern, Journalisten den schnellen und zuverlässigen Zugriff zu wichtigen Informationen über die betreffenden Städte. Der Band erleichtert vergleichende Städteforschungen, hilft den Zugang zur Stadtgeschichte zu finden, oder erlaubt einfach, Interessen zu befriedigen.

Diesen Bedürfnissen war bereits das von Erich Keyser herausgegebene Städtebuch gefolgt. Das von Peter Johanek verfasste Vorwort der Neubearbeitung teilt mit, dass diese bereits 1989 als gesamtdeutsche Aufgabe geplant war. Nach der Wende sei das Vorhaben von einer relativ kleinen Gruppe engagierter Wissenschaftler aus den alten und den neuen Ländern erneut aufgegriffen worden. Die erfolgreiche Koordinierung lag in den Händen von Evamaria Engel. Ihre Kompetenz ist dem Band sehr zugute gekommen. Die Organisation und die Schlussredaktion waren das Werk von Peter Neumeister und Harald Engler. Satz und Korrekturlesen besorgten Sebastian Fuchs und Ralf Günther. Die Betreuung und damit die Hauptlast der Aufgabe hat Franz-Joseph Post getragen. Die Finanzierung des Bandes ist durch das Land Brandenburg erfolgt.

Der Band fügt sich ein in die großen Editionsvorhaben des Instituts für Städteforschung in Münster „Deutsches Städtebuch". Ihm war der Band „Schlesien" vorangegangen, und ihm ist inzwischen der Band „Hinterpommern" gefolgt. Der vorliegende weist einige Besonderheiten auf. Im Unterschied zur Erstauflage, die einige Städte ausließ, werden grundsätzlich alle Städte des Landes berücksichtigt. Desweiteren sind alle Artikel „von Grund aufneu erarbeitet" (S. VII.). Als Redaktionsschluss wird das Jahr 1995 angegeben. Das Vorhaben musste sich, sollte es realisierbar werden, auf das Machbare beschränken. So entfiel weiterführende Forschung. Auf Archivarbeit wurde grundsätzlich verzichtet! Die Beiträge beruhen auf publiziertem Material sowie auf unveröffentlichten wissenschaftlichen Arbeiten. In den Vorbemerkungen von Evamaria Engel werden die Editionsgrundsätze dargelegt. Ziel der Neubearbeitung sei so vor allem die Korrektur von Irrtümern und die Ergänzung der Daten und Ereignisse auf der Grundlage des aktuellen Forschungsstandes gewesen. Abgesehen davon, dass die Bearbeiter auf eine ganze Reihe neuerer Nachschlage- und Grundlagenwerke sowie Führer und eine reiche Berlinforschung zurückgreifen konnten, war das Defizit an zusammenhängenden wissenschaftlichen Darstellungen für einzelne Städte, der magere Bestand an Forschungen für Klein- und Kleinststädte und die ausstehende Aufarbeitung der jüngeren und jüngsten Vergangenheit für das Vorhaben erschwerend. Bei dem für jede einzelne Stadt gültigen Gliederungsschema handelt es sich um das von Erich Keyser für die Erstausgabe des Deutschen Städtebuches erarbeitete und sehr bewährte, auf 20 Punkten beruhende innere Gerüst, wobei Evamaria Engel allerdings auf die veränderte Städtelandschaft verweist: Im Vergleich mit der Erstausgabe 1939 fehlen in der Neubearbeitung 42 ehemals brandenburgische Städte, die seit 1945 zu Polen gehören. Dagegen schieden Fürstenwerder, Kloster Zinna und Saarmund durch Verlust des Stadtrechts aus der Reihe der Städte aus. Ehemals selbständige Städte (Alt Ruppin, Babelsberg, Finow, Plaue) wurden eingemeindet und erscheinen nunmehr unter Neuruppin, Potsdam, Eberswalde, und Brandenburg/Havel. Fürstenberg/Oder änderte seinen Namen und wird fassbar als Eisenhüttenstadt. Dobrilugk und Kirchhain wandelten sich durch Zusammenlegung in Doberlug-

Kirchhain. Das ehemals brandenburgische Strasburg wechselte nach Mecklenburg-Vorpommern und schied so aus der Darstellung aus. Hinzu kamen Städte, die nach 1945 Stadtrecht erhalten hatten, wie Lauchhammer (1953), Falkensee (1961), Falkenberg, Hennigsdorf, Premnitz (1962), Großräschen, Ludwigsfelde (1965), Schwarzheide (1967), Döbern und Welzow (1969), Erkner (1998). Aufgenommen wurden außerdem die neu zum Land Brandenburg gehörenden Städte Gartz, Fürstenberg/Havel, Ziesar, Bad Liebenwerda, Elsterwerda, Herzberg, Mühlberg, Ortrand, Ruhland, Schlieben, Schönewalde, Uebigau, Wahrenbrück. Eine Ausnahme bildet Havelberg. Obwohl heute zu Sachsen-Anhalt gehörend, wurde diese wichtige urbrandenburgische Stadt ebenfalls ins Städtebuch Brandenburg und Berlin aufgenommen. Somit enthält der Band im Unterschied zur Erstausgabe, die noch 146 Städtebeiträge umfasste, nunmehr 119.

Die Verfasser standen vor beträchtlichen Schwierigkeiten. So war die jeweilige Stadt allseitig darzustellen. D.h. zeitlich von der Entstehung der geographischen Bedingungen über die Vorbesiedlung und Stadtentstehung bis zur Gegenwart und sachlich von der Lage der Stadt über die Körperschaftsentwicklung, Stadtbevölkerung, Territorium, Wirtschaft, Recht, Verfassung, Verwaltung, Sozial- und Bildungswesen, die Kultur bis hin zu den Wahrzeichen der Stadt usw. Die vorgegebene Feingliederung der Beiträge war dabei nur bei größeren Städten wie Brandenburg voll zu erfüllen. Bei der Mehrzahl der kleinen Städte konnte sie lediglich lückenhaft umgesetzt werden. Außerdem ist davon auszugehen, dass gerade bei kleineren Städten die Literaturlage unzureichend war, einmal in Bezug auf den Umfang vorhandener Informationen, andererseits im Hinblick auf die Seriosität und die Überprüfbarkeit der vermitteltem Fakten. Somit kann das Städtebuch zwar erste wertvolle Informationen, Orientierungen und Zugänge liefern, will aber keineswegs auch nur annähernd Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Sein Gebrauch muss wenigstens durch andere Nachschlagewerke unterstützt werden. Und es kann auf gar keinen Fall Archivstudium ersetzen. Es handelt sich hierbei um unbedingt zu berücksichtigende objektive Grenzen, die aber in den Vorbemerkungen (S. XI) nur leicht anklingen. Ein anderes Problem dürfte die Fülle der zu verarbeitenden Informationen gewesen sein. Hinzu kommt, dass in der Feingliederung gegenüber der Erstbearbeitung etliche Punkte ergänzt wurden. Als Folge dessen ist der Umfang der einzelnen Beiträge im Vergleich mit der Erstausgabe sprunghaft angeschwollen. Er erreicht das 1,5 bis Sechsfache.

Grundsätzlich neu ist für alle Beiträge die Einstufung der jeweiligen Stadt nach dem Landesentwicklungsplan der Landesregierung vom 4. Juli 1995 in zentrale Orte oberer, mittlerer und unterer Stufe sowie in jeweilige Unterstufungen. Zur Neubearbeitung sei weiter an einigen Beispielen Stellung genommen.

Der Beitrag über Bad Wilsnack (Lieselott Enders) überrascht mit der ausführlichen Beschreibung der Wallfahrtskirche, die eher in einem Führer wie dem Dehio zu erwarten wäre. Aufschlussreich sind Angaben zu Pest, Seuchen sowie zu Kriegsverlusten. Weitgefächertes Faktenmaterial zur Wirtschaftsentwicklung am Beispiel ausgewählter Jahre und die Anzahl der Stadthaushalte 1994 stehen für neue Inhalte. Hingegen fehlen gegenüber der Erstausgabe die dort erwähnten Fürstenbesuche, der große Fürsten- und Städtetag 1486 sowie die Stiftung des Schwanenordens 1443. Auf die Überwindung überholter Positionen wird nicht verwiesen. Ein Eingehen auf den Wallfahrtsgrund hätte man erwartet.

Die Darstellung der Stadt Beelitz (Lutz Partenheimer) ist in allen Punkten stark durch Fakten angereichert, Punkt 7(Bräuche und Vereine) ist zum ersten Mal bearbeitet. Verweise auf den historischen Stadttyp fehlen.

Die Funktion als Wallfahrtsort wird indirekt erkennbar.

Wie diese beiden Beispiele lassen auch die Beiträge zur Geschichte von Calau (Wolfgang Blaschke), Eisenhüttenstadt (Klaus-Dieter Gansleweit), Neuruppin (Rolf Barthel), Rheinsberg (Evamaria Engel), Schwedt (Lieselott Enders) die Tendenz erkennen, dass einerseits Angaben aus der Erstbearbeitung stark gekürzt und gestrafft übernommen wurden, zugleich der Inhalt um zahlreiche Fakten erweitert wurde. Dadurch haben besonders die Darstellungen zur Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftsstruktur und Festkultur gewonnen. Zugleich ist damit auch die Notwendigkeit der weiteren Benutzung der Erstausgabe verbunden. Denn wer z.B. ausführliche Angaben zur Geschichte des Rathauses von Neuruppin sucht, wird sie nur in der Erstausgabe finden.

Die Quellen- und Literaturhinweise wurden von Peter Neumeister zusammengestellt. Eine beigefügte Karte vermittelt die Grenzen von 1997 sowie die Provinzgrenzen von 1937. Sie weist gegenwärtig und früher zum Land gehörige Städte aus. Zugleich stuft sie ab in Städte, Flecken und ehemalige Städte sowie eingemeindete Städte. Dem Band sind das Verzeichnis der Abkürzungen und Siglen, das Mitarbeiterverzeichnis sowie das Verzeichnis der erfassten Städte vorangestellt. Die Möglichkeit des Zugriffs über die einzelnen Autoren wäre wünschenswert gewesen.

Gudrun Wittek, Magdeburg

HERMANN BURGHARD / THOMAS DUPKE / MONIKA FEHSE, *Essen. Geschichte einer Stadt, Bottrop/Essen: Peter Pomp 2002, Abb., 592 S., Euro 35,—.*

Umfassende Darstellungen der Geschichte einer Stadt, die für viele Städte sogar schon wiederholt erarbeitet worden sind, weisen ein vielfältiges und im Vergleich der Unterschiede auch anregendes Spektrum der Konzeption und Organisation sowie des geschichtlichen Betrachtungsansatzes auf, Unterschiede in der inneren Gliederung, der Verflechtung von Zeitablauf (Chronologie) und stadtgeschichtlichen Sachbereichen, des Wirkungsgefüges von nationalen politischen Strömungen und lokalen kommunalpolitischen Kräften und Ereignissen, der Spanne zwischen einer Dokumentation von Fakten, der Herausarbeitung einer Wirksamkeit von Akteuren und einer Geschichtserzählung, des Schreibstils, der Anschaulichkeit wie auch der angestrebten Zielgruppe der Leser.

Mit der 1952 zum 1100jährigen Jubiläum der Gründung des Stiftes Essen zuletzt erschienenen monographischen Geschichte der Stadt Essen von Robert Jahn war es zum 1150jährigen Jubiläum an der Zeit, die Geschichte, vor allem die jüngere Vergangenheit neu zu sichten und auch weiterführend zu beurteilen, im Sinne einer fortgesetzten Dokumentation und Rekonstruktion der Geschehnisse, zur Belebung des gegenwärtigen historischen Bewusstseins und einer Fundierung lokaler Identität der heutigen Bevölkerung des Essener Raumes. Grundlegend hierfür konnte eine reiche Forschungstätigkeit der jüngeren Zeit sein, ein gut verwaltetes und erschlossenes Quellenmaterial im Archiv und den Veröffentlichungen des Ruhrlandmuseums, des Stadtarchivs, der Stadtbildstelle, des historischen Archivs der Firma Krupp und des schon seit 1880 tätigen historischen Vereins für Stadt und Stift Essen.

Der in sechs wesentliche Entwicklungsphasen aufgeteilte Zeitablauf von der vorstädtischen (prähistorischen) Zeit bis in die Gegenwart ist in chronologischer Abfolge in individuell bearbeiteten Abschnitten von sechs ausgewiesenen lokalen Fachhistorikern dargestellt, bei einem durchaus jeweils eigenen Betrachtungsansatz und der Setzung epochenspezifischer thematischer Schwerpunkte. Spürbar und durch ihre wissenschaftliche Tätigkeit belegbar ist, dass die Autoren in ihrer jeweiligen Epoche fachlich „zu Hause" und in den Fragestellungen im Ansatz aktuell wie auch interdisziplinär verankert sind. Der umfangreiche Band ist mit durchgehend farbigen Abbildungen reich illustriert und mit gut ausgewählten zeitgenössischen Bildern, aber auch mit historischen Plänen, Ansichten, Zeichnungen von Objekten und thematischen Karten, Diagrammen und Tabellen mit einem nicht nur veranschaulichenden, sondern zugleich dokumentierenden Wert. Hier allerdings hätte vor allem für die jüngere Zeit etwas mehr erarbeitet werden können, wie auch der Bezug zu den Darstellungen im Text in gegebenen Fällen etwas enger hätte geknüpft sein können. Neben einem allgemeinen Literaturverzeichnis wesentlicher Werke sind auch am Ende eines jeden Abschnittes speziellere weiterführende Arbeiten zusammengestellt. Ein Register fehlt, hätte jedoch den Wert des Bandes als Nachschlagewerk erhöht.

Gegliedert ist die Darstellung in sechs Epochen, die vorstädtische Zeit (Detlef Hopp), das Mittelalter und die frühe Neuzeit (Jan Gerchow / Monika Fehse / Hermann Burghard), die Zeit der Industrialisierung der Stadt im 19. Jahrhundert (Thomas Dupke), die Epoche der beiden Weltkriege (Klaus Wisotzky) sowie die Zeit des Wiederaufbaus und des wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandels (Thomas Dupke). Die Abschnitte sind in ihrem Umfang angemessen und ausgewogen. Für die vormittelalterliche Zeit zeigt sich, dass der Essener Raum seit der älteren Steinzeit in allen folgenden Epochen der Metallzeiten und der römischen Kaiserzeit (Germanen, Römer, Franken) bis in das frühe Mittelalter hinein immer wieder besiedelt gewesen ist, nachgewiesen durch eine hier schon früh einsetzende, mit dem Historischen Verein für Stadt und Stift Essen, dem Ruhrlandmuseum wie auch einer Förderung durch die Familie Krupp eng verbundene archäologische Forschung im Essener Raum, in jüngster Zeit (seit 1992) wesentlich vorangebracht durch die Institution der Stadtarchäologie. Die Darstellung folgt dem chronologischen Ablauf, aber auch – was hervorzuheben ist – der Forschungsgeschichte mit jeweils kurzen Beschreibungen wesentlicher Fundorte und Befunde.

Das frühe Mittelalter, in dem die Benediktinerabtei Werden und das Frauenstift Essen als grundlegende und in ihren Beziehungen und Besitzungen weitreichende Akteure im Raum auftreten, wird im Rahmen einer quellenbezogenen erzählenden Geschichte anschaulich, kritisch und auf der Grundlage neuerer Erkenntnisse vorgetragen, in die Gegenwart greifbar hineinreichend mit der erhaltenen Werdener Abteikirche, der Essener Stiftskirche wie auch dem Essener Münsterschatz. Bei der Entwicklung der Marktsiedlung zur Stadt werden das frühe Stadtbild, die Stadtwirtschaft, Rat und Verwaltung sowie Kirche und karitative Einrichtungen herausgestellt.

Die industrielle Revolution, die für die Stadt Essen beispielhaft ist, setzt in der Zeit um 1840 ein und erreicht 1870/90 ihren Höhepunkt, es ist ein markanter Umbruch bei einer Durchsetzung von Unternehmergeist, mit technischen Innovationen, Bevölkerungszustrom und wachsender Arbeitskraft, bei einer drastischen Expansion der Stadt und einer neuen sozialen Schichtung. Die Prozesse werden sachlich beschrieben, besonders aus der Perspektive der regionalen Politik. War Essen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch ein bescheidenes „Landstädtchen" (1828: 5.400 E.) bei einer noch allgemein üblichen landwirtschaftlichen Nebentätigkeit und einer kleinen aufkommenden „industriösen Kaufmannschaft", so setzt mit der Gründung einer Gussstahlfabrik nach englischem Vorbild durch Friedrich Krupp (1811) die Entwicklung zur industriellen Großstadt ein, später wesentlich vorangebracht durch die Gussstahlfabrik von Alfred

Krupp. Die Perspektive der Betrachtung ist auf die wirtschaftliche Entwicklung, die Herausbildung einer neuen Sozialstruktur sowie auf die Massenbewegungen der Arbeiter sowie die Partei- und Gewerkschaftspolitik gerichtet, bei einer Belegschaft der Firma Krupp im Jahre 1918 von 112.000 Personen. Leider kaum behandelt werden der Wohnungsbau und die Arbeitersiedlungen, die für die Stadtentwicklung von Essen so grundlegend gewesen sind.

Auch die gravierenden Auswirkungen des Bombenkrieges auf die Stadt, durch die die Bevölkerung auf 43% zurückging, werden nicht adäquat dargestellt. Die Nachkriegszeit letztlich, die Entwicklung von der Industrie- zur Dienstleistungsstadt, wird charakterisiert durch Neustrukturierungen der Verwaltung, Demontage und Planungspolitik, wobei auch hier die bauliche Entwicklung der Stadt zu kursorisch behandelt wird im Verhältnis zur Bedeutung dieses Wiederaufbauvorganges. Die jüngste Geschichte ist offensichtlich noch nicht genügend Geschichte, um in einem historischen Werk genügend Berücksichtigung zu finden.

Insgesamt ist hier in nur einem Jahr Bearbeitungszeit ein ansehnliches stadtgeschichtliches Werk entstanden, mit dem sich die Stadt Essen nicht nur bei ihren Bürgern, sondern auch im Kreise der anderen Stadtgeschichten deutscher Städte sehen lassen kann. Dies gilt auch für die Qualität des Drukkes, der anschaulich bebilderten Dokumentation und dem ansprechenden erzählenden Stil.

Dietrich Denecke, Göttingen

RAIMUND HUG-BIEGELMANN / IRMTRAUD EVE BURIANEK / WERNER DETTMAR / JOSEF HAMMER / WERNER JAUSS, *Friedrichshafen im Luftkrieg 1939-1945 (Schriftenreihe des Stadtarchivs Friedrichshafen, Bd. 4), Friedrichshafen: Stadt 2003, zahlr. Abb., Kt., 400 S., Euro 23,50.*

Friedrichshafen war im Zweiten Weltkrieg ein wirklich lohnendes Ziel für die alliierten Bomber. Wichtige Betriebe der deutschen Luftfahrt- und Maschinenbauindustrie waren hier beheimatet und lieferten Rüstungsgüter für die nationalsozialistische Kriegsmaschinerie. Die deutsche Panzerproduktion war dringend auf die Lieferung von Zahnrädern aus Friedrichshafen angewiesen. Dies erkannten auch die alliierten Luftkriegsstrategen und nahmen die Stadt in ihre Liste vorrangig zu bekämpfender Ziele auf. Genannt seien an kriegswichtigen Firmen die Zahnradfabrik Friedrichshafen, die Dornier-Werke, die Luftschiffbau Zeppelin und der Maybach Motorenbau. In Friedrichshafen stand die Endfertigung der A 4 bzw. der V 2 als erster ballistischer Großrakete für den Kriegseinsatz an, was die alliierten Bombardements jedoch vereitelten.

Die Zerstörung der Altstadt Friedrichshafens in der Nacht zum 28. April 1944, die zahlreiche Todesopfer forderte, war nur der traurige Höhepunkt einer Serie von elf schweren Angriffen auf die Stadt, die aber primär der Industrie gegolten hatten. Die einzelnen Bombenangriffe werden anhand von Quellen aus amerikanischen, britischen und deutschen Archiven dargestellt und durch Zeitzeugenüberlieferungen ergänzt. Bemerkenswert an dem Buch sind besonders die zahlreichen alliierten Aufklärungsfotos, die in ihrer räumlichen Entrücktheit eine seltsam unwirkliche Perspektive auf die Stadtzerstörung bieten. Ausführlich werden die Luftabwehrmaßnahmen dargestellt, die die Industrie, die Stadt und ihre Bewohner schützen sollten. Die einzelnen Flakstellungen in und um Friedrichshafen werden genauso dokumentiert wie Bunker, Stollen und öffentliche Luftschutzräume. In einem eigenen Kapitel geht es um die Bergung von Flugzeugwracks und Wrackteilen nach dem Krieg.

Anders als der Titel des Buches vermuten lässt, wird nicht nur die Zeit zwischen 1939 und 1945 behandelt, sondern auch die Geschichte des Luftkrieges gegen Friedrichshafen im Ersten Weltkrieg. Im Zweiten Weltkrieg gab es einen Fall von Lynchjustiz an einem abgeschossenen Flieger. Aus der Fülle des dargebotenen Materials seien hier noch zwei weitere Begebenheiten erwähnt, die aufgrund der geographischen Lage Friedrichshafens am Bodensee an der Grenze zur Schweiz nur hier möglich gewesen waren. So wird berichtet, dass die schweizerische Luftabwehr bei Angriffen auf Friedrichshafen tätig geworden sei und erfolgreich alliierte Flugzeuge beschossen habe. Deutsche und schweizerische Fischer hätten nach den Luftangriffen, Fische, die wegen der im Wasser explodierten Bomben eingegangenen waren, als willkommene Lebensmittel von der Oberfläche des Sees abgeschöpft.

Der Hauptautor des Buches Raimund Hug-Biegelmann hatte seine Forschungen im Auftrag der Stadt Friedrichshafen 1994 abgeschlossen. Es sollte dann noch fast zehn Jahre dauern bis das Werk dann Ende 2003 gedruckt vorlag. Das Buch hat einen vorzüglichen Quellenanhang. Sechs großformatige Beilagen zeigen hauptsächlich Reproduktionen von zeitgenössischen Karten und Plänen in einem Maßstab, der auch Details sichtbar werden lässt. Mit dem vorliegenden Buch gehört Friedrichshafen nun zu den Städten, die gut recherchierte Werke zur lokalen Geschichte des Bombenkrieges vorweisen können und die damit zugleich auch einen wichtigen Beitrag zur Historiographie des Luftkrieges „von unten" leisten.

Winfried Mönch, Stuttgart

CARLA CAMILLERI / MANUELA FELLNER / ANTON HOLZER / ELISABETH LIMBECK-LILIENAU, *Die Schärfung des Blicks. Joseph Petzval, das Licht, die Stadt und die Fotografie, Wien: Technisches Museum 2003, zahlr. Abb., 167 S., Euro 22,—.*

Joseph Petzval (1807-1891) war ein österreichisch-ungarischer Pionier der Fotografie, der in Wien wirkte. Sein Ruhm gründete sich auf ein von ihm 1839/40 entwickeltes lichtstarkes „Porträtobjektiv". Die langen Belichtungszeiten, die die ersten Kameras benötigten, verkürzten sich damit erheblich. Das Objektiv, das die Firma Voigtländer unter ihrem Namen vermarktete, wurde zum weltweiten Erfolg. Das Technische Museum in Wien widmete nun Petzval eine Austellung, die ihn würdigt, als Wissenschaftler, der er war und als Fotografen, zu dem er aufgrund seiner Forschungstätigkeit wurde. Petzvals Wirken wird dabei auch in den größeren Zeithorizont der Epoche eingeordnet.

Elisabeth Limbeck-Lilienau schildert am Beispiel Wiens, wie sich die frühe Fotografie den städtischen Raum aneignete. Ihr Aufsatz hat den Titel: „Die Stadt im Überblick". Und dies ist zunächst einmal ganz wörtlich zu verstehen. Der Blick aus dem Fenster des Fotografen ist Thema der ersten erhaltenen Städtebilder, genauso wie der inszenierte Blick aus der Vogelperspektive eines Turmes auf die darunter liegende Stadtlandschaft. Die Verf. interpretiert nun anschaulich einige Stadtansichten Wiens, die Anfang der 1850er Jahre vom Turm des Stephandoms aus aufgenommen wurden und die die Stadt zu einer Zeit zeigen, als sich gerade die großen urbanen Umwälzungen im Stadtbild abzuzeichnen begannen. Limbeck-Lilienau stellt die frühe Fotografie und deren Erfolg in den Rahmen einer Ästhetik, die was die Bildinhalte angeht, dem aufstrebenden Bürgertum seiner Zeit entgegengekommen sei.

Einen bisher unbeachteten Aspekt von Petzvals wissenschaftlicher Arbeit beleuchtet Anton Holzner in seinem Beitrag. Petzval arbeitete über eine längere Zeit hinweg

mit militärischen Dienststellen der Donaumonarchie zusammen. Das Militär versprach sich von dem neuen fotografischen Verfahren zunächst nur billigere und genauere Landkarten. Doch mit Aneignung des fotografischen habe sich auch ein neuer „militärischer Blick" auf die Landschaft und damit auch auf ihre Beherrschung ergeben, gibt Holzner zu bedenken; eine These, die es Wert wäre, an anderer Stelle genauer ausgeführt zu werden.

Manuela Fellner beschreibt, wie man Leben und Werk Petzvals Ende des 19. Jahrhunderts für das Technische Museum dokumentiert und später ausgestellt hat. Daran anschließend entwickelt sie allgemeine museologische Überlegungen zum Umgang mit musealen Fotobeständen, deren Überlieferungszusammenhänge in einen historischen Kontext einzuordnen sind. So wurden etwa wichtige Fotos Petzvals, die vom Bildinhalt her von großer Bedeutung sind, in einem Sammlungsgebiet überliefert, das eigentlich nur die Technik der Erfindung dokumentieren sollte.

Carla Camilleri stellt am Schluss Kurzbiographien der Fotografen vor, die in dem Band mit Abbildungen vertreten sind. Das Buch bietet mit seinen informativen, wenn auch bisweilen zu klein geratenen Reproduktionen faszinierende Einblicke in Aspekte der Fotogeschichte, die im Hinblick auf die Interpretation von „Städtefotos" des 19. Jahrhunderts auch allgemein für die Stadtgeschichtsschreibung von Belang sind.

Winfried Mönch, Stuttgart

ANNOTATIONEN

Bremerhavener Persönlichkeiten:

HARTMUT BICKELMANN (Hrsg.), *Bremerhavener Persönlichkeiten aus vier Jahrhunderten. Ein biographisches Lexikon (Veröff: des Stadtarchivs Bremerhaven, Bd. 16), 2. erw. u. korr. Aufl. 2003; 445 S., 255 Abb., Euro 27,50.*
Die Neuauflage des Lexikons umfasst 456 Personenartikel. Mehr als die Hälfte der behandelten Personen wird auch im Porträt vorgestellt.

Wörterbuch der Burgen und Schlösser:

HORST WOLFGANG BÖHME / REINHARD FRIEDRICH / BARBARA SCHOCK-WERNER (Hrsg.), *Wörterbuch der Burgen, Schlösser und Festungen, Stuttgart: Philipp Reclam jun. 2004. 285 S., ill., Euro 15,90.*
Endlich ein einschlägiges Wörterbuch, das neben den Burgen und Schlössern auch die Festungen behandelt. Das Werk hat rund 300 Einträge. Leider dienen die 24 Abbildungen mehr zur Illustration des Buches als zur Information über die Begriffe. Bemerkenswert sind die Ausführungen in der Einleitung zum Thema „Schleifung und Denkmalschutz". Das Werk entstand in Verbindung mit dem Europäischen Burgeninstitut der Deutschen Burgenvereinigung e.V.

Die Bremer Altstadt:

HANS HERMANN MEYER, *Die Bremer Altstadt. Wanderungen in die Vergangenheit (Veröff. des Bremer Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte Focke Museum, Bd. 107), Bremen: Edition Temmen 2003, 366 S., 459 Abb., Beiheft, Euro 29, 90.*
Katalog mit hervorragend reproduzierten Abbildungen von Gebäuden und Plätzen. Die Ansichten sind nach Straßen geordnet. Knappe, aber informative stadtgeschichtliche Anmerkungen erläutern die Bilder.

DIE ALTE STADT

Otto Borst Preis 2005

www.alte-stadt.de

■ Auslobung

Die »Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.« lobt hiermit zum ersten Mal den Otto-Borst-Preis aus. Der Name des Preises erinnert an den Historiker Prof. Dr. Otto Borst (1924 - 2001), Gründer der Arbeitsgemeinschaft und langjähriger Herausgeber der Zeitschrift »Die alte Stadt«.

■ Preis zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Durch die Verleihung will der Verein den wissenschaftlichen Nachwuchs in den Fachgebieten Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtplanung fördern. Mit dem Preis, der im zweijährigen Turnus vergeben wird, sollen herausragende Leistungen in diesen Fachgebieten prämiert werden.

Der Wettbewerb ist offen für schriftliche Studienarbeiten, Studienabschlussarbeiten und Dissertationen, die sich mit Themen der Entwicklung von Städten in historischer, stadt(bau)-historischer, sozialwissenschaftlicher, denkmalpflegerischer, planerischer und städtebaulicher Hinsicht befassen und die an deutschsprachigen Hochschulen und Fachhochschulen erstellt worden sind. Ausgeschlossen sind Habilitationen sowie Forschungsgutachten im Auftrag Dritter.

Die Arbeiten können von den Verfasserinnen und Verfassern (Höchstalter 35 Jahre) oder von den betreuenden Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern eingereicht werden.
Voraussetzung ist ein gutachterliches Begleitschreiben des betreuenden Hochschullehrers im Umfang von einer Seite. Zugelassen sind auch Gruppenarbeiten (bis drei Personen). Dem Wettbewerbsbeitrag ist eine Kurzfassung (1 DIN A 4-Seite) beizufügen.

Teilnahmeberechtigt sind Arbeiten, die innerhalb der letzten zwei Jahre abgeschlossen wurden (Stichtag der Einreichung: 31. Januar 2005).
Die Bewerber können jeweils nur eine Arbeit einreichen.

■ Preisvergabe und Preise

Über die Preisvergabe entscheidet eine unabhängige, fachlich qualifizierte Jury aus dem Kreis der Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt und des Redaktionskollegiums der Zeitschrift.

Es werden Preise in Höhe von insgesamt 3.000 € vergeben. Die Jury behält sich vor, die Preissumme auf mehrere Arbeiten zu verteilen oder nicht auszuschöpfen.

Zur Preisvergabe lädt der Auslober die Preisträger auf die von ihm jährlich veranstaltete Internationale Städtetagung ein. Dabei stellt der erste Preisträger die wichtigsten Thesen seiner Arbeit vor.

■ *Die Arbeiten sind mit allen Unterlagen einzureichen an:*

Die alte Stadt e.V.
Stichwort Otto-Borst-Preis 2005
Marktplatz 16
D - 73728 Esslingen/Neckar

■ *Persönliche Auskunft erteilt:*

Professor Dr. Johann Jessen
Städtebau-Institut
Universität Stuttgart

Tel.: 0711 - 121-2213
email: johann.jessen@si.uni-stuttgart.de